

Institut für
Entwicklung
und Frieden



UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

*Anika Mahla, Karin Gaesing
und Frank Bliss*

Ernährungssicherung

Eine entwicklungspolitische Bewertung
ausgewählter Handlungsfelder

AVE-Studie 8/2018

BIBLIOGRAPHISCHE ANGABE:

Mahla, Anika / Gaesing, Karin / Bliss, Frank (2018): Ernährungssicherung: Eine entwicklungspolitische Bewertung ausgewählter Handlungsfelder. Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen (AVE-Studie 8/2018, Wege aus extremer Armut, Vulnerabilität und Ernährungsunsicherheit).



Impressum

Herausgeber:

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
Universität Duisburg-Essen

Logo design: Carola Vogel

Layout design: Jeanette Schade, Sascha Werthes

Cover design: Shahriar Assadi

© Institut für Entwicklung und Frieden

Lotharstr. 53 D - 47057 Duisburg
Phone +49 (203) 379 4420 Fax +49 (203) 379 4425

E-Mail: inef-sek@inef.uni-due.de

Homepage: <http://inef.uni-due.de>

ISSN 2511-5111



*Anika Mahla,
Karin Gaesing und Frank Bliss,*

**Ernährungssicherung:
Eine entwicklungspolitische Bewertung
ausgewählter Handlungsfelder**

AVE-Studie 8/2018

Wege aus extremer Armut, Vulnerabilität und Ernährungsunsicherheit

Universität Duisburg-Essen
University of Duisburg-Essen

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
Institute for Development and Peace

AUTORINNEN:

Anika Mahla M.A., Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik, B.A. Sozialwissenschaft und Philosophie mit Kernfach Politikwissenschaft; wissenschaftliche Mitarbeiterin am INEF, Universität Duisburg-Essen, Forschungsschwerpunkte: ländliche Entwicklung, Gender, Ernährungssicherung/-souveränität und Land-Governance.

E-Mail: amahla@inef.uni-due.de

Dr. rer. pol. Karin Gaesing, Geographin und Raumplanerin; wissenschaftliche Mitarbeiterin am INEF, Universität Duisburg-Essen; langjährige Erfahrung in der EZ, u.a. für die GTZ in Äthiopien und der Côte d'Ivoire sowie als freiberufliche Gutachterin in Afrika und Indien. Expertise in Regionalplanung, Gender, Partizipation, Landnutzungsplanung

E-Mail: kgaesing@inef.uni-due.de

Dr. phil. Frank Bliss, Prof. für Ethnologie (Entwicklungsethnologie) an der Universität Hamburg und Senior Research Fellow sowie Lehrbeauftragter an der Universität Duisburg-Essen (INEF). Forschungsarbeiten u.a. in Ägypten, im Maghreb, dem Sudan sowie in Zentralasien. Als Consultant vor allem im Wasserbereich, bei der Umsetzung von Social Safeguards in Infrastrukturprojekten sowie in der Politikberatung tätig.

E-Mail: bliss.gaesing@t-online.de

Projekthomepage www.inef-reachthepoorest.de

Das Projekt wird aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Rahmen der Sonderinitiative „EINEWELT ohne Hunger“ (SEWOH) finanziert.

Inhalt

Zusammenfassung	7
Executive Summary	10
1. Einleitung	12
2. Wer sind die Hungernden?	15
3. Ursachen der Ernährungsunsicherheit	19
4. Agrarentwicklungspolitische Konzepte als Leitbilder der Ernährungssicherung	24
4.1 Grüne Revolution (1965-75)	24
4.2 Integrierte Ländliche Entwicklung (1975-85)	25
4.3 Agrarökologie (seit 1980)	26
4.4 Strukturanpassungsprogramme (1985-95)	27
4.5 Sektorinvestitionsprogramme, Capacity Building und Institutionenförderung (seit etwa 1995)	28
5. Maßnahmen zur Ernährungssicherung	31
5.1 Zielgruppendifferenzierung	31
5.2 Ausgewählte Handlungsfelder	32
5.2.1 Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und Ernährungsberatung für Mutter und Kind	34
5.2.2 Zugang zu Land und anderen natürlichen Ressourcen	36
5.2.3 Soziale Sicherung	41
5.2.4 Kleinbäuerliche versus industrialisierte Landwirtschaft	44
5.2.5 Wertschöpfungsketten-Ansatz	49
5.2.6 Fortifizierung von Nahrungsmitteln	51
6. Schlussfolgerungen und Empfehlungen	54
Literaturverzeichnis	59
Anhang	71

Abkürzungsverzeichnis

ACTED	Agency for Technical Cooperation and Development
AFC	Agriculture & Food Consulting
AGRA	Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika
AU	Afrikanische Union
AVE	Wege aus extremer Armut, Vulnerabilität und Ernährungsunsicherheit
BCC	Behaviour Change Communication
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMGF	Bill und Melinda Gates-Stiftung
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BSP	Bruttosozialprodukt
CAADP	Comprehensive Africa Agriculture Development Programme
CFS	Committee on World Food Security
CGIAR	Consultative Group on International Agricultural Research
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
CSA	Climate Smart Agriculture
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
DEval	Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
EL	Entwicklungsländer
EPA	Economic Partnership Agreement
ES	Ernährungssicherung
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FMNR	Farmer Managed Natural Regeneration
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
G8	Gruppe der Acht
GAIN	Global Alliance for Improved Nutrition
GACSA	Global Alliance for Climate Smart Agriculture
GFP	German Food Partnership
GG	Kennung zur Gleichberechtigung der Geschlechter
GIGA	German Institute of Global and Area Studies
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GVO	Gentechnisch veränderte Organismen
HANCI	Hunger and Nutrition Commitment Index
hh	Haushalt/e
IAASTD	International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development

IDS	Institute of Development Studies
ILC	International Land Coalition
ILE	Integrierte Ländliche Entwicklung
INEF	Institut für Entwicklung und Frieden
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
IWF	International Monetary Fund
KB	Kleinbauern und -bäuerinnen
Kcal	Kilokalorien
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
MDG	Millennium Development Goal
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
MSA	Multi-Stakeholder-Ansätze
NEPAD	New Partnership for Africa's Development
NRO	Nichtregierungsorganisation
ODA	Official Development Assistance
ODI	Overseas Development Institute
ORDA	Organization for Rehabilitation and Development in Amhara
PPP	Public Private Partnership
PRA	Participatory Rural Appraisal
PRSP	Poverty Reduction Strategy Papers
RAI	Responsible Agricultural Investments
RAIN	Realigning Agriculture to Improve Nutrition
RUTF	Ready-to-Use Therapeutic Food
SAP	Structural Adjustment Programme (Strukturanpassungsprogramm)
SDG	Sustainable Development Goal
SEWOH	Sonderinitiative „EineWelt ohne Hunger“
SLE	Seminar für Ländliche Entwicklung
SUN	Scaling-Up Nutrition
UPOV	International Union for the Protection of New Varieties of Plants
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
USD	US-Dollar
VGGT	Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security
VN	Vereinte Nationen
WASH	Water, Sanitation and Hygiene
WFP	World Food Programme of the United Nations
WHO	World Health Organization
WSK	Wertschöpfungsketten
WWF	World Wide Fund for Nature
ZBNF	Zero Budget Natural Farming

Zusammenfassung

Da noch immer mindestens 815 Millionen (Mio.) Menschen weltweit von Unterernährung betroffen sind, fordert das zweite Ziel der Agenda 2030 (Nachhaltige Entwicklungsziele –Sustainable Development Goals, SDG) die vollständige Überwindung von Hunger, Nahrungsunsicherheit, eine verbesserte Ernährung sowie die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft. Die vorliegende Studie nähert sich der Frage, welchen Beitrag die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zur Ernährungssicherung leisten kann, da die überwiegende Mehrheit der Betroffenen in Entwicklungsländern (EL) lebt.

Bis zur letzten Ernährungskrise 2007/08 wurde dem Thema nur unzureichend Aufmerksamkeit geschenkt. Alarmiert durch die steigenden Hungerzahlen auf zwischenzeitlich über eine Milliarde (Mrd.) betroffener Menschen, wurde das EZ-Engagement zur Verbesserung der Ernährungssituation in vielen EL ausgebaut. Hinzu kam ein neuer Fokus, der auf die Bekämpfung vor allem von Mangelernährung abzielte. Handlungsdruck bestand besonders vor dem Hintergrund, dass Hunger das größte Gesundheitsrisiko überhaupt und damit ein bedeutendes Hemmnis auch für alle anderen Entwicklungsbereiche darstellt.

Das in der Millenniumserklärung vom September 2000 proklamierte Ziel der Halbierung der Anzahl von unterernährten Menschen bis 2015 gilt als beinahe erreicht. Mitverantwortlich hierfür ist u.a. auch die veränderte Methodik zur Berechnung der Betroffenenzahlen durch die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Maßgeblich jedoch ist dieser Erfolg dem Wirtschaftswachstum in asiatischen Ländern, insbesondere China, zu verdanken.

Die größte Herausforderung besteht weiterhin für viele Länder südlich der Sahara, wo der prozentuale Anteil der Hungernden sich weiterhin durchschnittlich auf 20% beläuft. Schwierigkeiten bei der Hungerbekämpfung sind insbesondere anhaltendes Bevölkerungswachstum, gestiegene Preise für Nahrungsmittel und Energie, Naturkatastrophen sowie zunehmende Klimaveränderungen, welche durch interne Konflikte und politische Instabilität noch verschärft werden. Hinsichtlich der Zusammensetzung der Hungernden nach Bevölkerungsgruppen wird deutlich, dass mit 80% die überragende Mehrheit im ländlichen Raum lebt. Die Hälfte allein sind Kleinbauern und -bäuerinnen. Darüber hinaus gelten als besonders vulnerabel für Ernährungsunsicherheit u.a. auch sozio-kulturelle und ethnische Randgruppen in Vorstädten, Menschen mit Behinderung, MigrantInnen, Konfliktopfer sowie abhängige Familienmitglieder in armen Haushalten, neben anderen sozialen Risikogruppen.

Bei den Ursachen für chronische Ernährungsunsicherheit lassen sich eine Vielzahl an Faktoren auf unterschiedlichen Ebenen ausmachen. Auf der Gesellschaftsebene gehören dazu beispielsweise soziale Diskriminierung, mangelnder Zugang zu Ressourcen für die landwirtschaftliche Produktion und in einzelnen EL ein anhaltend starkes Bevölkerungswachstum. Auf der Haushaltsebene stellen der ungenügende Zugang zu Nahrung, aber auch unzureichende Fürsorge gegenüber Müttern und Kindern sowie die mangelhafte Bereitstellung von Trinkwasser-, Sanitär- und Gesundheitsversorgung tiefliegende Ursachen von Ernährungsunsicherheit dar, die wiederum Krankheit und zu geringe Aufnahme von Nahrung als unmittelbare Ursachen von Unter- und Mangelernährung zur Folge haben. Hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Ernährungsunsicherheit und Armut gibt es eine zirkuläre Beziehung: So ist Armut einerseits Ursache von Unterernährung, aber andererseits kann Unterernährung gleichfalls als Ursache sowie Folge von Armut betrachtet werden.

Seit Mitte der 1950er Jahre existieren eine Vielzahl von agrarentwicklungspolitischen Konzepten, die die Ausgestaltung von ernährungssichernden Maßnahmen in der EZ mitbestimmen. Zu den Agrar- und Entwicklungskonzepten gehören die Grüne Revolution, Integrierte Ländliche Entwicklung, Agrarökologie, Strukturanpassungs- sowie Sektorinvestitionsprogramme, Capacity Building und Institutionenentwicklung. Zu letzterer können auch Multi-Stakeholder-Initiativen zur Ernährungssicherung gerechnet werden.

Der Schwerpunkt der vorliegenden Studie liegt auf denjenigen Maßnahmen, die auf das Oberziel der Ernährungssicherung (ES) hinarbeiten sollen. Modellhaft können dabei Handlungsoptionen für Zielgruppen im ländlichen Raum, basierend auf deren spezifischer Ressourcenausstattung, entwickelt werden. Beispielsweise können Haushalte mit einem größeren Produktionspotenzial durch technologische Maßnahmen zur Produktionssteigerung unterstützt werden. Subsistenzbauern- und -bäuerinnen hingegen können von Fortbildungsmaßnahmen zur nachhaltigen Landwirtschaft und einer Agrarreform (z.B. Zuteilung sozialer Landnutzungstitel) profitieren.

Aus der Vielzahl an ernährungssichernden Interventionen können sechs Handlungsfelder als besonders wichtig hervorgehoben werden. Bei dreien davon handelt es sich um konsensuelle Ansätze. Dazu gehören i) die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit sowie verbesserte Ernährung von Mutter und Kind, ii) der Zugang zu Land und anderen natürlichen Ressourcen und iii) Soziale Sicherung. Kontroverser hingegen wird iv) die Förderung der Landwirtschaft diskutiert sowie die damit verbundene Frage, ob das Primat auf einer kleinbäuerlichen oder eher industrialisierten Form liegen soll, um Ernährung langfristig zu sichern. Damit in Zusammenhang stehen teilweise auch die Kontroversen um v) den Wertschöpfungsketten-Ansatz und vi) die Fortifizierung von Nahrungsmitteln.

Frauen und Mädchen sind überproportional von Hunger und Mangelernährung betroffen, daher gilt die Stärkung ihrer Rechte als besonders wirksam für die ES. Um Gender-basierte Ungleichheiten in der Nahrungsmittelproduktion abzubauen ist es besonders wichtig, dass der Zugang zu Land, zu anderen produktiven Ressourcen (z.B. Saatgut, Wasser etc.), zu Krediten sowie die landwirtschaftliche Beratung für Frauen massiv verbessert und in der Fläche ausgebaut werden. Insbesondere bei der Bekämpfung von Mangelernährung spielen die Ernährungsberatung sowie die Sensibilisierung für die Bedeutung der ersten 1.000 Tage bei der frühkindlichen Ernährung eine große Rolle.

Das Thema Landverfügbarkeit ist oftmals für die ländliche Bevölkerung existenziell und bei der Landthematik in der EZ – wie z.B. hinsichtlich des Zugangs zu Land und Rechtsicherheit bei der Landnutzung – sollte die Priorität auf der Unterstützung von marginalisierten und vulnerablen Bevölkerungsgruppen und hierbei insbesondere von Frauen liegen. Neben Ansätzen der Ersteintragung von Landtiteln im Rahmen der Transformation traditioneller in moderne Rechtsansprüche können auch umverteilende Landreformen ein geeignetes Mittel sein, um einen Beitrag zu einer erhöhten ES zu leisten. Nur langfristig rechtlich gesicherte Landnutzung kann die ansässige Bevölkerung wirksam gegen Land Grabbing schützen und bietet die nötige Sicherheit, um diese zu Investitionen in ihre landwirtschaftlichen Flächen zu motivieren.

Ein nicht nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen gilt als eine Ursache von Ernährungsunsicherheit und führt langfristig zur Zerstörung der Produktionsgrundlagen, was wiederum eine Erweiterung der Nutzflächen auf Kosten des Waldes bzw. der Savanne mit sich bringen kann. Zusätzlich besteht eine wachsende Konkurrenz um Flächen durch den Anbau von Agrotreibstoffen und Futtermitteln, welche den Anteil für die Nahrungsmittelherzeugung reduzieren. Dies führt international zu erhöhten Nahrungsmittelpreisen und lokal

zu mangelnder Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln auf dem Markt. Um der Übernutzung von Agrar- und Forstflächen entgegenzuwirken, besteht ein wirkungsvoller Ansatz im Aufbau von gemeindebasierten und nachhaltigen Ressourcenmanagementsystemen. Je stärker die eigenen Ressourcen durch die ansässige Bevölkerung selbst kontrolliert werden können, desto wahrscheinlicher ist auch ihre schonende Nutzung. Für die Ernährungssicherheit der Weltbevölkerung stellt die ressourcenschonende und klimaverträgliche Ausgestaltung der Landwirtschaft in jedem Fall die wichtigste Zukunftsaufgabe dar.

Auch die Förderung von Sozialen Sicherungssystemen kann auf vielfältige Weise wertvolle Beiträge sowohl zur Nahrungs- als auch Ernährungssicherheit leisten. Gerade in Notsituationen können hierdurch Krisen wirkungsvoll abgepuffert und die Resilienz ernährungsunsicherer Haushalte gestärkt werden. Ferner können verschiedene Instrumente wie beispielsweise Sach- und Bargeldtransfers die Gewährleistung eines gesicherten Zugangs zu Nahrung und Einkommen bewirken sowie die landwirtschaftliche Produktion ankurbeln. Nicht vergessen werden dürfen dabei allerdings die Menschen bzw. Haushalte, die über keinerlei Arbeitskraft verfügen. Auch und gerade in Anbetracht sich selbst auf dem Land auflösender traditioneller sozialer Absicherung kann diesen ein menschenwürdiges Leben im Sinne der Agenda 2030 wohl nur durch Sozialtransfers garantiert werden.

Da die Hälfte der von Unterernährung betroffenen Menschen Kleinbauern und -bäuerinnen (KB) sind, stellt der Agrarsektor einen wichtigen, wenn auch nicht den einzigen Schlüssel zur langfristigen Bekämpfung von Armut und Hunger dar. Hierbei kann einerseits bei Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung bzw. zumindest zum Erhalt des bestehenden Produktionsniveaus angesetzt werden. Andererseits darf dies nicht der alleinige Fokus sein, und es sollten auch Vorhaben unterstützt werden, die über technische Ansätze hinausgehen und partizipativ kulturtechnische Praktiken vermitteln, etwa im Kontext einer ökologischen Landwirtschaft. Interessante Ansatzpunkte sind in diesem Kontext beispielsweise der Aufbau von Saatgutbanken und eine sozio-kulturell angemessene Verbreitung angepassten Saatguts. Zudem sind, neben einem diversifizierten Anbau, insbesondere multisektorale Ansätze im Kampf gegen Mangelernährung vielversprechend. Im Mittelpunkt einer ernährungssichernden EZ sollten stets die Interessen der KB stehen statt einer einseitigen Förderung der Agrarindustrie. Insbesondere bei den Kontroversen um angereicherte Nahrungsmittel sowie der Integration von KB in globale Wertschöpfungsketten müsste dies unbedingt beachtet werden. Insgesamt sollte bei Projekten zur Ernährungssicherung nicht nur auf die Steigerung der reinen Produktion abgezielt werden, sondern es müssten vorrangig Fragen der Verteilung sowie des Zugangs zu Nahrungsmitteln in den Blick genommen werden.

Executive Summary

Since 815 million people worldwide still suffer from hunger, the second Sustainable Development Goal (SDG) calls for the eradication of undernutrition, food insecurity, and malnutrition and the promotion of sustainable agriculture. The study is based on the question how development cooperation can contribute to the second SDG regarding food and nutrition security. Until the last food crisis in 2007/08 the topic lacked proper attention. The rising numbers of undernourished – at the time more than one billion people were affected – led to an increased commitment in developing countries. Furthermore, efforts were strengthened to combat the burden of malnutrition.

Sustained population growth, spiking food and energy prices, natural disasters and intensified climate change effects, which will exacerbate internal conflicts and political instability, are identified as key challenges for fighting food insecurity. With regard to the composition of the hungry, it is clear that 80% of the affected population live in rural areas. Half of them are smallholders.

The causes of chronic food insecurity can be attributed to a variety of factors at different levels. On the societal level, sociocultural, economic and political context factors are responsible. These include, for example, social discrimination and lack of access to resources for agricultural production. At the household level, insufficient access to food but also inadequate care for mothers and children as well as the lack of provision of water, sanitation and health care are the underlying causes of malnutrition. However, insufficient dietary intake and disease are the immediate causes. There is a double-sided relationship concerning the link between food insecurity and poverty. On the one hand, poverty can be the cause of malnutrition; on the other hand, malnutrition and poverty also have a circular relation, malnutrition being both the cause and the consequence of poverty.

Since the mid-1950s there have been multitudes of agricultural and development policy concepts which contribute to the practice of food and nutrition security on the ground. These concepts include the Green Revolution, Integrated Rural Development, Agroecology, Structural Adjustment Programs as well as Sector Investment Programs, Capacity Building and an Institution-based approach. Furthermore, Multi-Stakeholder Initiatives in the realm of food security, nutrition and agriculture are a recent trend.

From the large number of interventions for food security, six important fields of action are analysed in more detail. There are three widely consensual approaches. These include (1) the promotion of gender equality and improved mother and child nutrition, (2) access to land and other natural resources, and (3) social protection measures. Controversies, on the other hand, are discussed for (4) the promotion of agriculture, focused on either small holders or the agro-industry. This also relates to the debates about (5) the value chain approach and (6) food fortification.

In conclusion, the empowerment of women and girls is particularly key for eradicating food insecurity. This should include improving their access to land and productive resources, loans and extension. For the reduction of malnutrition, the first 1,000 days of an infant play a major role and should be accompanied by nutrition counselling of the mother. Land is the most important asset for poor rural people. Hence, there should be a focus on marginalised and vulnerable population groups in development projects in order to strengthen their tenure security and protect them against land grabbing.

To secure stable long-term production of food a more sustainable use of natural resources is strongly recommended to counteract the current overuse of agricultural and forest land,

inter alia by the introduction of effective and sustainable resource management systems. Therefore agroecology is highly worthy of support because it can also contribute to less harmful carbon dioxide emission.

The promotion of social security can serve as a buffer, e.g. in times of drought, and helps to enhance the resilience of food-insecure households. Cash transfers can secure a stable access to food and income. Hence, this has also positive effects in terms of boosting agricultural production.

Since smallholders are particularly affected by undernutrition, agriculture is the most important sector in the fight against poverty and hunger. Here it is of key importance not only to adopt technical approaches which tend to discriminate against female farmers. Instead participatory practices, diversified crop farming and the establishment of public seed banks should be supported. Overall, it should be kept in mind that it is short-sighted to focus exclusively on increasing food production, because issues of distribution and access to food are clearly more significant for food security.

1. Einleitung

Obwohl Landwirtschaft und die Lebensmittelindustrie die größten Wirtschaftszweige der Welt darstellen und Nahrung – zumindest global – im Überfluss produziert wird, leiden noch immer mindestens 815 Millionen Menschen an Unterernährung (FAO et al. 2017: 2). Nachdem in den letzten Dekaden zwar erhebliche Fortschritte bei der Reduzierung von Ernährungsunsicherheit erreicht wurden, wenn auch je nach Region in unterschiedlichen Ausmaß, so scheint sich nach diesem Trend derzeit eher eine Stabilisierung der Problematik bzw. Stagnation bei den Fortschritten abzuzeichnen. Zum ersten Mal nach 10 Jahren ist 2016 ein leichter Zuwachs der Zahl der Hungernden zu beobachten. Im Vergleich zu den Zahlen für 2014 bis 2016 beläuft sich dieser Zuwachs auf 0,4% und damit auf nunmehr 11% aller Menschen, die weltweit von Unterernährung betroffen sind (vgl. ebd.: 6).¹ Als Gründe für diese zunehmende Ernährungsunsicherheit werden insbesondere die Folgen des Klimawandels und anhaltende Konflikte angeführt. Diese Entwicklung stellt eine Gefahr für die Erreichung des zweiten Nachhaltigkeitsziels (SDG) dar, das eine vollständige Beendigung des Hungers, bessere Ernährung sowie eine nachhaltige Landwirtschaft benennt.

Aus historischer Perspektive wurde spätestens mit den Welternährungskrisen von 1972 bis 1974 die Bedeutung von Ernährungssicherungspolitik im Rahmen der EZ sichtbar. Das in den darauffolgenden Jahren entwickelte Konzept basiert auf dem Recht auf Nahrung, welches mit Artikel 25 bereits in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen (VN) verankert ist und 1966 auch mit Artikel 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (VN-Sozialpakt) festgeschrieben wurde. Auf dem Welternährungsgipfel 1996 wurde durch die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) festgelegt, dass Nahrungssicherheit (Food Security) besteht, „wenn alle Menschen jederzeit physischen und ökonomischen Zugang zu sicherer und nahrhafter Nahrung haben, die ihre Ernährungserfordernisse und -präferenzen für ein aktives und gesundes Leben erfüllt“ (übersetzt durch Paasch 2009: 5). Eine allgemeingültige Definition von Nahrungssicherheit existiert aufgrund von kulturellen, geographischen und demographischen Besonderheiten nicht, da Essgewohnheiten, Gesundheitsverfassung, verfügbares Nahrungsmittelangebot sowie Alter der Individuen eine Rolle spielen können (vgl. Günther 2012).

Konzeptionell wird Nahrungssicherheit durch die folgenden vier Dimensionen definiert, welche stark miteinander verknüpft sind:

¹ Hinsichtlich der Trendentwicklung existieren langfristig aber teilweise auch optimistische Einschätzungen. Beispielsweise nimmt der Global Food Policy Report an: „The share of population at risk of hunger is projected to decline from 12 to 5 percent globally by 2050 and from 14 to 6 percent in developing countries“ (IFPRI 2017: 118).

Tabelle 1: Dimensionen der Nahrungssicherheit

Dimension	Beschreibung
1) Verfügbarkeit von Nahrung	Ausreichende Menge von Nahrung über einen längeren Zeitraum, welche von angemessener Qualität ist; Quellen können inländische Produktion oder globaler Handel sein
2) Zugang zu Nahrung	Zugang zu Ressourcen für Individuen sowie Haushalte, um entweder angemessene Nahrung produzieren oder erwerben zu können; dabei spielt Kaufkraft eine wichtige Rolle
3) Nutzbarkeit der Nahrung	Deckung der physiologischen Bedürfnisse des Individuums durch angemessene Ernährung, sauberes Wasser, hygienische Speisezubereitung sowie Sanitäreinrichtungen und adäquate Gesundheitsversorgung
4) Stabilität des Nahrungssystems	Ständige Verfügbarkeit im Sinne zeitlicher Beständigkeit und permanenter Zugang zu angemessener Nahrung, stabile Preise

Quelle: Eigene Darstellung nach Weingärtner / Trentmann 2011, von Braun 2015, FAO 2008

Der Begriff der Ernährungssicherheit² (Nutrition Security) bezieht sich auf ein breiteres Verständnis, das über eine ausreichende Menge und Qualität von Nahrung hinausgeht (=Nahrungssicherheit): „Neben dem Zugang zu quantitativ und qualitativ angemessener Nahrung umfasst der Begriff auch den Zugang zu ausreichender Gesundheitsversorgung und sozialer Fürsorge einschließlich einer gesunden Umwelt, sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen“ (Weingärtner / Trentmann 2011: 35). Mit dem Terminus Ernährungssicherung (ES) sind sowohl Ernährungs- als auch Nahrungssicherheit gemeint.

Unterernährung stellt eine vorwiegend quantitative Beschreibung dar, wohingegen Mangelernährung (Malnutrition) qualitativ erfasst, dass ein Mangel bei mindestens einer Komponente der Ernährung vorliegt. Mangelernährung kann also eine direkte Konsequenz von Ernährungsunsicherheit sein. Synonyme Begriffe dafür sind „versteckter“ oder „verborgener Hunger“. Die Ursachen für diese Form des Hungers liegen in einer unausgewogenen, übermäßigen oder unzureichenden Aufnahme von Makro- und/oder Mikronährstoffen begründet, wozu Vitamine, Mineralstoffe, essenzielle Fettsäuren, Eiweiße und Spurenelemente zählen (vgl. FAO et al. 2015a).

Weltweit sind laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) von Mangelernährung etwa zwei Milliarden Menschen betroffen, die vorwiegend in Entwicklungsländern leben und sowohl in ihrer Gesundheit als auch hinsichtlich der Lebenserwartung eingeschränkt sind (Von Grebmer et al. 2015: 5). Die Erscheinungsformen von Mangelernährung sind vielfältig: Kinder leiden insbesondere unter verringertem Körperwachstum (Stunting) und -gewicht (Wasting).³ Trotz erheblicher Fortschritte ist noch immer weltweit jedes vierte Kind (155 Mio.) unter fünf Jahren von Stunting betroffen (FAO et al. 2017: 2). Außerdem zählen auch Übergewicht,

² Im öffentlichen Diskurs findet zumeist keine Differenzierung der beiden Begriffe statt und oftmals wird Ernährungssicherheit verwendet, wo aber eigentlich infolge eines Übersetzungsfehlers definitorisch Nahrungssicherheit stehen müsste (vgl. Brüntrup 2015).

³ Zur Unterscheidung zwischen akuten (Wasting) und chronischen (Stunting) Hunger werden Körpermessungen (=Anthropometrie) als Grundlage verwendet. Der Zustand von Neugeborenen und Kleinkindern (bis fünf Jahre) wird als Indikator genutzt, um Aussagen über den Ernährungsstatus der Gesamtbevölkerung zu treffen (vgl. Weingärtner / Trentmann 2011).

Adipositas, Mikronährstoffmangel und nicht übertragbare Krankheiten wie z.B. Diabetes zu den Erscheinungsformen von Fehlernährung (vgl. IFPRI 2016).

Insbesondere Entwicklungsländer werden mit einer dreifachen Fehlernährung konfrontiert, da Unterernährung, Mikronährstoffmangel und Überernährung⁴ hier oft gleichzeitig präsent sind. Als Folge von Mangelernährung steigt das Risiko für chronische und infektiöse Krankheiten, was irreversibel zum Verlust von kognitiven und physischen Funktionen führen kann, insbesondere bei Kleinkindern („erstes 1.000-Tage Zeitfenster“). In der Entwicklungspolitik wurde das Thema der Mangelernährung lange vernachlässigt, gewinnt aber zunehmend an Bedeutung, was auch daran deutlich wird, dass die VN die „Dekade für Ernährung“ (2016-25) ausgerufen haben (vgl. Schneider 2015, Barrett 2010).

Im Diskurs wird oftmals als Lösungsansatz zur ES auf die Notwendigkeit einer steigenden Nahrungsmittelproduktion verwiesen. Dies greift jedoch zu kurz, da die Ursachen des Hungers vor allem struktureller Natur sind und Probleme der Mangelernährung bei einem Fokus allein auf Quantität unberücksichtigt bleiben. So können sich Arme auch bei überquellenden Märkten oftmals keine (gute) Nahrung leisten. Die vereinfachte Annahme, dass es sich um eine Versorgungskrise handelt, verstellt daher den Blick auf Ansätze, die über technische Lösungen hinausgehen. Denn auch Fragen der Governance in der Landwirtschaft, der Umweltverträglichkeit und vor allem der Verteilungsgerechtigkeit spielen eine wichtige Rolle. Zudem ist oftmals, wie beispielsweise vielerorts in Südostasien, nicht der Mangel an Nahrung das Hauptproblem, selbst nicht bei vielen armen Bevölkerungsgruppen, sondern vielmehr der unzureichende Zugang zu einer ausgewogenen Ernährung, was dann allerdings oft auf die Armut der Betroffenen zurückgeführt werden kann.

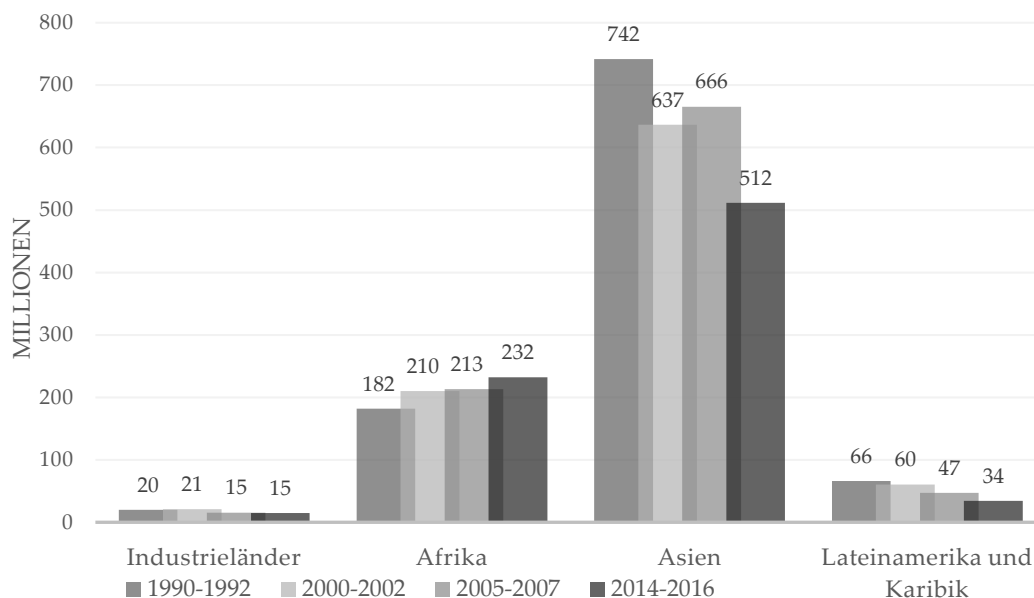
⁴ Weingärtner und Trentmann (2011: 20) verstehen darunter „die Aufnahme von Nahrungsenergie [, die] kontinuierlich den Bedarf überschreitet.“

2. Wer sind die Hungernden?

Die überwiegende Anzahl der unternährten Menschen lebt in Entwicklungsländern. Im Vergleich zu Anfang der 1990er Jahre, wo die globale Gesamtanzahl der Hungernden über eine Milliarde (18,6%) betrug, sind es – trotz wachsender Weltbevölkerung – für 2016 immerhin fast 200 Mio. Menschen weniger („nur“ noch 815 Mio.), was einem prozentualen Anteil weltweit von 11% entspricht (FAO 2017a: 2). Quantitativ ist somit erstmalig seit langer Zeit ein Anstieg zu verzeichnen, da die vorherige Schätzung noch bei 795 Mio. unterernährten Menschen lag (FAO 2015a: 8). Mit Ausnahme des afrikanischen Kontinents sind in fast allen Regionen die Zahlen für Unterernährung rückläufig.

Die größten Erfolge bei der Bekämpfung von Hunger erzielte Asien, wo sich die geschätzte Zahl zwischen 2014 und 2016 auf insgesamt 511,7 Mio. Menschen beläuft. Anfang der 1990er Jahre lebten dort noch 742 Mio. Hungernde. Alleine in Indien sind mehr als 200 Mio. Menschen von Hunger betroffen. Obwohl in Afrika hingegen nur 232,5 Mio. Menschen betroffen sind, ist dort mit 20% prozentual der Anteil der Hungernden fast doppelt so groß wie in Asien (12,1%) (siehe Abbildung 1)⁵ (ebd.: 8).

Abbildung 1: Entwicklung der Anzahl von Hungernden in den Weltregionen von 1990-92 bis 2014-16



Quelle: Eigene Darstellung nach FAO 2015a: 8

Je nachdem, welche Indikatoren betrachtet werden, ergibt sich ein unterschiedliches Bild. So sind in Südasien Kinder stärker von Unterernährung betroffen als in Subsahara-Afrika, wenn auch Auszehrung und Verzögerungen beim Wachstum beleuchtet werden. Wenn sich die Messungen dagegen auf das Kaloriendefizit der gesamten Bevölkerung sowie die Raten für

⁵ In Abbildung 1 wird nicht die Entwicklung in Ozeanien abgebildet, wo 1990 bis 1992 noch eine Mio. Menschen hungerten und es für den letzten Schätzungszeitraum (2014-2016) 1,4 Mio. sind (FAO et al. 2015a: 8). Ferner gilt zu beachten, dass 2012 die Methodik zur Berechnung der Zahlen geändert wurde. Zum Beispiel wird die Preisentwicklung von Grundnahrungsmitteln weniger gewichtet. Dadurch konnten größere Fortschritte bei der Hungerbekämpfung errechnet, aber eben nicht real erzielt werden. Siehe dazu FIAN 2013, Lappé et al. 2013.

Kindersterblichkeit beziehen, dann ist Subsahara-Afrika stärker als Südasien betroffen ist (vgl. Von Grebmer et al. 2017). Daraus folgt, dass je nach Land bzw. Kontinent unterschiedliche Prioritäten bei der Bekämpfung von Mangelernährung bzw. für eine gesteigerte Ernährungssicherung gelegt werden müssen.

Datengrundlage für die Berechnung der Zahlen zur Unterernährung sind die potenzielle Kalorienzufuhr aus Nahrungsmitteln (Netto-Verfügbarkeit von Energie), die Einkommensverteilung sowie die Bevölkerungszahl der Länder (vgl. Schneider 2014). Generell existiert jedoch für den Ernährungsstatus eines Menschen international keine einheitliche Definition. Für die FAO-Berechnungen wird länderspezifisch ein bewegungsarmer Lebensstil zugrunde gelegt, was einem Bedarf beispielsweise für Nicaragua von 1819 Kilokalorien (kcal) entspricht (FAO et al. 2013: 27). Somit blenden die ohnehin eher konservativen Schätzungen zu den Hungerzahlen auch Mangelernährung aus. Würde hingegen ein moderat aktiver Lebensstil, der insbesondere LandarbeiterInnen, die auf lange Fußwege angewiesen sind, weitaus eher entspricht, als Berechnungsgrundlage dienen, dann würden die Zahlen der Hungernden etwa doppelt so hoch sein. Zudem kann kritisch angemerkt werden, dass die Statistiken auch nur jene Menschen abbilden, die mindestens ein Jahr lang am Stück hungern (vgl. FIAN 2013).

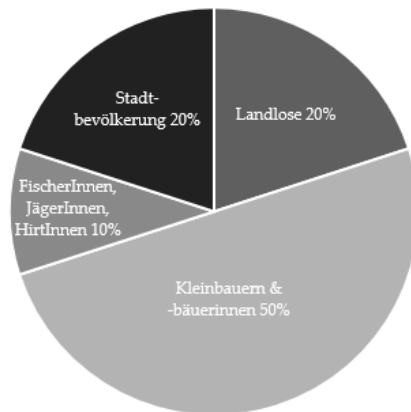
Dem Welthunger-Index 2017 folgend ist die Hungersituation in den sieben Ländern Zentralafrikanische Republik, Liberia, Madagaskar, Sierra Leone, Südsudan, Sambia und Jemen sehr ernst.⁶ Als „gravierend“ infolge von vorangegangenen Bürgerkriegen und Extremwetterereignissen wird die Lage in Teilen des Tschad eingeschätzt (vgl. von Grebmer et al. 2016). Daraus lässt sich eine besondere Betroffenheit von Ländern ableiten, die sich in sogenannten verlängerten Krisen (Protracted Crisis) befinden. Hierbei treten Naturkatastrophen, Konflikte und dementsprechend Nahrungskrisen immer wieder auf (vgl. Weingärtner / Trentmann 2011).

Abbildung 2 zeigt die Zusammensetzung der hungernden Menschen nach Bevölkerungsgruppen. Dabei sind die Hälfte der aufgelisteten Personen Kleinbauern und -bäuerinnen (KB), die von der Landwirtschaft leben, aber keinen ausreichenden Zugang zu Ressourcen wie Wasser, Land und/oder Saatgut besitzen. 20% sind Landlose, die entweder Land pachten oder als ArbeitsmigrantInnen zu schlecht bezahlten Löhnen arbeiten müssen (vorrangig in Asien). 10% der Hungernden leben primär vom Fischen, Jagen oder von der Viehhaltung. Somit wird deutlich, dass es sich bei Unterernährung vorrangig um ein ländliches Problem handelt, da insgesamt 80% der Betroffenen auf dem Land leben. Die verbleibenden 20% stellen städtische Arme dar, denen oftmals die Kaufkraft fehlt, um ausreichend Nahrung zu erwerben (UNHRC 2011: 8). Die Tendenz für die letzte Gruppe dürfte allerdings aufgrund der zunehmenden Urbanisierung in vielen EL steigend sein, zudem werden zahlreiche extrem Arme in den Städten überhaupt nicht erfasst, da zumeist nur auf Einkommen⁷ basierende Zahlen vorhanden sind.

⁶ Zu Beginn des Jahres 2017 drohte den VN zufolge über 20 Mio. Menschen in Nigeria, Somalia, Südsudan und Jemen eine Hungerkatastrophe (vgl. von Grebmer et al. 2017).

⁷ Oftmals sind die einkommensabhängigen Armutsgrenzen jedoch zu niedrig angesetzt im Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten (u.a. für Nahrung, Wasser, Miete und Transport) der Stadtbevölkerung.

Abbildung 2: Anteil der Hungernden



Quelle: UNHRC 2011

Auch die FAO (1999) hat eine Vielzahl an Gruppen identifiziert, die als vulnerabel für Nahrungs- und Ernährungsunsicherheit gelten (siehe Tabelle 2). Als Obergruppen wurden diskriminierte Haushalte in Vorstädten, arme Haushalte in ungünstigen Lebenslagen oder mit abhängigen Familienmitgliedern, soziale Risikogruppen, MigrantInnen und ihre Familien sowie Konfliktopfer identifiziert. Außerdem sind mit 70% aller Hungernden Frauen und Mädchen besonders stark betroffen (UNHCR 2011: 10).

Tabelle 2: Vulnerable Gruppen für Nahrungs- und Ernährungsunsicherheit

Randgruppen in Vorstädten - Arbeitslose und informell Beschäftigte - Neu zugezogene Familien - SlumbewohnerInnen - Obdachlose und BettlerInnen - Waisen und Straßenkinder - SchulabbrecherInnen	Arme Haushalte (hh) in ungünstigen Lebenslagen - KB und Subsistenzbauern/ -bäuerinnen - Von Frauen geführte bäuerliche hh/ Alleinerziehende - Landlose - FischerInnen - WaldbewohnerInnen - NomadInnen und HirtInnen - TagelöhnerInnen
MigrantInnen und ihre Familien - SaisonarbeiterInnen mit großen Familien - Bei Migration zurückgelassene Familienmitglieder (zumeist Frauen)	Abhängige Familienmitglieder in armen hh - Ältere Menschen - Kranke und Menschen mit Behinderung - Schwangere und Stillende - Kinder unter 5 Jahren - Alleinstehende
Konfliktopfer - Geflüchtete - Vertriebene im eigenen Land, insbesondere jene ohne Landbesitz - Rückkehrende Geflüchtete - KriegsinvalidInnen - Kriegswitwen und -waisen	Soziale Risikogruppen - Indigene Völker - Ethnische Minderheiten - AnalphabetInnen

Quelle: Darstellung nach Weingärtner / Trentmann 2011: 21, basierend auf FAO 1999: 15

Als Hauptgründe für die Vulnerabilität und Diskriminierung insbesondere der ländlichen Bevölkerung führt der Menschenrechtsrat der VN (OHCHR 2012) an:

- 1) Landenteignungen und -vertreibungen,
- 2) Gender-spezifische Diskriminierung von Frauen,
- 3) unzureichende politische Maßnahmen zugunsten von Agrarreformen und ländlicher Entwicklung (inkl. Bewässerung und Saatgut),
- 4) fehlende Mindestlöhne und Soziale Sicherungssysteme,
- 5) Unterdrückung und Kriminalisierung von kleinbäuerlichen Bewegungen, die sich für ihre Rechte einsetzen.

Zu ergänzen wäre sicher die Benachteiligung ganzer Regionen eines Landes durch die politische Elite, was nicht nur im Falle Malis zu den bekannten militanten Konflikten geführt und die Lage gerade in den abgehängten Gebieten zusätzlich verschärft hat. Fast durchgängig werden auch Zonen, die von ethnischen Minderheiten bewohnt werden, benachteiligt (z.B. Indiens „Adivasi Belt“, Minderheitengebiete Zentralvietnams, Kambodschas oder in Laos).

Besondere Diskriminierung erfahren häufig Kinder, denn fast ein Viertel aller Kinder unter fünf Jahren weltweit ist zu klein für ihr Alter, was mit einem verminderten physischen und psychischen Potenzial einhergeht (vgl. GLOPAN 2016). Besonders frappierend ist, dass Kinder infolge von Krankheiten sterben müssen,⁸ was mit angemessener Gesundheitsversorgung und Ernährung problemlos hätte verhindert werden können (vgl. UNHCR 2011). Ein Beispiel dafür ist die bakterielle Erkrankung Noma, die bei unterernährten Kindern zur Entstehung von Geschwüren in der Wangenschleimhaut führt und sich über das Gesicht ausbreitet, wobei das Gewebe zerstört wird. Neben unzureichender Nahrung ist mangelnde Hygiene verantwortlich für die Entstehung von Krankheiten (vgl. Ziegler 2011). Neben Kindern sind auch Schwangere und stillende Frauen besonders vom versteckten Hunger betroffen, da sie einen erhöhten Bedarf an Vitaminen und Mineralstoffen haben (vgl. Hodge 2014). Schätzungen gehen davon aus, dass der Produktivitätsverlust infolge von Mangelernährung die Entwicklungsländer Afrikas und Asiens etwa 11 Prozent ihres jährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP) kostet (vgl. IFPRI 2016).

⁸ Schätzungen zufolge steht fast die Hälfte (45%) aller Todesfälle von Kindern unter fünf Jahren in Verbindung mit Unterernährung (vgl. GLOPAN 2016: 16).

3. Ursachen der Ernährungsunsicherheit

Die Ursachen von Unter- und Mangelernährung sind vielseitig, unterscheiden sich auf verschiedenen Ebenen und bedingen sich oft gegenseitig. Es gibt keine Hauptursache, die zu bekämpfen wäre, um das Problem einfach zu lösen. Stattdessen müssen für die unterschiedlichen Ursachen auch angepasste Lösungskonzepte entwickelt werden (vgl. Welthungerhilfe 2004). Vom Kinderhilfswerk der VN (UNICEF) wurde hierfür ein konzeptioneller Rahmen entwickelt (siehe Abbildung 3), der auch die Ursachen von Unterernährung von Kindern berücksichtigt. Dabei zeigte sich, dass das Konzept auch für die Erklärung verschiedener Formen von Unter- und Mangelernährung anwendbar ist (vgl. Ghattas 2014).

Das seit Anfang der 1990er Jahre verwendete UNICEF-Modell dient weiterhin als Grundlage für die Erstellung von Ernährungs- und Gesundheitsprogrammen in EL und bildet die Ursachen von Unter- und Mangelernährung auf drei Ebenen ab. Es gibt i) die *strukturelle Gesellschaftsebene (Makroebene)*, der grundlegende Ursachen zuzuordnen sind. Auf dieser Ebene ist die Basis für Ernährungssicherheit angesiedelt, denn die sozialen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen beeinflussen das zur Verfügung stehende finanzielle, physische und soziale Kapital sowie das Humankapital und natürliche Ressourcen. Vor allem Kriege,⁹ Naturkatastrophen, die Auswirkungen des Klimawandels, Wirtschaftskrisen sowie hohe Agrarpreise beschränken die Verfügbarkeit bzw. den Zugang zu Nahrung. Eine Ursache kann auch die mangelnde Resilienz gegenüber Krisen und Katastrophen sein. Besondere Relevanz haben zudem Governance-Fragen sowie Sektorpolitiken zu Gesundheit, Sozialer Sicherung, Landwirtschaft und Gender. Beispielsweise können das Fehlen von hinreichender Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft oder zu niedrige und damit nicht existenzsichernde Löhne eine Ursache für mangelhafte Nahrungssicherheit sein.

Dies hat Auswirkungen ii) auf den Ernährungszustand der Familien auf der *Haushalts- und Gemeinschaftsebene (Mesoebene)*, die die sogenannten tiefliegenden Ursachen von Unterernährung beschreibt. Eine zentrale Ursache hier ist die Einkommensarmut, die auf Arbeitslosigkeit, fehlenden Mitteln zur Selbstständigkeit, schlechten Unterkünften, geringem materiellen Besitz und wenigen finanziellen Mitteln beruht. Zusätzlich spielen auch der schlechte oder fehlende Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich, mangelnde Partizipationsmöglichkeiten und zunehmender Bevölkerungsdruck eine zentrale Rolle.¹⁰ Auf der Ebene des Haushalts ist (fehlende) Gleichberechtigung von Frauen¹¹ für die

⁹ Fast 75% aller Menschen, die an Hunger leiden, leben in einem Land, in dem kriegsrische Konflikte gegenwärtig sind bzw. in einer Post-Konflikt Situation, wo akute Konflikte erst kürzlich beendet wurden (vgl. Collier 2008). So konstatiert der Global Report on Food Crisis, dass Hungerkrisen hauptsächlich bedingt werden durch gewaltsame Konflikte (vgl. FSIN 2017). Steigende Nahrungsmittelpreise können aber umgekehrt auch Konflikte entfachen, wie beispielsweise in zahlreichen Ländern während der letzten Ernährungskrise deutlich wurde.

¹⁰ Eine detaillierte Beschreibung der Ursachen sowie Faktoren für die Verstärkung von Armut findet sich bei Bliss et al. 2017. Diese überschneiden sich oftmals mit jenen für Ernährungsunsicherheit. Dazu zählen beispielsweise der mangelnde Zugang zu sozialen Dienstleistungen, fehlende Infrastruktur, schlechte Regierungsführung, gesellschaftliche Benachteiligung und schwache institutionelle Strukturen.

¹¹ Hintergrund ist, dass in einigen Ländern (u.a. in Westafrika) diskriminierende Gender-Normen dazu führen, dass Frauen und Mädchen beispielsweise erst als Letzte essen und deshalb teilweise nur die Essensreste oder minderwertige Speisen erhalten. Dies kann auch auf Kranke oder Alte zutreffen. Weitere Benachteiligungen finden sich aber auch auf den anderen Ebenen wieder, z.B. beim fehlenden Zugang zu Ressourcen für Frauen (vgl. Spohr 2015).

ES relevant. Eine Ursache kann beispielsweise auch ein Missverhältnis von arbeitsfähigen und -unfähigen Haushaltmitgliedern, also eine zu hohe Abhängigkeitsrate (Dependency Ratio) sein. Generell wird zwischen akutem Hunger infolge von Naturkatastrophen und Konflikten und chronischer Unterernährung differenziert. Letzteres stellt ein strukturelles Problem dar, welches durch die Bedingungen auf der Meso- und Makroebene bestimmt wird.

Aus der Armut heraus ergeben sich drei Faktoren die auf die *iii) individuelle Ebene (Mikroebene)* negativ einwirken: mangelnder Zugang zu Nahrungsmitteln, unzureichende Fürsorge für Mütter und Kinder, ein ungesundes Haushaltsumfeld (mangelnde Hygiene und Zugang zu hygienisch einwandfreiem Trinkwasser) sowie fehlende Gesundheitsversorgung, die dort, wo sie zumindest rudimentär existiert, oft mit hohen Kosten verbunden ist. Auf dieser Ebene sind demnach die unmittelbaren Ursachen für Unterernährung zu verorten, die direkten Einfluss auf den Ernährungsstatus einer Person haben und aus den beschriebenen tiefliegenden Ursachen der zweiten Ebene resultieren. Hierzu zählen die unzureichende Aufnahme von Nahrung (=Verwendung von Nahrung) und/oder schlechte Gesundheit (=Verwertung von Nahrung). Die genannten Faktoren bedingen sich gegenseitig: einerseits können Krankheiten mitverantwortlich für einen verschlechterten Ernährungsstatus sowie Ernährungsunsicherheit sein, und andererseits kann unzureichende Ernährung auch zu Krankheiten führen, was dann Unter- oder Mangelernährung zur Folge haben kann (vgl. Hausmann 2014, Welthungerhilfe 2004/2011, Ghattas 2014, Weingärtner / Trentmann 2011, Trentmann et al. 2015).

Armut und Unterernährung sind miteinander durch eine wechselseitige Beziehung verbunden, denn einerseits ist Armut auch Ursache von Unterernährung, und andererseits ist diese zugleich Ursache und Folge von Armut. Ein besonders fataler Teufelskreis ergibt sich in diesem Zusammenhang daraus, dass unterernährte Mütter diese Form der Mangelernährung an ihre Kinder weitergeben, was eine Verstetigung von Ernährungsunsicherheit sowie Armut durch die intergenerationale Weitergabe zur Folge hat (vgl. Welthungerhilfe 2004) Besonders evident zeigt sich dies anhand der Länderbeispiele Kambodscha, Myanmar und ganz besonders Laos (vgl. Bouapao 2016, Lao PDR 2015, WFP / BMZ 2013).

Arme Haushalte sind gegenüber Ernährungsunsicherheit nicht nur bedeutend vulnerabler, sondern neigen auch zu einer qualitativ minderwertigeren Ernährung, der es z.B. an Mikronährstoffen wie Eisen, Zink oder Vitamin A mangelt. Eine wichtige Verbindung zwischen Armut, Mangel- und Unterernährung stellen insbesondere Nahrungsmittelpreise dar (vgl. Ahmed et al. 2007). Ausnahmen sind Länder wie beispielsweise Tadschikistan, Kambodscha oder Laos, wo neben dem Einkommen auch andere Faktoren wie die absolute Fokussierung auf ein einziges Grundnahrungsmittel (Weizen bzw. „sticky“ Reis) für „schlechte“ Ernährung eine Rolle spielen. Die tägliche Ernährung bedeutet indes für die meisten armen Menschen eine der größten Herausforderungen, da sie für diese mit anteilig 60 bis 80% den Großteil ihres ohnehin geringen Einkommens aufwenden müssen (vgl. WFP 2018).

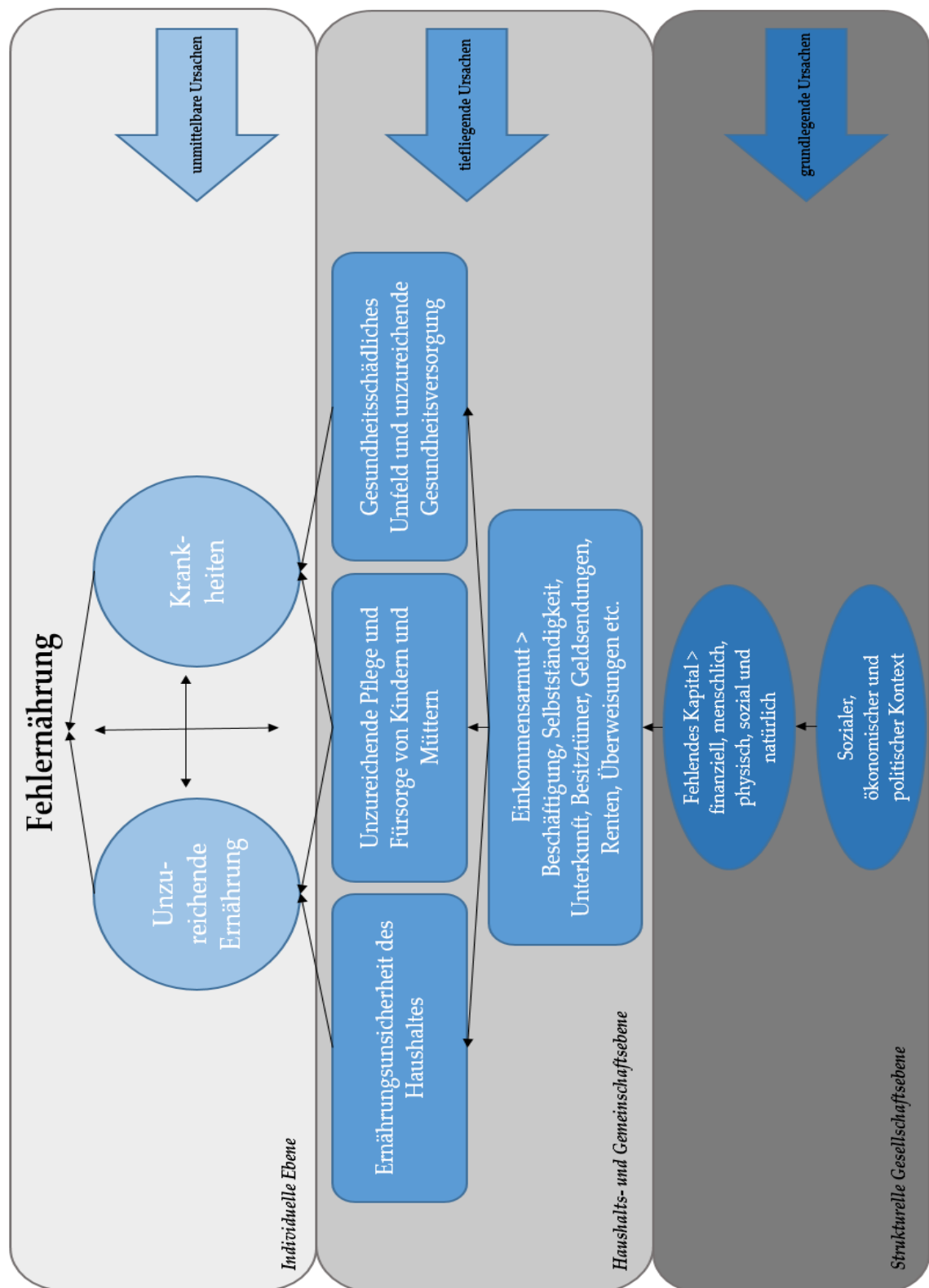
Es existieren verschiedene Sichtweisen zu der kausalen Beziehung zwischen Ernährungsunsicherheit und Armut. Zumeist werden Unter- und Mangelernährung als Folge von Armut gesehen. Neuere Betrachtungen hingegen drehen den Zusammenhang um und konstatieren, dass Armut auch eine Konsequenz von Unter- und Mangelernährung sein kann. Darüber hinaus kann aus menschenrechtlicher Perspektive konstatiert werden, dass die mangelnde Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung zu Fehlernährung führen und Unterernährung als Folge von Rechtlosigkeit (vgl. von Braun 2015) bzw. fahrlässige Mißachtung bis sogar Verwehrung von Menschenrechten verstanden werden kann.

Je nach Perspektive gehen damit unterschiedliche Lösungsstrategien einher. Aus der Sichtweise, dass Armut primär Ernährungsunsicherheit bedingt, wird abgeleitet, dass Armutsbekämpfung an erster Stelle stehen sollte und mit Wirtschaftswachstum oder Sozialpolitik auch Hunger reduziert werden kann. Dies gilt vor allem mit Blick auf ultra-arme Menschen. Wenn jedoch eine verbesserte Ernährungssituation auch der Armutsreduzierung zuträglich ist, dann werden eher konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Mangel- und Fehlernährung präferiert. In der Praxis dürften beide Ansätze zumeist kombiniert werden müssen. Zur Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung wird zudem die gezielte Anpassung des Rechtssystems und der Rechtspraxis in den Vordergrund der Bemühungen gestellt werden müssen (vgl. ebd.). Bereits der Diskurs zu den Strategiepapieren zur Armutsminderung (Poverty Reduction Strategy Papers, PRSP) der 2000er Jahre kann zumindest als impliziter Beitrag zur Durchsetzung von Menschenrechten für Arme gesehen werden.

Ein weiterer Grund für Ernährungsunsicherheit, der beim Verhalten der Bauern und Bäuerinnen selbst zu suchen ist, ist der in jüngster Zeit immer wieder thematisierte Vor- und Nachernteverlust¹² infolge von unzulänglichen Ernte- und Transportmöglichkeiten sowie unsachgemäßer Lagerung. Faktoren sind ferner das Preisdumping im Rahmen der Handels- und Agrarpolitik der Europäischen Union (EU), Preissteigerungen infolge von Spekulationen mit Grundnahrungsmitteln, Unwissenheit über gute Ernährung (vor allem auch in der prä- und postnatalen Phase) und Hygiene, sogar verheerende Nahrungstabus während der Schwangerschaft und in den Wochen nach der Entbindung (z.B. in Laos), zudem hohes Bevölkerungswachstum (besonders in von Ernährungsunsicherheit erheblich betroffenen Regionen), Landnahmen bzw. -enteignungen und die zunehmende Konkurrenz zwischen Nahrungsmitteln und Agrartreibstoffen um Anbauflächen (vgl. Weingärtner / Trentmann 2011).

¹² Die Verschwendung von Nahrungsmitteln entlang der Wertschöpfungskette sowie Ernteaussfälle durch Pflanzenkrankheiten und andere Gefahren führen zu einem Verlust von fast der Hälfte aller für den menschlichen Verzehr produzierten Kalorien (UNEP 2011: 36).

Abbildung 3: UNICEF-Modell zu den Ursachen von Fehlernährung sowie den kausalen Beziehungen



Quelle: Eigene Darstellung nach UNICEF 2016

Obwohl der Mythos von der generellen Knappheit der Nahrungsmittel als Ursache von Hunger sich zuweilen noch immer in Maßnahmen der EZ zur kontextunabhängigen Produktionssteigerung widerspiegelt, ist schon lange bekannt, dass die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse maßgeblich für das Problem verantwortlich sind (vgl. Collins / Lappé 1980, erneut Lappé et al. 2013, Bello 2010). Denn Hunger und Mangelernährung können vielerorts vor allem mit ungleichen Machtbeziehungen erklärt werden, welche einzelne Personengruppen systematisch diskriminieren und marginalisieren (vgl. UNHCR 2011). Also ist nicht Mangel *per se* verantwortlich für Unter- und Mangelernährung, sondern vielmehr sind es die geringen Einkommen und die ungleiche Verteilung von Ressourcen (vgl. Holt-Giménez et al. 2015).

Zudem wurde eine ernährungssichernde Landwirtschaft auf politischer Ebene jahrzehntelang vielerorts massiv vernachlässigt. Einerseits erfolgte dies durch die entwicklungspolitische Gebergemeinschaft und andererseits auch von nationaler Seite.¹³ So haben es beispielsweise die meisten afrikanischen Staaten versäumt, ihrer Selbstverpflichtung in der Maputo-Erklärung von 2003 nachzukommen und den Anteil der öffentlichen Investitionen in die Landwirtschaft auf mindestens 10 Prozent der Staatshaushalte zu erhöhen (vgl. OEZA 2008). Brandt und Brüntrup (2014: i) sprechen sogar von einer „Agrophobie“, die ab 1982/85 zwei Dekaden lang auch die deutsche EZ prägte. Stattdessen konzentrierte sich die Mittelallokation auf urbane Dienstleistungen und die Infrastruktur allgemein. Noch 2007 lag der staatliche deutsche EZ-Anteil im Agrarbereich auf einem historischen Tiefstand von 3% (EKD 2015: 114).

Gewinne aus dem landwirtschaftlichen Sektor wurden in vielen Ländern eher abgezogen anstatt in den ländlichen Raum reinvestiert worden zu sein. Erst nach der jüngsten Nahrungsmittelkrise von 2007/08 wird der Bedeutung des Agrarsektors wieder vermehrt Rechnung getragen (vgl. Günther 2012). Dies ist auch auf das Versprechen vom G8-Gipfel in L'Aquila zurückzuführen, dem Deutschland beispielsweise durch die Sonderinitiative „EINEWELT ohne Hunger“ (SEWOH) nachkommt.

¹³ Aufschluss über das Maß des Engagements der EL zur Reduzierung von Hunger und Unterernährung gibt der vom Institute for Development Studies (IDS 2018) entwickelte Hunger and Nutrition Commitment Index (HNCI). Siehe <http://www.hancindex.org/> [04/2018].

4. Agrarentwicklungspolitische Konzepte als Leitbilder der Ernährungssicherung

In den vergangenen Jahrzehnten gab es verschiedene Phasen,¹⁴ in denen unterschiedliche Konzepte und Ansätze zur Agrar- und Entwicklungspolitik¹⁵ maßgeblich für die Konzeptionen von Projekten und Programmen in der EZ waren. Auch wenn hier eine chronologische Darstellung gewählt wurde, bedeutet dies nicht, dass die Grundideen der Konzepte nicht immer wieder in mehr oder weniger modifizierter Form erneut aufgegriffen werden und zur Anwendung kommen.¹⁶ Ernährungssicherung wurde und wird seit Mitte der 1960er Jahre v.a. durch fünf Ansätze beeinflusst: i) Grüne Revolution, ii) Integrierte Ländliche Entwicklung, iii) Agrarökologie, iv) Strukturanpassungs- und v) Sektorinvestitionsprogramme. Zuvor (1955-65) gab es das Konzept des Community Development, welches hier nicht näher beleuchtet wird. Die Grundidee geht zurück auf die britische Kolonialherrschaft, wobei die Verantwortung für Entwicklung den Menschen selbst (statt dem Staat) übertragen werden sollte und Traditionen der ländlichen Bevölkerung als „rückständig“ betrachtet wurden (vgl. Brandt / Otzen 2004). Heute wird das Konzept umgedeutet und oft in Verbindung mit Selbsthilfegruppen sowie dem Ziel einer ermächtigten Gemeinschaft (Empowerment) genannt. Die charakteristischen Eigenschaften der fünf verschiedenen Ansätze und ihr Bezug zur Ernährungssicherung werden im Folgenden kurz umrissen.

4.1 Grüne Revolution (1965-75)

Die Grüne Revolution basierte auf neuen Anbaumethoden zur Industrialisierung der Agrarproduktion, die zu erheblichen Ertrags- und Produktivitätssteigerungen in Asien sowie Lateinamerika führten und sich im Gegenzug in sinkenden Preisen für landwirtschaftliche Produkte niederschlugen. Damit sollte Armut reduziert und die Ernährung von Bauern und Bäuerinnen verbessert werden. Basierend auf den Erkenntnissen des Agrarwissenschaftlers Norman Borlaug etablierte sich ein Blaupausenmodell zur Industrialisierung und Modernisierung der Landwirtschaft. Neben neu gezüchteten Hohertragssorten (insbesondere Weizen, Reis und Mais) wurden dabei mineralische Stickstoffdünger, synthetische Pflanzenschutzmittel und künstliche Bewässerung eingesetzt. Diese Maßnahmen wurden außerdem flankiert durch Kreditangebote, staatliche Beratung und Investitionen sowie Mechanisierung (vgl. Sprenger 2012, De Schutter / Frison 2017). Jedoch galt dies nur für jene Bauern und Bäuerinnen, die über hinreichend große Flächen für die Mechanisierung und damit Modernisierung verfügten; auch waren nur diese kreditwürdig. Die Masse der ländlichen Bevölkerung blieb folglich außen vor.

Aufgrund der spezifischen agrarpolitischen Rahmenbedingungen scheiterte dieses Vorgehen in weiten Teilen Afrikas. Wegen fehlender Verteilungseffekte – insbesondere für KB – sowie erheblicher ökologischer Schadwirkungen durch die Übernutzung der Ökosysteme

¹⁴ Die Einteilung der Phasen wurde Brandt / Otzen 2004 entnommen und um Agrarökologie sowie Multistakeholder-Ansätze ergänzt.

¹⁵ Grüne Revolution, Integrierte Ländliche Entwicklung und Agrarökologie sind Agrarkonzepte, Community Development, Strukturanpassungs- und Sektorprogramme hingegen gelten als Entwicklungskonzepte.

¹⁶ Beispielsweise ist der Ansatz der Grünen Revolution noch immer wirkungsmächtig und findet sich u.a. etwas modifiziert in der 2006 durch die Bill und Melinda Gates-Stiftung (BMGF) und die Rockefeller-Stiftung gegründeten Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika (AGRA) (vgl. Toenniessen et al. 2008).

(u.a. Minderung der Biodiversität infolge der Monokulturen) geriet der Ansatz zunehmend in die Kritik (vgl. Brandt / Otzen 2004). In der Bilanz wurde einerseits zwar die historisch einmalige enorme Steigerung der Produktion als Erfolg gepriesen, da insbesondere in Asien Hungersnöte teilweise abgewendet werden konnten, zumindest dort, wo eine gewisse Entwicklungsorientierung vorhanden war. Andererseits führte dies auch zu einem Preisverfall von stärkehaltigen Nahrungsmitteln, was wiederum eine mikronährstoffreiche Ernährung verteuerte und somit Mangelernährung begünstigte (vgl. Von Grebmer et al. 2015). Vor allem aber wirkten sich die von den Mittel- und Großbauern bzw. -bäuerinnen genutzten Chancen der Grünen Revolution vielerorts negativ auf die KB aus, indem deren Land massiv unter Druck geriet, etwa durch Landraub seitens der indischen Zamindars.¹⁷

4.2 Integrierte Ländliche Entwicklung (1975-85)

Ein Paradigmenwechsel in der internationalen Zusammenarbeit führte zum neuen Ziel der Grundbedürfnisbefriedigung, das mit der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) erreicht werden sollte. Dabei wurde die Zielgruppenorientierung (insbesondere mit Blick auf die *rural poor*) betont, zudem galt als Bezugspunkt ein begrenzter geographischer Raum, den es zu „entwickeln“ galt. Dem zugrunde lag ein Verständnis, dass Landwirtschaft „Mittel und Instrument einer allgemeinen ländlichen Entwicklung, einer [sozialen] Mobilisierung aller Menschen im ländlichen Raum“ (Glauner 2004: 59) sein sollte. Das Konzept konstatiert, dass die Entwicklung des ländlichen Raums mehr als Landwirtschaft umfasst und generell die ländlichen Lebensbedingungen breiter im Vordergrund stehen sollten.

Der Ansatz der ILE beruht auf der Vorstellung „Verteilung mit Wachstum“ und führte zu einer verstärkten dezentralen Vergabe von EZ-Mitteln in soziale Bereiche sowie insgesamt zu einer multisektoralen Programmpolitik¹⁸ auf (sub-)regionaler Ebene. Ziel war dabei, die Entwicklung der Landwirtschaft stärker mit Maßnahmen zur Infrastruktur, Gesundheit, Bildung oder Trinkwasserversorgung zu verknüpfen. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung wurden als gleichsam bedeutend bewertet. Im Ergebnis verbesserten sich die Produktionsmethoden, erhöhte sich die Nahrungsmittelproduktion und konnten auch nachhaltige Wirkungen im Gesundheits- und Bildungsbereich sowie bei der Zunahme von Einkommen und Beschäftigung erzielt werden.

Insgesamt aber gilt ILE als gescheitert, weil es sich als schwierig herausstellte, die Wirksamkeit des Ansatzes nachzuweisen. Außerdem wurden vielfach durch die EZ Parallelstrukturen aufgebaut (Bypassing staatlicher Institutionen), die die weiterhin vorwiegend starre Top-down-Koordination¹⁹ erschwerten. Die Projekte galten als überdimensioniert und hatten auch aufgrund der komplizierten Trägerstruktur mit mehreren Ministerien zusätzliche Koordinationsprobleme. Zudem konnten die Folgekosten vieler prinzipiell gut durchdachter

¹⁷ Das sind Landbesitzer (auch Großgrundbesitzer), die für einen regionalen Herrscher Steuern eintraben. Ursprünglich verwendet wurde der Begriff im indischen Mogulreich, das durch das Zamindar-System, dem europäischen Feudalsystem ähnelnd, organisiert war. Auch unter britischer Herrschaft wurde dieses System in Indien fortgeführt und mit der Unabhängigkeit offiziell abgeschafft. In Pakistan besteht das System noch teilweise weiter (vgl. Chatterjee 2010).

¹⁸ Verschiedene Maßnahmenbündel umfassten Interventionen in den Bereichen natürliche Ressourcen, Landwirtschaft, Humankapital, Technologie, Infrastruktur, Institutionen, Bildung, Dienstleistungen etc. (vgl. Kuhnen 1997).

¹⁹ Brandt und Brüntrup (2014: 64) bezeichnen das Vorgehen auch als „chaotische[n] Dirigismus“.

Maßnahmen nicht durch die EmpfängerInnen selbst übernommen werden. Nicht zuletzt wurden sowohl eine Agrarinnovationspolitik wie anfangs auch die ökologische Nachhaltigkeit vieler Agrarmaßnahmen vernachlässigt (vgl. Brandt / Otzen 2004, Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1992, Schmidt-Kallert 2014, Nill 2011).

4.3 Agrarökologie (seit 1980)

Zwar noch wenig von staatlichen Gebern²⁰ unterstützt, aber von weiten Teilen der Zivilgesellschaft gefördert (u.a. Brot für die Welt, Oxfam, INKOTA) findet das Konzept der Agrarökologie Anklang. Ähnlich wie beim standortgerechten Landbau beruht dieser Ansatz auf möglichst wenig Fremdmiteinsatz (Low Inputs) und einer Kreislaufwirtschaft (vgl. Glauner 2004). Ziel ist eine an die Umwelt angepasste Landwirtschaft, die lokale Bedürfnisse und traditionelles Wissen als Bottom-up-Prozess einbezieht. Im Vordergrund steht die Anwendung diversifizierter nachhaltiger Methoden durch lokale kleinbäuerliche Produktion, dabei die Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit und die Wiederherstellung der Multifunktionalität der Landwirtschaft (siehe Tabelle 4 in Kapitel 5.2.4). Das bedeutet insbesondere, den verschiedenen Ansprüchen der KonsumentInnen, ProduzentInnen und des Ökosystems gleichermaßen gerecht zu werden.

Gängige Praktiken sind dabei beispielsweise der Einsatz von lokal angepassten Sorten, ein verbessertes Bewässerungsmanagement, der Mischkulturanbau mit zusätzlichen Hülsenfrüchten (Leguminosen), Agroforstwirtschaft und integrierter Pflanzenschutz. Agrarökologie gilt gleichzeitig als Wissenschaft und soziale Bewegung für Ernährungssouveränität (vgl. Haerlin / Beck 2013). Vielversprechend ist dieser Ansatz insbesondere, um den Anteil der Landwirtschaft an Kohlenstoffdioxid (CO₂)-Emissionen²¹ erheblich zu reduzieren sowie natürliche Ressourcen zu bewahren und die Biodiversität zu erhöhen. Da die ökologische Landwirtschaft eher arbeitskraftintensiv ist, ergeben sich positive Beschäftigungseffekte für die lokale Wirtschaft, was gerade mit Blick auf das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in vielen EL ein Mittel gegen die Landflucht sein könnte. Die weitere Wertschöpfung vor Ort, etwa durch das Trocknen von Obst und Gemüse durch solarbetriebene Anlagen, kann eine Einkommensdiversifizierung von ländlichen Haushalten unterstützen (vgl. Hauser 2009).

Die Grenzen des Ansatzes sind, dass er aufgrund der Wissensintensität sehr voraussetzungsvoll sowie komplex ist und es eines langfristigen Planungshorizontes bedarf. Zudem ist dessen Produktivität und das konkrete Potenzial zur Ertragssteigerung einerseits umstritten und somit auch der entsprechende Landbedarf zur Ernährung der Weltbevölkerung (vgl. Seufert et al. 2012, Pretty et al. 2006). Andererseits ist zu bedenken, dass diese Zahlen zwischen Weltregionen sowie unterschiedlichen Anbaumethoden aufgrund der Spezifität der lokalen Kontexte nur schwer vergleichbar sind.

²⁰ Eine Ausnahme bildet hier u.a. die schweizerische EZ mit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA).

²¹ Gegenwärtig sind laut Weltklimarat (IPCC 2014: 816) etwa 24 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen auf die Landwirtschaft, Forstwirtschaft und veränderte Landnutzung zurückzuführen.

Eine Stärke der Agrarökologie liegt hingegen darin, dass durch einen diversifizierten Anbau eine geringere Vulnerabilität gegenüber externen Schocks gegeben ist. Zudem besitzt landwirtschaftliche Vielfalt auch positive Auswirkungen auf die Ernährung des Haushalts, wenn dadurch verschiedene nährstoffreiche Nahrungsmittel zur Verfügung stehen (vgl. Frison 2016). Als Methode der Vermittlung kommt oftmals die Farmer to Farmer-Methode zum Einsatz, wobei landwirtschaftliches Wissen untereinander ausgetauscht wird (vgl. Altieri / Nicholls 2017). Dies steht im Gegensatz zu der sonst vorrangig auf (zumeist externen) ExpertInnen basierenden landwirtschaftlichen Beratung die eher *top-down* erfolgt. Agrarökologie unterscheidet sich von Ansätzen der nachhaltigen Intensivierung in der Landwirtschaft, wobei versucht wird, Umweltschutz mit Produktivitätssteigerung zu kombinieren. Zu letzterem gehört auch der Einsatz von Gentechnik, der Anbau in Monokulturen und die Förderung von großen Agrarbetrieben (vgl. Mockshell / Kamanda 2017).

Box 1: Agrarökologische Bewegung in Indien

Aus dem südwestlichen Bundesstaat Karnataka in Indien stammt das agrarökologische Konzept des Zero Budget Natural Farming (ZBNF). Der Ansatz ZBNF verzichtet auf den Erwerb von landwirtschaftlichen Inputs, die in weiten Teilen Indiens oftmals mit Verschuldung für Kredite und sogar Selbstmorden von Haushaltsvorständen wegen Unfähigkeit zu deren Rückzahlung einherging. Als Reaktion darauf wurde ZBNF entwickelt. Die Organisation Karnataka Rajya Raitha Sangha führte Workshops unter Anwendung der Farmer to Farmer-Methodik durch und ihr Ansatz fand Verbreitung im gesamten Land. ZBNF gilt als eine der erfolgreichsten sozialen Bewegungen für Agrarökologie.

Das innovative Toolkit basiert auf fermentierten mikrobiellen Kulturen, die in Verbindung mit reduzierter Bewässerung die Mikroorganismen der Erde anregen und die Aktivität von Regenwürmern steigert. Die Nährstoffquelle der in den ersten drei Jahren eingesetzten Kulturen sind Kuhdung und -urin. Weitere Kulturtechniken sind Mulchen und Zwischenfruchtbau. ZBNF verursacht keinerlei Kosten und durch das Einkommen beim Verkauf von zusätzlichen Feldfrüchten können Gewinne erwirtschaftet werden. Zudem wird dadurch ein Beitrag zur Erhöhung der Agrobiodiversität geleistet, die Bodenfruchtbarkeit erhöht und die Gesundheit der Bauern und Bäuerinnen durch den Verzicht auf Chemikalien verbessert. Durch eine Kooperation mit dem IT-Sektor wurde auch eine App zur Anwendung von ZBNF programmiert (vgl. La Via Campesina o.J., Khadse et al. 2018).

4.4 Strukturanpassungsprogramme (1985-95)

Strukturanpassungsprogramme (SAP) waren wirtschaftspolitische Konzepte, die den lateinamerikanischen Ländern aus der Schuldenkrise helfen sollten und später auch auf Subsahara-Afrika übertragen wurden. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) setzten dazu auf Maßnahmen zur Liberalisierung der Handels- und Wechselkurspolitik, Reduzierung des Staatskonsums und Beendigung des Wirtschaftsdirigismus zugunsten von Privatisierungen. Dieser rigide durchgeführte Kurs kann insgesamt als Phase eines Fundamentalismus des freien Marktes sowie Freihandels beschrieben werden. Zur Durchsetzung wurde die Reduzierung der öffentlichen Schuldenlast bzw. Vergabe von neuen Krediten an die erfolgreiche Umsetzung der genannten Maßnahmen geknüpft.

Im Agrarsektor lag der Fokus auf der Abkehr von festen Ankaufpreisen, dementprechender Freigabe der Preise, Deregulierung von Bodenmärkten sowie der Privatisierung von (para)staatlichen Agrardienstleistungen. Staatliche Beratung und Vermarktungsbehörden wurden auf Kosten insbesondere von KB fast gänzlich eingestellt. Anstelle der kostenintensiven, aber teilweise gut funktionierenden Beratungsstrukturen trat nun häufig ein Beratungsvakuum. Insgesamt war die Phase geprägt vom Rückzug des Staates aus der

Landwirtschaft. Es wurde somit einerseits eine Ausrichtung der Landwirtschaft auf den Export forciert und andererseits eine Öffnung der Märkte vieler Entwicklungsländer für billige Importe aus Industrieländern durchgesetzt.

Parallel dazu lassen sich auch innerhalb der internationalen EZ seit Mitte der 1980er Jahre gravierende Kürzungen²² bei der Förderung der Landwirtschaft feststellen. Mit diesen Ansätzen wurde das Ziel Armutsminderung weit verfehlt. Die Lage vieler in der Landwirtschaft tätigen Menschen verschlechterte sich, was zeitgleich durch fallende Agrarweltmarktpreise verstärkt wurde (vgl. Brandt / Otzen 2004, FIAN 2012a, Bello 2010).

4.5 Sektorinvestitionsprogramme, Capacity Building und Institutionenförderung (seit etwa 1995)

Als Reaktion auf die Fehler der SAP setzte sich die Erkenntnis durch, dass die internen politischen Rahmenbedingungen der Nehmerländer in der EZ stärker berücksichtigt werden müssten. In diesem Kontext wurden die Bedeutung der Menschenrechte, die Partizipation der lokalen Bevölkerung an politischen Entscheidungen, die Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns und Rechtsstaatlichkeit als Handlungsfelder thematisiert. Diese konzeptionelle Anpassung spiegelte sich in den landwirtschaftlichen Sektorinvestitionsprogrammen wieder, die auf die sektorale Bündelung von Aufgaben, die Formulierung einer klaren Sektorstrategie und -politik, eine Geberkoordinierung, die Definition von Verantwortlichkeiten sowie eine verstärkte Nutzung der Beratungs- und Durchführungskapazitäten vor Ort abzielten. Insbesondere die Förderung von Managementbefähigung (Capacity Building)²³ auf der Partnerseite wird zu einem zentralen Ansatz. In der Praxis ergaben sich jedoch Probleme bei der Umsetzung des neuen Ansatzes aufgrund des schwierigen Prozesses der ebenfalls geforderten politischen Dezentralisierung sowie des mangelnden Einflusses auf agrarpolitische Fragen bei den Entscheidungsprozessen zu Infrastruktur, Preis-, Markt- und Handelspolitik sowie über Wechselkurs-, Geld- und Kreditpolitik, die in anderen Ressorts angesiedelt waren und interministerielle Interessenkonflikte befeuerten (vgl. Brandt / Otzen 2004). Ein weiterer neuer Schwerpunkt der EZ konzentrierte sich auf die Reform der zuständigen Institutionen, was sich in Projekten zur Dezentralisierung sowie zur Institutionen- und Organisationsentwicklung widerspiegelt (vgl. Schmidt-Kallert 2014).

Neuerdings²⁴ existiert zudem der Trend zu Multi-Stakeholder-Ansätzen (MSA), der damit begründet wird, dass Staaten alleine globale Probleme nicht mehr lösen können. In der EZ wird daher die Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft gesucht und als pragmatisch, unbürokratisch, effizient, lösungsorientiert und flexibel betrachtet. Zudem sollen finanzielle Engpässe durch Kooperationen mit zahlungskräftigen Partnern überwunden werden (vgl. Martens / Seitz 2017). Agribusiness- und Nahrungsmittelkonzerne wie Bayer und Nestle können durch die Einbeziehung bei MSA einerseits ihr Nachhaltigkeits-Image aufbessern und andererseits neue Absatzmärkte für ihre Produkte erschließen. Seit 2008

²² Oxfam (2009:2) errechnete, dass zwischen 1983 (20 Mrd. USD) bis vor Beginn der Nahrungsmittelkrise (im Jahr 2007: 5 Mrd. USD) 75% weniger öffentliche Entwicklungsgelder (ODA) in die Landwirtschaft investiert wurden.

²³ Gemäß der Weltbank rekuriert Capacity auf die „Fähigkeit, Probleme zu analysieren, Lösungswege zu konzipieren und entsprechende Maßnahmen zu implementieren“ (Brandt / Otzen 2004: 102).

²⁴ Nora McKeon (2016) hingegen verortet die Entwicklung des Multistakeholderism mit dem Entstehen zahlreicher öffentlich-privater Partnerschaften (PPP) auf der Global Governance-Ebene zeitlich bereits Mitte der 1990er Jahre. Zudem gilt der Ansatz gegenwärtig als essenziell zur Implementierung der SDG.

entstanden etwa ein Dutzend solcher Multi-Stakeholder-Initiativen, die zu Ernährungssicherung und landwirtschaftlicher Entwicklung arbeiten (siehe Box 2). Kritische Stimmen warnen vor einem wachsenden Einfluss der Wirtschaft auf politische Entscheidungsprozesse (Corporate Capture) und befürchten eine zunehmende Zersplitterung des Institutionengefüges, was einerseits mehr Koordination erfordert und andererseits Organisationen der VN, wie beispielsweise die FAO, schwächen könnte.

Weitere Bedenken sind, dass Interessenkonflikte zwischen den Beteiligten ausgeblendet und EmpfängerInnen außen vor bleiben oder nicht adäquat durch NRO vertreten werden. Die meisten MSA zielen auf eine Modernisierung des Agrar- und Ernährungssystems ab, wobei erneut das Modell der Grünen Revolution, lediglich leicht modifiziert, als Grundlage dient. Negative Folgen für die bäuerliche Landwirtschaft wie Abhängigkeit und Umweltbelastungen werden dabei weitgehend ausgeblendet.

Zur Bekämpfung von Mangelernährung (insbesondere im städtischen Raum) werden mit Vitaminen und Mikronährstoffen angereicherte (fortifizierte) Nahrungsmittel als kosteneffizienteste Maßnahme befürwortet (siehe Unterkapitel 5.2.6). Solche technischen und markt-basierten Lösungen werden anempfohlen, um schnelle und messbare Erfolge aufweisen zu können. Dabei lässt sich die Tendenz beobachten, dass strukturelle Ursachen von Ernährungsunsicherheit oftmals gerade bei den scheinbar einfachen Lösungen wie der Fortifikation von Grundnahrungsmitteln unterbelichtet bleiben. Zudem besteht die Gefahr, dass Lebensmittel- und Agrarkonzerne durch die Partnerschaften noch mehr Einfluss auf Gesetzgebungs- und Politikprozesse erhalten (vgl. ebd., Schneider 2017).

Box 2: Beispiele für Multi-Stakeholder-Partnerschaften zur Ernährungssicherung

- * Global Alliance for Improved Nutrition (GAIN): Bill und Melinda Gates-Stiftung (BMGF), Regierungen, Wissenschaft und NRO
 - * G7(8) New Alliance for Food Security and Nutrition: Geber, Regierungen und Agribusiness
 - * Scaling Up Nutrition Initiative (SUN): Regierungen, Geber, VN, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft
 - * Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika (AGRA): Regierungen, Agribusiness und Wissenschaft
 - * Global Alliance for Climate Smart Agriculture (GASCA): FAO, Regierungen, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft
 - * GROW Africa: Weltwirtschaftsforum, Wirtschaft und Afrikanische Union (AU) / Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD)
 - * German Food Partnership (GPF): BMZ, BMGF und Agribusiness [2015 ausgelaufen]
- Eigene Darstellung.

Zwischenbilanz

Insgesamt ist der Ansatz der Grünen Revolution umstritten. Einerseits ist ihr Nutzen infolge der Produktionssteigerungen für die Ernährungssicherung im Sinne einer abstrakten Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln zwar erwiesen, aber andererseits waren die sozialen Konsequenzen verheerend und verschärften vor allem die ländliche Armut.

Der Grundgedanke der integrierten ländlichen Regionalentwicklung ist, dass Landwirtschaftsförderung nicht isoliert funktioniert, sondern eingebunden werden muss in Vermarktung, Infrastruktur, Lagerung, Bildung und Fortbildung sowie Dienstleistungen im ländlichen Raum, was nach wie vor richtig ist und teilweise zu wenig Beachtung findet.

Agrarökologie hingegen ist noch immer eher ein Nischenkonzept, welches zugleich ein großes Potenzial für die Zukunft der Landwirtschaft sowie Ernährungssicherung im globalen Süden sowie Norden besitzt. Dieser Ansatz ist sicher mit kleinbäuerlichem Besitz sehr gut kompatibel und kann zur Ernährungssicherung beitragen, wenn beispielsweise das Recht auf Nahrung in den Mittelpunkt gestellt wird. Jedoch geschah dies bis zur letzten Ernährungskrise viel zu wenig.

Die SAP hingegen haben dazugeführt, dass die Abhängigkeit afrikanischer Länder von Nahrungsmittelimporten zugenommen hat. Sie werden deshalb mittlerweile von der Mehrheit der entwicklungspolitischen Gemeinschaft abgelehnt. Besonders negativ zu bewerten ist im SAP-Kontext außerdem der massive Abbau von Agrarberatungen. Dies hatte zur Folge, dass Hunger eher gefördert statt beseitigt wurde.

Die MSA rücken zwar Fragen der Bekämpfung von Hunger und Mangelernährung sowie die landwirtschaftliche Entwicklung in den Fokus, aber es besteht gleichzeitig die Gefahr, dass dabei die Ärmsten vergessen werden. Zudem sollten bei Kooperationen mit dem Privatsektor Kriterien und Standards festgelegt werden, die sich an menschenrechtlichen Verpflichtungen von Unternehmen ausrichten und Armutsbekämpfung als primäres Ziel festlegen. Problematisch ist, wenn über MSA der Einfluss von internationalen Unternehmen auf Agrar- und Ernährungspolitik weiter zunimmt. Dabei besteht die Gefahr, dass im Rahmen von PPP die EZ zur Außenwirtschaftsförderung instrumentalisiert wird, weder Zivilgesellschaft noch Bauern- und Bäuerinnenorganisationen ausreichend beteiligt und Rechenschaftspflichten unterlaufen werden könnten.

5. Maßnahmen zur Ernährungssicherung

5.1 Zielgruppendifferenzierung

Eine „Blaupause“ zur Bekämpfung von chronischem Hunger kann es nicht geben, da die ökologischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten sowie Kultur und Religion zwischen den betroffenen Regionen und Ländern divergieren. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, differenzierte Ansätze zu entwickeln, die ebenenübergreifend wirken und in die jeweiligen Armutsbekämpfungsstrategien integriert sind (vgl. Günther 2012). In Ausnahmesituationen, wie beispielsweise bei Naturkatastrophen und Kriegen, kommt die humanitäre Hilfe zum Einsatz. In diesem Beitrag werden allerdings vorrangig langfristige Maßnahmen der EZ diskutiert.

Trotz des Einsatzes von partizipativen Methoden gestaltet sich das Erreichen derjenigen die am stärksten von Ernährungsunsicherheit betroffen sind, oftmals am schwierigsten, da sie gesellschaftlich ausgegrenzt sind und/oder auf Grund ihrer extremen Armut kaum Zeit für partizipative Prozesse haben (vgl. Barrett 2010, Bliss / Heinz 2010). Daraus ergibt sich die besondere Bedeutung des Targeting bei ernährungssichernden Maßnahmen, um die Zielgruppen zu identifizieren, deren Bedürfnisse zu bestimmen und die Wirksamkeit der Interventionen zu verbessern. Primär sollte EZ sich also an vulnerablen Subpopulationen orientieren, statt nur an der Bestimmung eines „armen“ bzw. ernährungsunsicheren Projektgebiets, wo Menschen hinsichtlich ihrer Ernährungssituation vor völlig unterschiedlichen Herausforderungen stehen. Tabelle 3 differenziert zwischen verschiedenen Gruppen von ländlichen Haushalten und ordnet diesen idealtypisch potenzielle Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungssicherung zu.

Abgesehen von Gruppe 4 (Marginalisierte, Landlose und Geflüchtete) ist für die anderen drei Zielgruppen zusätzlich zu den aufgelisteten Ansätzen auch noch das Angebot von landwirtschaftlichen Beratungsdienstleistungen von Relevanz sowie auf der übergeordneten Ebene die Politikberatung und die Unterstützung bei landwirtschaftlichen Sektorreformen. Insgesamt sind die Interventionen jedoch stark abhängig vom lokalen Kontext, den vorhandenen Ressourcen und der Bereitschaft der Verantwortlichen, Partizipation im Sinne von Mitbestimmung aller Beteiligten zuzulassen (vgl. OEZA 2003). Ein aktiver Einbezug der Zielgruppe ist maßgeblich für den Erfolg jedes Vorhabens. Für eine breitenwirksame Ernährungssicherung ist besonders darauf zu achten, dass die ärmsten Haushalte (dritte und vierte Zielgruppe) nicht vergessen werden, da diese ja wegen der geringsten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Machtausstattung besonders von Hunger betroffen sind.

Tabelle 3: Zielgruppenorientierte Maßnahmen der Ernährungssicherung und ländlichen Entwicklung

Zielgruppe	Mögliche Maßnahmen
1) Ländliche Haushalte mit großem Produktionspotenzial und starker Marktorientierung inklusive einträglichem Nebenerwerb	Technologische Optimierung von Produktionssteigerung und -diversifikation, Investitionsförderung (z.B. Lagerhaltung, Transport und Kommunikation), Teilhabe an Interessensvertretungen mit lokaler und regionaler Reichweite
2) Ländliche Haushalte mit ausreichenden Ressourcen und einem Potenzial zu Überschussproduktion oder Zuerwerb (erweiterte Subsistenzwirtschaft)	Produktionssteigerung und -diversifikation, Produktveredelung und Weiterverarbeitung, Verbesserung des Zugangs zu Märkten und Kapital, Schaffung von zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten, Teilhabe an Interessenvertretungen und Assoziationen mit lokaler Reichweite
3) Ressourcenarme ländliche Haushalte ohne Potenzial eines Zuerwerbs (Subsistenzwirtschaft)	Ernährungssicherung durch Verbesserungen in Produktion und Vermarktung, Verminderung der Arbeitsbelastung, Sicherung des Zugangs zu Informationen und der Teilhabe am Entwicklungsprozess
4) Marginalisierte Bevölkerungsgruppen, Landlose, Geflüchtete	Humanitäre Hilfe, Sicherung der individuellen oder kollektiven politischen und sozialen Rechte z.B. durch Soziale Sicherungsprogramme, Übertragung von sozialen (d.h. kostenlosen) Landnutzungstiteln

Quelle: Eigene Darstellung nach OEZA 2003: 33

5.2 Ausgewählte Handlungsfelder

Insgesamt gibt es aufgrund der Komplexität der Ursachen von Ernährungsunsicherheit eine Bandbreite von unterschiedlichen Ansätzen sowie konkreten Handlungsoptionen. Konkrete Maßnahmen können den vier verschiedenen Dimensionen der Ernährungssicherung zugeordnet werden (eine umfassende Tabelle mit Handlungsoptionen zur ES findet sich in Anhang 1). So zielen beispielsweise Projekte zur Kleinbewässerung, Nahrungsmittelhilfe in Not-situationen oder Fortbildungs- und Investitionsmaßnahmen zur Vermeidung von (Nach-) Ernteverlusten²⁵ (siehe Box 3) auf eine verbesserte Verfügbarkeit von Nahrung ab. Der Zugang zu Nahrung²⁶ kann u.a. durch eine Erhöhung der Kaufkraft erleichtert werden. Dazu dienen etwa Maßnahmen der Einkommensdiversifizierung und Soziale Sicherungsprogramme. Außerdem spielt der sichere Zugang zu Land für die eigene Agrarproduktion eine entscheidende Rolle. Eine erhöhte Nutzbarkeit der Nahrung kann u.a. durch eine Verbesserung der (Trink-)Wasserversorgung, Sanitäreinrichtungen und Hygiene (WASH) sowie Ernährungsberatung erreicht werden. Einen Beitrag zu einem stabilen Nahrungssystem leistet natürlich auf staatlicher Ebene vor allem eine gute Regierungsführung.

²⁵ Es wird geschätzt, dass circa 40% der landwirtschaftlichen Produkte über den Weg vom Acker zum Markt hinweg bereits verderben (vgl. Asenso-Okyere 2012).

²⁶ Aus dem Recht auf Nahrung lassen sich drei Zugangsarten ableiten, dazu gehören Einkommen, Sozialleistungen und Selbstversorgung (siehe dazu Kommer 2016).

Aufgrund der in Kapitel 3 angerissenen komplexen Ursachen von weltweiter Unterernährung kann keine der nachfolgenden entwicklungspolitischen Maßnahmen alleine wirksam sein. Ein

Box 3: Lagerhäuser für die Erntesicherung im Tschad

In den beiden tschadischen Provinzen Ouaddai und Biltine unterstützte die deutsche Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) zwischen 2004 und 2011 die dortigen Kantone mit einem breiten Angebot von lokalem Infrastrukturausbau. Neben Brunnen, Schulgebäuden, Gesundheitszentren und in dem ökologisch sensiblen Gebiet umfangreichen Wadiverbauungen (u.a. zur Rückhaltung von Regenwasser für den Gemüseanbau nach Ende der Regenzeit) gehörten hierzu feste Lagerhäuser, die der Erntesicherung dienten. Vorschläge wurden jeweils auf Kantonebene von den Dörfern eingereicht und in einem relativ partizipativen Verfahren hierarchisiert und nach Verfügbarkeit der Mittel und der Bereitschaft der Dorfgemeinschaften zu Eigenleistungen umgesetzt. Während in einigen Gebieten vor allem ein Bedarf an Brunnen angemeldet wurde, waren es in anderen Zonen, vor allem in den etwas regenreicheren Gebieten in Biltine, vielfach Lagerhäuser, in denen die Familien des Dorfes, je nach Jahr und Saison, vor allem Hirse, Erdnüsse und Bohnen einlagern konnten.

2014 wurde das Programm von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) extern evaluiert mit dem Ergebnis, dass die Lagerhäuser im Vergleich mit den anderen Errungenschaften des Programms mit Abstand am besten abschnitten. Während ein Großteil der Dämme in den Wadis den Wasserfluten nicht standgehalten hatten, Gesundheitszentren mangels staatlichen Unterhalts geschlossen waren und auch eine Reihe von Schulbauten ungenutzt blieben, war die Masse der rund 50 Lagergebäude voll in Betrieb, und eine Reihe von ihnen war mit eingelagerten Säcken sehr gut gefüllt. Überall kümmerten sich Nutzergruppen um den Betrieb, d.h. die Buchhaltung der Einlagerung, und die Kassen, aus denen der Unterhalt bezahlt werden sollte, waren teilweise gut gefüllt.

Die Evaluation ergab, dass für den Erfolg der Lagerhäuser vor allem zwei Faktoren verantwortlich waren: i) konnten die Gebäude die eingelagerte Ernte vor Schadnagern ebenso effektiv schützen wie vor den jährlichen Buschfeuern, die zuvor immer wieder die Vorräte eines ganzen Dorfteiles vernichtet hatten, und ii) ermöglichte die sichere Lagerung den Männern und vor allem auch vielen Frauen, ihre Erzeugnisse erst Monate nach der Ernte auf den Markt zu bringen, wenn sich die Preise für Hirse gut verdoppelt und die für Erdnüsse teilweise vervierfacht hatten. Entsprechend waren sie auch bereit, einen Teil des Gewinns in den Unterhalt der Lagerhäuser zu investieren. Die Teilkomponente erhielt entsprechend mit Blick auf Effektivität, Nachhaltigkeit und Wirkungen die Bewertung „sehr gut“ (vgl. KfW 2014).

Zusammenwirken diverser Politikbereiche wie Handel, Finanzen, Wirtschaft, Landwirtschaft, Sozialpolitik, Klima und Umwelt ist unerlässlich (vgl. Weingärtner / Trentmann 2011). Deshalb ist auch das Gebot der Kohärenz zwischen den diversen Politiken, insbesondere der Handels-, Wirtschafts-, Außen-, Sicherheits- und Agrarpolitik wichtig, um das Menschenrecht auf Nahrung umzusetzen bzw. nicht zu unterlaufen.

Nachfolgend werden nicht alle Maßnahmen detailliert beschrieben. Es wird lediglich auf zentrale Interventionsmöglichkeiten eingegangen, die entweder konsensuell oder kontrovers diskutiert werden. Die ersten drei Unterkapitel beziehen sich auf weniger umstrittene Maßnahmen: i) die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und Ernährungsberatung für Mutter und Kind, ii) Zugang zu Land und anderen natürlichen Ressourcen sowie iii) Soziale Sicherung. Zu den kontrovers diskutierten Maßnahmen gehören iv) die Größenfrage bei der landwirtschaftlichen Produktion, v) der Wertschöpfungsketten-Ansatz und vi) die Anreicherung (Fortifizierung) von Nahrungsmitteln. Die übergeordnete Debatte ist bei allen Ansätzen jene um kleinbäuerliche oder industrialisierte Landwirtschaft als Zukunftsmodell für die Welternährung. Die Punkte fünf und sechs sind dem eher untergeordnet, bzw. Teil dieser Debatte.

5.2.1 Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und Ernährungsberatung für Mutter und Kind

Vor dem Hintergrund, dass Frauen und Mädchen überproportional sowohl von Hunger (70%) als auch von Mangelernährung (60%) betroffen sind, kann die Stärkung der Rechte von ländlichen Frauen in Asien und Afrika als eine der vielversprechendsten Maßnahme im Kampf gegen Hunger angesehen werden (vgl. Schweighöfer 2014, IDS 2014, Haerlin / Beck 2013). Die Benachteiligung von Frauen und Mädchen findet auf vielen Ebenen statt: beginnend in der Familie (Menge und Reihenfolge der Nahrungsaufnahme, häusliche Gewalt) über die Gesellschaft (Bildung und allgemeine Rechte) bis hin zur Wirtschaft (z.B. mangelnder Zugang zu produktiven Ressourcen wie vor allem zu Landnutzungsrechten, landwirtschaftlicher Beratung oder Krediten) (vgl. IDS 2014). Sowohl Sterblichkeit als auch Unterernährung sind in jenen Ländern am höchsten, wo Frauen Diskriminierung ausgesetzt sind und ihr Zugang zu Bildung sowie Beschäftigung eingeschränkt ist (vgl. Weingärtner / Trentmann 2011).

Durch männliche Abwanderung in die Städte steigt die Zahl der von Frauen geführten Haushalte im ländlichen Raum. Dieses als „Feminisierung der Landwirtschaft“ bezeichnete Phänomen erhöht den Handlungsdruck dahingehend, dass die landwirtschaftliche Ausbildung und Beratung nicht von Männern alleine, sondern auch (ggf. sogar prioritär) von Frauen vorangetrieben werden sollte (vgl. Haerlin / Beck 2013). Schließlich sind Frauen auf dem Land in EL für die Produktion von 60 bis 80 Prozent der Nahrungsmittel verantwortlich (FAO 2010: 190). Außerdem spielen sie fast überall eine zentrale bzw. die alleinige Rolle bei der Verarbeitung, Vermarktung, Haltbarmachung und Zubereitung der Nahrung. Im Vergleich zu Männern verfügen sie jedoch über bedeutend weniger Zugang zu Ackerfläche und Produktionsmitteln und technischer Beratung (vgl. Weingärtner / Trentmann 2011).

Unter- und Mangelernährung bei Kindern haben in der Regel langfristige entwicklungshemmende Konsequenzen. Auch für die Folgegenerationen haben armutsmindernde Interventionen zugunsten von Frauen daher einen erhöhten Mehrwert, da Frauen – stärker als Männer – zusätzliches Einkommen eher für die Ernährung, Gesundheit und Bildung ihrer Kinder ausgeben (vgl. FAO 2011). Bildungsangebote für Frauen begünstigen deren Wissen über Themen wie nährstoffreiche Ernährung, Hygiene und Gesundheit, sind neben dem Zugang zu sauberem Trinkwasser also ein wichtiger Faktor, um die Mangel- und Unterernährung von Kleinkindern erfolgreich zu bekämpfen (vgl. Smith / Haddad 2015).

Hinsichtlich der Qualität der Ernährung haben Frauen vor allem während der Schwangerschaft und in der Stillzeit einen erheblich höheren Bedarf an Eisen, außerdem benötigen sie mehr Folsäure und Kalzium (vgl. FAO 2000, Spohr 2015). Bei akuten Fällen von Mangel kann die Verabreichung von Nahrungsergänzungen bzw. mit Mikronährstoffen angereicherter Nahrung notwendig sein. Generell besitzt das Stillen für Säuglinge eine wichtige Funktion, da es die beste Nahrung hinsichtlich der Mikronährstoffe bereitstellt, allerdings nur, wenn die

Box 4: Empfehlungen für die ersten 1.000 Tage

- Früher Beginn des Stillens innerhalb der ersten Stunde nach der Geburt
- Exklusives Stillen in den ersten sechs Lebensmonaten und Fortsetzung darüber hinaus
- Verwendung von Beikost zur Vorbeugung von Stunting
- Verabreichung des Mikronährstoff Supplement Vitamin A

Quelle: UNICEF 2012 nach Biesalski 2013: 243

Mutter nicht mangelernährt ist. Generell sind für die Gesundheit die ersten 1.000 Tage (siehe Box 4) von der Schwangerschaft bis zum Ende des zweiten Lebensjahres besonders wichtig, um die Kindersterblichkeit infolge von Infektions- und Durchfallkrankheiten zu senken und

ein starkes Immunsystem zu fördern. Hintergrund ist, dass in dieser Phase Ungeborene, Säuglinge und Kleinkinder besonders schnell wachsen und daher auch einen erhöhten Bedarf an Kalorien und Nährstoffen besitzen.

Es sollte aber nicht ausschließlich mit Müttern gearbeitet werden, sondern es ist ratsam, auch die Väter einzubinden, um sie für dieses entscheidende Zeitfenster zu sensibilisieren und Frauen bei einer besseren frühkindlichen Ernährung zu unterstützen. Zudem ist ein möglichst kostenfreier bzw. -günstiger Zugang zur Gesundheitsversorgung für die Bekämpfung von Mangelernährung wichtig (vgl. BfDW 2015a). Interventionen hierzu setzen bereits bei Ursachen für Ernährungsunsicherheit auf der Haushaltsebene (siehe Abbildung 3) an.

Empowerment als Schlüssel zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit gilt als Wandlungsprozess, der damit einhergeht, dass die Wahlmöglichkeiten bei strategischen Lebensentscheidungen erweitert werden, die den Menschen bis dato verwehrt blieben (vgl. Kabeer 1999). Dabei sollten rechtsbasierte Ansätze zum Einsatz kommen, z.B. um Lücken bei der Gesetzgebung zu Landrechten zu schließen. Hier kann EZ beratend aktiv werden. Marginalisierung als wichtige Ursache von Ernährungsunsicherheit wird durch Empowerment-Ansätze wirkungsvoll entgegengewirkt. Oftmals wird das Ziel des Empowerment von Frauen jedoch lediglich funktional umgesetzt, da im Projekt ein ganz anderer Zweck damit verfolgt wird. So soll z.B. die Rolle von Frauen als Nahrungsmittelproduzentinnen durch den verbesserten Zugang zu landwirtschaftlichen Produktionsmitteln gestärkt werden, um eine Steigerung der Agrarproduktion zu erreichen. Außerdem sollen Frauen als Verantwortliche für eine ausgewogenere Ernährung der Familie Sorge tragen, was durchaus auch mit einer Mehrbelastung einhergehen kann. Bisher praktizierte Interventionen sind hierbei die Vermittlung von Informationen zu Themen der gesunden Ernährung, der Zubereitung sowie Lagerung von Nahrungsmitteln und ggf. auch zu zeitsparenden landwirtschaftlichen Technologien, damit Mütter die freigewordene Zeit für die Versorgerinnenrolle nutzen können (vgl. Spohr 2015).

Der verbesserte Zugang zu Produktionsmitteln für Frauen führt zu Produktivitätsgewinnen in der Landwirtschaft, allerdings auch zu größeren Fortschritten bei der Armutsreduzierung (vgl. IFPRI 2005). Funktionales Empowerment bedeutet somit, dass es nicht um die Veränderung von Geschlechterverhältnissen *per se* geht, sondern ein anderer Zweck wie die gesteigerte Produktivität im Vordergrund steht.

Verschiedene Erfahrungen zeigen (beispielsweise in Äthiopien, siehe Box 5), dass Gender-Programme nicht nur instrumentell konzeptioniert werden dürfen, sondern den komplexen Machtbeziehungen²⁷ und soziokulturellen Dynamiken Rechnung tragen und Männer sowie Jungen gleichermaßen einbeziehen sollten. Dabei müssten auch Themen wie unbezahlte Fürsorge-Tätigkeiten²⁸ und geschlechtsspezifische Gewalt eine wichtige Rolle spielen. Die kollektive Organisation von Frauen sollte unterstützt werden, damit diese ihre Verhandlungsmacht generell und im Kontext der Landwirtschaft vor allem bei der Produktion und Vermarktung von Nahrungsmitteln ausbauen können. Ein Beispiel hierfür sind Selbsthilfegruppen, die über die Produktionsförderung hinaus tätig sind.

²⁷ Hierbei überschneiden sich verschiedene Mechanismen der Ungleichheit wie beispielsweise neben Geschlecht auch sozioökonomische Klasse, geographische Herkunft etc. (vgl. Hossain 2017). Diskussionen dazu werden unter dem Schlagwort Intersektionalität geführt.

²⁸ Dazu zählen Reproduktionsaufgaben wie beispielsweise Kindererziehung, Pflege von Angehörigen, Haushalt und Wasser holen.

Box 5: Bewässerungslandwirtschaft und Ernährungskurse im Norden Äthiopiens

Die Bauern und Bäuerinnen, die in der ländlichen Umgebung von Debre Tabor im Norden Äthiopiens an den Maßnahmen zur Kleinbewässerung teilnehmen, haben, statt zuvor einer Ernte, mittlerweile drei Ernten pro Jahr. Überall geht damit Gemüse- und Obstanbau einher. Die lokale NRO Organization for Rehabilitation and Development in Amhara (ORDA) bietet gemeinsam mit der Welthungerhilfe Kochkurse, Ernährungs- und Hygieneberatung sowie Gender-Training für Männer und Frauen an. Manche Männer erzählen stolz, dass sie jetzt das traditionelle, leicht säuerliche pfannkuchenartige Brot Injera selbst zubereiten können und ihre Frauen bei der Hausarbeit tatkräftig unterstützen. Statt nur eine oder zwei Mahlzeiten pro Tag reicht die eigene Ernte und das gestiegene Einkommen nun jeden Tag für drei qualitativ gute Mahlzeiten für die gesamte Familie. Der Speiseplan ist zudem um eine Vielzahl von Gemüsesorten und Kartoffeln bereichert (vgl. Gaesing 2018 (i.V.)).

Insgesamt sollte der Zugang zu produktiven Ressourcen, vor allem zu Land, Krediten und Wissen (insbesondere über gesunde und ausgewogene Ernährung) sowie angepassten Technologien unterstützt werden. Gleichzeitig gilt es sicherzustellen, dass lokales Wissen einbezogen wird und die Interventionen partizipativ ausgestaltet werden (vgl. IDS 2014, Bliss / Neumann 2007). In letzter Konsequenz sollten landwirtschaftliche Maßnahmen auch flankiert werden durch das Bemühen um eine Neuverteilung von Entscheidungsmacht innerhalb der Familie, damit Frauen über die Verwendung von Krediten oder zusätzlichen Einnahmen maßgeblich mitentscheiden können.

Jedoch reicht das Wissen über gesunde Ernährung allein nicht aus, um durch Sozialisation tief verwurzelte Nahrungsmitteltabus²⁹ zu durchbrechen (vgl. Spohr 2015). Ebenso sind haushaltsinterne Dynamiken zu berücksichtigen, denn insbesondere Mütter, aber auch Frauen und Mädchen generell, werden benachteiligt, wenn sie in einigen Gesellschaften als letzte das abbekommen, was übrigbleibt, nachdem die Männer (bzw. männlichen Gäste) gegessen haben. Die Veränderungen im Ernährungsverhalten sind nur durch sehr intensive Beratung und Begleitung langfristig zu erreichen, weshalb viele Vorhaben diesen quasi individuellen Ansatz noch scheuen. Sogenannte Behaviour Change Communication (BCC)-Programme³⁰ zielen daher auf das individuelle Verhalten ab, wobei bei den Interventionen stets auch die dafür verantwortlichen übergeordneten Strukturen in den Blick genommen werden müssen.

5.2.2 Zugang zu Land und anderen natürlichen Ressourcen

Besonders im ländlichen Raum stellt Land die zentrale Existenzgrundlage dar und prägt die soziale wie kulturelle Identität. Da die Ressource Land infolge von Verknappung durch Klimawandel, Umweltzerstörung und Bodendegradierung sowie einer wachsenden Konkurrenz hinsichtlich der Nutzung³¹ zunehmend unter Druck steht, wird ein sicherer Zugang

²⁹ Zum Thema Nahrungstabus siehe Harris 1988.

³⁰ Ein gutes Beispiel ist das Projekt Realigning Agriculture to Improve Nutrition (RAIN) von Concern Worldwide in Sambia, welches auf Verhaltensänderungen abzielt, um die Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern zu verbessern und auch die Geschlechterbeziehungen in den Blick nimmt (vgl. von Grebmer et al. 2015).

³¹ Eine Nutzungskonkurrenz besteht u.a. zwischen dem Anbau von Nahrungsmitteln, Agrotreibstoffen, Futtermitteln, der Verwendung als Industrie- und Siedlungsfläche, Bau von Infrastruktur, Bergbau und auch Naturschutz. Generell werden landwirtschaftliche Produkte, die nicht der Ernährung dienen, wie Agrotreibstoffe, unter dem Schlagwort Bioökonomie diskutiert.

zu Land für die Ernährungssicherung der ländlichen Bevölkerung immer wichtiger (vgl. Beger 2016, Holden / Ghebru 2016). Die vielerorts zu beobachtende Konzentration von Land³² in den Händen einiger Weniger sowie die Vergabe großflächiger Landkonzessionen geht zudem zumeist auf Kosten marginalisierter Gruppen, deren Landrechte nicht gesichert sind bzw. willkürlich aufgehoben werden, wodurch sie besonders vulnerabel für Ernährungsunsicherheit und Armut werden. Vertreibungen können zudem auch die Geschlechterungerechtigkeit befördern (vgl. Levien 2017). In vielen Entwicklungsländern besitzen die wenigsten Familien einen offiziell registrierten Titel³³ für das von ihnen bewirtschaftete Land, sondern nutzen es als kollektiven Grundbesitz gemäß des jeweils gültigen Gewohnheitsrechtes bzw. leben in ungeklärten Rechtsverhältnissen. Wie bereits in Tabelle 2 gezeigt, sind Landlose besonders von Ernährungsunsicherheit bedroht, da sie beispielsweise als TagelöhnerInnen arbeiten und nur wenig verdienen.

Besonders prekär ist die Situation für Frauen, da diese beispielsweise in Subsahara-Afrika nur über etwa 15% der Eigentums- oder Nutzungsrechte an Land verfügen. Zudem ist das ihnen zur Verfügung stehende Land häufig kleiner und von schlechterer Qualität (FAO 2011: 23). In der nationalen Gesetzgebung einiger EL ist nicht einmal das Recht auf Eigentum oder Erbe von Land für Frauen garantiert. Besonders große Schwierigkeiten bei der Sicherung der Besitz-, Zugangs- und Nutzungsrechte von Land bestehen zudem in Ländern mit fehlender oder schwacher Regierungsführung (vgl. Windfuhr 2011). Denn die Verbindung von schwachen Institutionen und ungeklärten bzw. parallelen Rechtssystemen kann Korruption im Landsektor begünstigen (vgl. Beger 2017).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass eine ernährungssichernde EZ drei Aufgaben im Bereich des Landrechts unterstützen müsste: i) nationale Regierungen beim Schutz von vorhandenen Besitzrechten, die beispielsweise durch Land oder Water Grabbing bedroht sind, unterstützen, ii) die Regierungen in Anbetracht fortschreitender Konzentrationsprozesse zu einer stärker sozialorientierten Verteilung von Landnutzungsrechten motivieren und iii) die Wiederherstellung von legitimen Besitzrechten von marginalisierten Gruppen einfordern, die bereits vertrieben und/oder enteignet wurden (vgl. Brent et al. 2016). Gerade die letzte Aufgabe ist besonders heikel, wenn staatliche Akteure beteiligt sind. Interventionen in diesen drei Bereichen gehen unmittelbar die Ursachen für Ernährungsunsicherheit auf der strukturellen Gesellschaftsebene an (siehe Abbildung 3).

Weitere konkrete Maßnahmen zur Förderung eines gesicherten und sozial gerechten Landnutzungsrechts könnten umfassen (vgl. ILC 2010):

- 1) die Unterstützung von transparenten und inklusiven Prozessen bei der Ausarbeitung von Landrechts- und -nutzungspolitiken,

³² Die ungleiche Verteilung von Landbesitz bildet der Land-Gini-Index ab (visualisiert bei Weigelt et al. 2015). Borras et al. (2016) konstatieren in diesem Zusammenhang die damit einhergehende Verwendung großer Flächen für sogenannte Multifunktionspflanzen (Flex Crops), die unterschiedlich genutzt werden können, wozu u.a. Soja (allerdings nur in industriellem Anbau), Zuckerrohr und Palmöl zählen. Beispielsweise Soja ist als Superfood nicht nur ein Nahrungsmittel, sondern gleichzeitig auch Futtermittel und Rohstoff für die Herstellung von Agrotreibstoffen.

³³ In Subsahara-Afrika beispielsweise besaßen Anfang des 21. Jahrhunderts laut Weltbank-Schätzungen je nach Staat lediglich 2 bis 10% der Bevölkerung einen formellen Landeigentumstitel, wobei die entsprechenden Gebiete oftmals im städtischen Raum liegen (zit. nach Cotula et al. 2009: 75).

- 2) eine auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtete,³⁴ differenzierte Ausgestaltung von Landpolitiken,
- 3) die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit beim Zugang zu Land und Landeigentums bzw. -nutzungsrechten,³⁵
- 4) eine Anerkennung von unterschiedlichen, flexiblen und pluralen Landnutzungs- bzw. Rechtssystemen, wozu auch traditionelle bzw. kommunale Systeme zählen,³⁶
- 5) die Verteilung von Staatsland bzw. die Umverteilung von Privatland durch Reformen, um den Zugang zu Landeigentum für Landlose bzw. Haushalten mit zu wenig Land zu verbessern,
- 6) die Bereitstellung von transparenten Informationen über den nationalen Landbesitz.

Ein erstes Instrumentarium zur Umsetzung dieser Maßnahmen ist beispielsweise Community Mapping, das darauf abzielt, divergierende Ansprüche zur Nutzung von Flächen in der Gemeinschaft zu erfassen und anschließend einvernehmlich zu klären. Ein auch häufig von der deutschen EZ unterstützter Ansatz ist die formale Landregistrierung, um langfristig Rechtssicherheit sicherzustellen. Dabei besteht jedoch die Gefahr, dass traditionelle Nutzungsrechte und dabei auch die Rechte von Frauen vernachlässigt werden, da das moderne Recht und die traditionelle Praxis zu Landvergabe, -pacht und Vererbung häufig im Widerspruch zueinanderstehen (vgl. FIAN 2012b). Ein weiterer Ansatz auf übergeordneter Ebene ist die Initiierung eines Politikdialogs zum Thema Landnutzungsrechte. Im lokalen Kontext kann die Aufklärung der Bevölkerung über ihre Rechte beispielsweise durch Legal Empowerment³⁷ einen wichtigen Beitrag liefern.³⁸

Eindeutige und sichere Pacht- und Eigentumsverhältnisse bzw. formelle Anerkennung von Gemeinschaftseigentum³⁹ mit den dazugehörigen Wassernutzungsrechten sind unabdingbar, damit die Bauern und Bäuerinnen vor Landkonflikten sowie Enteignungen durch Investoren und dadurch verursachte Verarmung geschützt werden können (vgl. Haerlin /

³⁴ Das Netzwerk International Land Coalition (ILC) versteht unter *People-Centred Land Governance* folgendes: "land governance for and with people at the country level, responding to the needs and protecting the rights of those who live on and from the land" (ILC 2017: o.S.). Hierbei werden explizit auch (viehhaltende) nomadische Gruppen, Transhumantes und Indigene berücksichtigt.

³⁵ Da es keine Universallösung für die Förderung von Landrechten für Frauen gibt, muss die Strategie dafür je nach lokalem Kontext individuell ausgearbeitet werden (vgl. IFPRI 2005).

³⁶ Der Diversität von Landrechtssystemen Rechnung zu tragen ist besonders wichtig für die Rechteabsicherung von Kleinbauern und -bäuerinnen, Indigenen (siehe zu Kommunalen Landtiteln auch Hennecke et al. 2017), PastoralistInnen sowie FischerInnen. Im Anhang 2 findet sich eine Abbildung mit dem Kontinuum von Landrechten.

³⁷ Die Definition des Overseas Development Institute (ODI) lautet: "Legal empowerment occurs when poor or marginalised people use the law, legal systems and dispute resolution or redress mechanisms (formal and informal) to improve or transform their social, political or economic situations, to hold power holders to account or to contest unjust power relations" (Domingo / O'Neil 2014: 4).

³⁸ So beispielsweise durch die französische NRO Agency for Technical Cooperation and Development (ACTED) im Rahmen des Transformationsprozesses in Tadschikistan von der Sowjet-Staatswirtschaft zum Individuallandbesitz in großem Umfang erfolgt (vgl. diverse Evaluationen des Mitverf. Bliss 2004-2012).

³⁹ Diese auch als Allmende bezeichneten Flächen werden vielfältig genutzt, so beispielsweise zum Jagen, für die Beweidung, für das Sammeln von Forstbeiprodukten und Feuerholz, für die Beschaffung von Wasser oder für den Ackerbau (vgl. Weigelt et al. 2015, Bliss / Gaesing 1992).

Beck 2013, Weltbank 2007). Zudem können abgesicherte Landnutzungsrechte die landwirtschaftliche Produktivität und Produktion steigern, da sie einen Anreiz bieten, in das bewirtschaftete Land langfristig zu investieren. Außerdem erhöhen sich dadurch die Chancen für die Bäuerinnen und Bauern, Zugang zu finanziellen Dienstleistungen und Regierungsprogrammen zu erhalten. Hieraus ergibt sich für die Ernährungssicherung auf Haushaltsebene der direkte Effekt einer gestiegenen Produktion auch zum Eigenkonsum und indirekt durch steigendes Einkommen die Option, mehr und höherwertige Nahrung zu erwerben. Somit wird auch ein Beitrag zur Resilienz von armen ländlichen Haushalten gegenüber der Volatilität von Lebensmittelpreisen geleistet.

Insbesondere inklusive Landreformen bieten das Potenzial für die Reduzierung von Unterernährung und Armut, weil durch Landzuteilungen vor allem Landlose, landarme KB sowie von Frauen geführte Haushalte profitieren können (vgl. UNHRC 2011). Hierbei kann auch die bisher vorherrschende Herangehensweise überwunden werden, Fragen der Land-Governance vor allem technokratisch und administrativ zu lösen. Stattdessen können Chancen für einen demokratischeren Zugang zu Wohlstand auf der Basis von Landbesitzgerechtigkeit eröffnet werden (vgl. Borras / Franco 2010). Als eine zentrale Forderung kleinbäuerlicher Bewegungen verbindet sich damit die Hoffnung, dass die häufig illegale bzw. nur tolerierte Ansiedlung auf staatlichem Land legalisiert wird bzw. Gewohnheitsrechte offizielle Anerkennung finden (vgl. Weigelt et al. 2015).

Im Jahr 2012 verabschiedete der Ausschuss für Welternährungssicherung der VN (CFS) die „Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern“ (VGGT), um den Schutz vor Vertreibung und Enteignung verbessern zu helfen und Korruption im Kontext von Landtiteltransfers zu verhindern. Die VGGT weisen den Zugang zu Land als ein Menschenrecht aus und stellen eine wichtige Orientierungshilfe vorrangig für Staaten, aber auch für Investoren dar. Außerdem werden Prinzipien wie Gleichberechtigung, Transparenz, Rechtssicherheit, frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung und Respekt vor verschiedenen Rechts- und Wertesystemen festgeschrieben (vgl. Haerlin / Beck 2013). 2014 wurden ergänzend die Grundsätze für verantwortungsvolle Investitionen in die Landwirtschaft und die Ernährungssysteme (*Responsible Agricultural Investments*, RAI) vom CFS verabschiedet (vgl. CFS 2014). Beide Richtlinien sollten entsprechend auch bei allen EZ-Vorhaben zu Land zum Einsatz kommen. Zudem sollten Beschwerdemechanismen in der bilateralen EZ und bei den Durchführungsorganisationen gefördert werden (vgl. Anthes 2015 und Box 6).

Box 6: Kontrolle über Land Grabbing gewinnen

Land Grabbing fand in Äthiopien bis vor kurzem im großen Stil statt. Aber statt die erhofften Arbeitsplätze für die lokale (oft von ihrem Land vertriebene) Bevölkerung zu schaffen, dem Land wichtige Devisen zu erwirtschaften oder gar neue Technologien für die umliegenden kleinbäuerlichen Betriebe zur Verfügung zu stellen, bewirtschafteten die Investoren oft nur einen kleinen Teil ihrer riesigen Flächen, kapitulierten vor den Schwierigkeiten vor Ort oder investierten die gewährten Kredite gleich in Hotelbauten in den Städten. Das soll sich nun ändern. Das von der GIZ geförderte Projekt „Unterstützung verantwortungsvoller Agrarinvestitionen in Äthiopien“ berät die äthiopischen Partner bei der Einführung und dem Nachhalten der VGGT und der RAI Prinzipien. Die Landrechte der lokalen Bevölkerung sollen gesichert werden. Investoren sollen kleinere Flächen ordnungsgemäß bewirtschaften können, Kleinbauern und -bäuerinnen werden in der Inwertsetzung der von Investoren zurückgegebenen Flächen beraten. Zudem baut das Vorhaben mit Hilfe lokaler NRO Beschwerdemechanismen für die Anrainerbevölkerung von großflächigen Agrarinvestitionen auf (vgl. GIZ 2017a und eigene Forschung 2018).

Essenziell ist bei landrechtsbezogenen Vorhaben stets eine genaue Kontextanalyse, um gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung abzuwägen, welche Maßnahmen erfolgversprechend sind, um u.a. KB sowie Landlose wirkungsvoll beim Zugang zu Land und Landnutzungsrechten bzw. deren Absicherung unterstützen zu können. Komplementär stellt auch der Zugang zu Vermögenswerten wie Wasser und Maschinen eine bedeutende Voraussetzung für die Stabilisierung bzw. Steigerung der Agrarproduktion und damit der Ernährungssicherung dar. Wichtig ist auch hierbei wieder ein gender-sensibles Vorgehen sowie die Berücksichtigung von marginalisierten Gruppen.⁴⁰ Obwohl in der internationalen EZ weitgehend Einigkeit über die Bedeutung des Zugangs zu Land und Rechtssicherheit herrscht, bleibt die konkrete Umsetzung jedoch diskursiv und praktisch umstritten.

Langfristig kann die Welternährung nur gesichert werden, wenn neben den Böden auch andere natürliche Ressourcen wie Wasser, Fischgründe und Wälder bewahrt und der Zugang zu ihnen gesichert werden kann. Als größte Probleme gelten der hohe Verbrauch von Wasser und fossiler Energie, die umweltbelastenden Folgen des Einsatzes von chemischen Düngemitteln und Pestiziden sowie die Übernutzung der Böden (vgl. Weingärtner / Trentmann 2011). Zudem sind bereits 75% der Nutzpflanzensorten unwiederbringlich verloren gegangen und damit auch ein bedeutender Teil für die Pflanzenproduktion sowie eine abwechslungsreiche Ernährung (FAO 2004: o.S.). Durch die Folgen des Klimawandels können infolge von prognostizierten Ernterückgängen in EL existierende Probleme wie Armut, Mangel- und Unterernährung noch weiter verschärft werden. Eine große Herausforderung stellt insbesondere die Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel in Sub-Sahara Afrika dar. Obgleich der ursächliche Beitrag des afrikanischen Kontinents zum globalen Klimawandel als marginal gilt, sind die Auswirkungen von vermehrt auftretenden Extremwetterereignissen, der Temperaturanstieg sowie die Wüstenbildung dort besonders ernst (vgl. Chemnitz / Höffler 2010).

Die Degradierung der natürlichen Ressourcen wie Böden, Wälder und Gewässer unterminiert auf lange Sicht deren Produktionskapazitäten. Daher gilt es, eine Ernährungssicherung zu unterstützen, die auf einer nachhaltigen Landwirtschaft basiert und auch den Klimaschutzziele zuträglich ist. Interessante Ansätze dazu bieten beispielsweise agrarökologische Anbauverfahren (siehe auch Unterkapitel 4.3). Viele globale Gemeinschaftsgüter (Commons) stehen zudem unter Privatisierungsdruck, was besonders für arme und ernährungsunsichere Menschen eine Gefahr darstellt, da sie aus ihnen 50 bis 90% ihres Einkommens beziehen (vgl. Agarwal 2017).

Die FAO (2017b) hat Prinzipien für nachhaltige Landwirtschaft, Fortwirtschaft und Fischerei entwickelt. Dazu gehören u.a. die Verbesserung des effektiven Ressourceneinsatzes sowie die Resilienzstärkung von Menschen, Gemeinschaften und Ökosystemen (klimaresiliente⁴¹ Landwirtschaft). Ein bedeutsamer Ansatz ist der Aufbau eines gemeindebasierten und

⁴⁰ Vorschläge für Anforderungen an eine Pro Poor-Landpolitik werden bei Borras / Franco 2010 ausgeführt.

⁴¹ Ähnlich auch das Schlagwort Climate-Smart Agriculture (CSA), das Ernährungssicherung und Anpassung an den Klimawandel zusammenbringen soll. CSA wurde 2010 von der FAO lanciert, gilt aber in der Zivilgesellschaft als umstritten, weil insbesondere die drohende Abhängigkeit, die Nähe zu Agrar- und Saatgutkonzernen sowie die Technikaffinität des Ansatzes kritisch gesehen werden (vgl. Fechter 2016).

nachhaltigen Ressourcenmanagements⁴² u.a. von Weiden, Wäldern sowie bei Fischerei und Aquakultur. Wichtig ist hierbei insbesondere eine Abstimmung der Landwirtschafts- mit der Wasserpolitik. Ergänzend können Aufforstungsprogramme⁴³ einen wichtigen Beitrag für die Umwelt sowie zur Einkommensschaffung für die Anrainerbevölkerung leisten. In großem Umfang und dabei sehr erfolgreich wurde dies beispielsweise durch die deutsche EZ in Vietnam umgesetzt (vgl. KfW 2016).

Zukünftig werden vor allem Maßnahmen zum Bodenschutz eine zentrale Rolle spielen, um Erosion zu bekämpfen und Bodenfruchtbarkeit zu erhöhen bzw. zurückzugewinnen (vgl. LED 2016). Konkrete Erfolge gegen Erosion erzielt beispielsweise die Terrassierung von Feldern. Um wirksam gegen Überschwemmungen vorzugehen, kann die EZ den Bau von Be- und Entwässerungssystemen durch Regenauffangbecken und Gräben sowie die Errichtung von kleinen Dämmen unterstützen (vgl. Bündnis Entwicklung Hilft / United Nations University 2015). In Äthiopien erzielt beispielsweise das von GIZ und KfW geförderte landesweite Sustainable Land Management Project beachtliche Erfolge in diesem Bereich. Die Bauern und Bäuerinnen haben durch die Stabilisierung der Böden, durch die, aufgrund der Einrichtung von Waldschutzgebieten auf den Hangkuppen sowie hangkonturlinienparallelen Terrassierungen der Felder, besseren Infiltration der Böden und der Rehabilitierung von Gullys (=tiefen Erosionsgräben), signifikant höhere landwirtschaftliche Erträge als vorher (vgl. eigene Forschung Januar 2018, Publikation als AVE-Studie in 2018 geplant).⁴⁴

Weitere Instrumente sind Versicherungsmechanismen, die Klimarisiken und Ernteausfälle auffangen sollen. Zudem sind jene Haushalte resilienter, die nicht nur Monokulturen anbauen, sondern ihren Anbau diversifizieren und mit lokal angepasster Viehhaltung kombinieren, Agroforstwirtschaft betreiben oder auch Einkommensquellen außerhalb der Landwirtschaft besitzen (vgl. Delzeit et al. 2015).

Alle Maßnahmen zur Ernährungssicherung sollten das Management von natürlichen Ressourcen als Querschnittsthema im Blick haben und dafür Sorge tragen, dass keine Übernutzung von Böden und Wasser stattfindet, sondern eine vielfältige landwirtschaftliche Produktion unterstützt wird, die einer ausgewogenen Ernährung der lokalen Bevölkerung zuträglich ist. Auch hier ist wichtig, dass die Beteiligten im Sinne einer umfassenden Partizipation (als Mitbestimmung, vgl. BMZ 1999) einbezogen werden, zumal ihr traditionelles und lokales Wissen wertvoll für den Erhalt der Ökosysteme ist.

5.2.3 Soziale Sicherung

Maßnahmen der Sozialen Sicherung wurden in den letzten Jahren auf immer mehr Lebensbereiche ausgeweitet, wobei insbesondere in Subsahara-Afrika und Südasien Mechanismen etabliert wurden, die dazu beitragen, gerade auch Ernährungsunsicherheit erfolgreich zu bekämpfen. Hierbei werden als Zielgruppe vor allem Haushalte ausgewählt, die nicht

⁴² Studien des Seminars für Ländliche Entwicklung (SLE) kommen zu dem Ergebnis, dass insbesondere der institutionalisierte Co-Management-Ansatz erfolgreich ist, wobei im Zuge einer Nutzungsplanung eine Vielzahl von Akteuren einbezogen wird (vgl. SLE 2015).

⁴³ Die NRO World Vision hat beispielsweise gute Erfahrungen mit der Aufforstungstechnik Farmer Managed Natural Regeneration (FMNR) gemacht, die sich insbesondere für die Zielgruppe besonders armer und ernährungsunsicherer Haushalte eignet (vgl. eigene Forschung in Kenia 2017.).

⁴⁴ Ein weiteres Beispiel ist das Programm „Bodenschutz und Bodenrehabilitierung für Ernährungssicherung“ der GIZ. Siehe <https://www.giz.de/de/weltweit/32181.html> [04/2018].

erwerbstätig sein können, beispielsweise solche mit ausschließlich Alten oder kranken Menschen im erwerbsfähigen Alter. Generell fokussieren sich jedoch die meisten Programme zur Sozialen Sicherung nicht explizit auf Ernährungssicherung. Zur Verstärkung von positiven Wirkungen von Sozialen Sicherungsprogrammen auf ES können daher sogenannte ernährungssensitive Ansätze verfolgt werden (siehe Anhang 3).

Klassische Instrumente Sozialer Sicherung sind konditionierte bzw. nicht konditionierte Geldtransfers⁴⁵ (das prominenteste Beispiel findet sich in Brasilien, siehe Box 7), Sachleistungen wie z.B. landwirtschaftliche Inputs, Subventionen für Nahrungs- oder Produktionsmittel, Nahrungsmittelhilfe, Programme zur öffentlichen Arbeit, Versicherungssysteme (z.B. Indexbasierte Wetter- und Ernteversicherungen), Puffer-Management und Saatgutmärkte⁴⁶ (vgl. Holmes et al. 2013, Devereux 2016).

Box 7: Hungerbekämpfung mit Fome Zero in Brasilien

2003 startete die Regierung von Lula da Silva das staatliche Sozialprogramm „Fome Zero“ (Null Hunger), das die nationale Ungleichverteilung der Einkommen kompensieren und allen Menschen den Zugang zu drei Mahlzeiten pro Tag gewähren sollte. Obwohl Brasilien ausreichend Nahrungsmittel produziert, ist für viele EinwohnerInnen aufgrund mangelnder Kaufkraft oder Produktionsmittel der Zugang zu Nahrung nicht ausreichend gesichert (vgl. Chmielewska / Souza 2011). Daher wurden nationale Strategien entwickelt und parallel dazu ein dezentralisierter Ansatz auf lokaler Ebene verfolgt, um den Nahrungszugang für die Ärmsten zu verbessern. Teil des Programms ist die kostenlose Schulspeisung, die bevorzugt Lebensmittel aus lokaler Erzeugung verwendet. Außerdem wurden Aufklärungskampagnen durchgeführt, um das Verständnis für gesundes Essen sowie nachhaltigen Konsum zu fördern. In einigen Regionen entstanden Volksküchen und Lebensmittelbanken für ärmere Bevölkerungsgruppen, die kostenloses oder sehr günstiges Essen verteilen. Ferner wurden Maßnahmen ergriffen, um die Entlohnung der Produzierenden zu erhöhen. Dazu gehört auch die Erleichterung des Zugangs zu Krediten. Um den Zugang zu Nahrungsmitteln zu verbessern, erhielten 50 Mio. Bedürftige zusätzlich direkte Einkommenstransfers (vgl. Günther 2012, BfdW 2012, FAO 2014).

Zentrale Funktionen von Sozialen Sicherungssystemen sind, einerseits die Vulnerabilität für Ernährungsunsicherheit, durch die Stabilisierung von Einkommen sowie den gesicherten Zugang zu Nahrung, zu reduzieren und andererseits erhöhtes Einkommen und / oder landwirtschaftliche Produktion zu fördern. Zudem kann ein Beitrag zu einer vielfältigeren Ernährung geleistet werden (vgl. FAO 2015c). Elemente sozialer Gerechtigkeit, die im Zusammenhang mit dem Recht auf Nahrung und Soziale Sicherung angeführt werden können, sind Beschäftigungsgarantien, Community-Based Targeting und Sozialaudits (vgl. Devereux 2016). Der regelmäßige, vorhersehbare und oft auch langfristige Einsatz von Instrumenten der Sozialen Sicherung kann Haushalten helfen, ihre Risiken besser abzufedern und dadurch in die

⁴⁵ Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) geht in einer Studie zum Productive Safety Net Programme in Äthiopien davon aus, dass ein Transfervolumen von mindestens 20% des alltäglichen Konsums der Armen benötigt wird, damit positive Auswirkungen auf die Ernährungssicherung erzielt werden können (vgl. Burchi / Strupat 2017). Dies bestätigen auch erste Erfahrungen mit einem bedingungslosen Grundeinkommen im Westen Kenias (vgl. Dörrie 2017).

⁴⁶ Puffer-Management beschreibt die Praxis, bei der halbstaatliche Organisationen nach der Ernte Nahrungsmittel für den Wiederverkauf bei steigenden Preisen erwerben. Dieses Verfahren ist angelehnt an Mechanismen, die viele afrikanische Regierungen bis in die 1980er Jahre anwendeten, um das Nahrungsmittelangebot und die Preise zwischen Ernte- und Hungerperiode abzufedern. Saatgutmärkte sind Märkte, die ins Leben gerufen werden, um ernährungsunsichere KB mit Händlern zusammenzubringen. Vor Ort können mithilfe von Gutscheinen Saatgut oder andere landwirtschaftliche Produktionsmittel erworben werden.

Lage versetzt zu werden, riskantere, aber langfristig produktivere Anbaumethoden zu praktizieren (vgl. FAO 2015b). Für extrem arme ländliche Haushalte ohne arbeitsfähige Mitglieder sind Sozialtransfers oft die einzige Möglichkeit, im Sinne der SDG menschenwürdig zu überleben.

Der positive Einfluss von Sozialer Sicherung wirkt sich aus auf i) die Verfügbarkeit, ii) den Zugang zu Nahrung, iii) die Ernährung selbst sowie iv) die Krisenprävention:

- i) Die Verfügbarkeit von Nahrung kann durch zwei Soziale Sicherungsinstrumente beeinflusst werden: a) durch den Transfer von landwirtschaftlichen Inputs – wie Saatgut, Düngemittel etc. – um die Produktion anzukurbeln und b) durch den Bau z.B. von Pisten, Hangterrassen usw. (Public Work-Programme) oder die Verteilung von Vouchern, um den Zugang zu Märkten zu verbessern. Zudem können Geldtransfers und Schulspeisungsprogramme zusätzliche positive Effekte aufweisen.
- ii) Der stärkste Zusammenhang zwischen Sozialer Sicherung und Ernährungssicherung ist beim Zugang zu Nahrung zu erkennen. Hauptmechanismen sind: a) direkte Nahrungsmitteltransfers (z.B. Schulspeisung), b) Maßnahmen zur Steigerung des Einkommens (z.B. Geldtransfers), die wiederum die Kaufkraft stärken und c) Verbesserungen des Subsistenzanbaus (z.B. landwirtschaftliche Versicherungen oder *Inputs*). Besonders der Zugang zu mehr und auch höherwertigen Nahrungsmitteln konnte belegt werden.
- iii) Soziale Sicherungsmaßnahmen können dazu beitragen, die Nutzung von Nahrungsmitteln und die damit verbundenen Faktoren wie Trinkwasserverfügbarkeit, Körperhygiene, Kinderpflege und die Gesundheitsvorsorge zu verbessern. Dies kann beispielsweise im Gesundheitsbereich durch den Gebührenerlass oder Subventionen von Gesundheitsdienstleistungen erfolgen. Besonders vulnerable Gruppen können von diesen Beiträgen profitieren. Zudem enthalten integrierte Soziale Sicherungsprogramme oft Ausbildungs- oder Aufklärungseinheiten zu Ernährung, die sich zu meist an Frauen richten.
- iv) Durch die Langzeitwirkung Sozialer Sicherungsinstrumente kann eine verbesserte Krisenprävention erreicht werden, wenn diese explizit darauf abzielen, die Lebensgrundlagen der Menschen und ihre Schockresistenz auf lange Sicht nachhaltig zu verbessern. Zudem kann durch die kurzfristige Ausweitung Sozialer Sicherungsprogramme auf akute Nahrungskrisen reagiert werden (vgl. Holmes et al. 2013).

In einigen Ländern bzw. Kulturkreisen haben Geldtransfers allein nur beschränkt positiven Einfluss auf die Ernährungsqualität. Wie Erfahrungen aus Bangladesch zeigen, können Verbesserungen insbesondere bei Kindern erst durch gezielte Bildungsprogramme erreicht werden (vgl. Ahmed et al. 2007). Hierzu formulierte u.a. die FAO Prinzipien, welche Soziale Sicherung *nutrition-sensitive* machen sollen. Dazu zählen die Einbeziehung ernährungsspezifischer Elemente beim Targeting von EZ-Interventionen, die Formulierung von expliziten Ernährungszielen und -indikatoren, die Frauen als besondere Empfängerinnen von Sozialen Sicherungsleistungen bevorzugen, die Berücksichtigung von Gesundheitszielen, beispielsweise die Vermittlung von Wissen über Ernährung (insbesondere von Babys und Kindern) und im Krisenfall die schnelle Ausweitung von bestehenden Programmen (vgl. FAO 2015b). Besonders im Kampf gegen Mangelernährung lässt sich daraus ableiten, dass gerade Haushalte mit kleinen Kindern (während der ersten 1.000 Tage) bevorzugt angesprochen werden sollten. Zudem sollten integrierte Ansätze favorisiert werden, die allerdings eine effektive Koordination und gut etablierte Rechenschafts-Mechanismen (*Accountability*) der Entwicklungspartner benötigen und entsprechende Begleitmaßnahmen erforderlich machen.

Integriert werden sollten dabei nicht nur Soziale Sicherung und Ernährungssicherung, sondern auch Maßnahmen zu Gesundheit, Bildung, WASH und Gender.

Da mit wachsender Verstädterung auch im städtischen Raum Ernährungsunsicherheit eine Herausforderung darstellt, könnten Soziale Sicherungssysteme hier für vulnerable Gruppen⁴⁷ vorübergehend als Krisenpuffer eine Lösung bieten. Immerhin sind z.B. in kenianischen Städten etwa 80% der einkommensschwachen Haushalte von Ernährungsunsicherheit betroffen (vgl. Tacoli 2015).

5.2.4 Kleinbäuerliche versus industrialisierte Landwirtschaft

Der landwirtschaftliche Sektor ist der Schlüssel zur langfristigen Reduzierung von Armut und Unterernährung und um den Zugang zu Nahrung über Lebensmittelhilfen hinaus zu verbessern. Da über die Hälfte der Hungernden KB sind, ist davon auszugehen, dass Interventionen in diesem Sektor besonders wirksam sein können. Obwohl die Mehrheit der EL über das naturräumliche Potenzial verfügt, die eigene Bevölkerung zu ernähren, sind zwei Drittel von ihnen Nettoimporteure von Nahrungsmitteln (vgl. Ng / Aksoy 2008). Eine Weltbank-Studie belegt zudem, dass Wachstum infolge von Agrarinvestitionen insbesondere bei ärmeren Haushalten zu Einkommenssteigerungen führt (vgl. Ligon / Sadoulet 2007). Dies wiederum kann einen verbesserten Zugang zu Nahrung bewirken. Dazu bedarf es jedoch der notwendigen politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wozu auch eine gut ausgebaute Infrastruktur einschließlich von Zufahrtsstraßen und Stromversorgung, Bewässerungs- und Lagersystemen sowie funktionierende staatliche und gesellschaftlichen Institutionen gehören. Der Weltentwicklungsbericht der Weltbank (2007) formuliert in diesem Kontext sechs Strategien zur entwicklungsfördernden Ausrichtung der Landwirtschaft:

- 1) Reform von Handels-, Preis- und Subventionspolitiken,⁴⁸
- 2) Marktintegration der Landwirtschaft,
- 3) Unterstützung des kleinbäuerlichen Wettbewerbs mittels institutioneller Innovationen,
- 4) Förderung von Innovationen in der Wissenschaft und Technologie,⁴⁹
- 5) Ökologisch nachhaltige Ausgestaltung von Agrarsystemen,
- 6) Diversifizierung der Einkommen ländlicher Haushalte.

Die zentrale Kontroverse wird um das landwirtschaftliche Produktionsparadigma, das den Anspruch erhebt die Welternährung zu sichern, geführt. Vereinfacht kann dies auf die idealtypische Dichotomie zwischen kleinbäuerlicher bzw. traditioneller, zumeist auf Subsistenz abzielender Landwirtschaft und der industriellen bzw. konventionellen Landwirtschaft

⁴⁷ Für den Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen wird u.a. der Ansatz der 3Ps (Prevention, Protection, Promotion) gefordert, der auf die Vermeidung einer Anfälligkeit gegenüber Einkommensschocks, den Schutz vor Verlust von Humankapital und die Förderung von Möglichkeiten im Sinne beruflicher Weiterentwicklung abzielt (vgl. Weltbank 2012).

⁴⁸ Die in einigen Ländern Subsahara-Afrikas weit verbreiteten Düngemittelsubventionen besitzen allerdings kaum armutsreduzierende Effekte, da sie eher den besser gestellten Haushalten zugutekommen.

⁴⁹ Für die Ernährungssicherung sollten in diesem Kontext für KB nutzbare angepasste Technologien verbreitet werden, die wenig Geld kosten und einfach zu handhaben sind, um Erträge steigern und Risiken auch bei kleineren Produktionsmengen auffangen zu können (vgl. Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik 2012).

bezogen werden. Beide Wirtschaftsweisen können zwar, wie in Tabelle 4 dargestellt, modellhaft charakterisiert werden. In der Realität existieren jedoch häufig Mischformen, wobei beispielsweise sogenannten Potenzialbauern und -bäuerinnen auch Pflanzenschutz einsetzen. Zudem muss davon ausgegangen werden, dass es sich bei „den Kleinbauern bzw. -bäuerinnen“ um ein sozial konstruiertes Subjekt handelt. Wesentliche Unterschiede innerhalb der Kleinbauernschaft, die etwa auf dem jeweiligen Geschlecht basieren, wurden schon in Kapitel 5.2.1 aufgezeigt. Außerdem variiert beispielsweise als Definitionskriterium für KB im afrikanischen Raum die Bewirtschaftung einer Fläche von zwischen einem und 10 Hektar (vgl. FAO 2012). Zudem halten einige ausschließlich Vieh⁵⁰ oder betreiben nur Ackerbau. Oftmals jedoch tritt mit dem Agropastoralismus beides zusammen auf.

Tabelle 4: Charakteristika der kleinbäuerlichen und industrialisierten Landwirtschaft

Kleinbäuerlich		Industriell
indigenes und traditionelles Wissen/Saatgut, Orientierung an Kreislaufwirtschaft	externe Inputs	Intensive Anwendung von Erdöl, synthetischen Düngemitteln und Pflanzenschutz, Hochleistungssaatgut
Polykulturen	Pflanzenanbau	Monokulturen
gering, zumeist Regenfeldbau, Bodenbearbeitung durch Mensch oder Tier	Technikeinsatz	hoch, stark mechanisiert, Bio- und Gentechnik
gering	Energieintensität / Ressourcenverbrauch	hoch
gering	Kapitaleinsatz	hoch
hoch	Arbeitskräfteintensität	gering
Gering, breite Produktpalette	Produktivität	hoch, große Mengen
Subsistenz bzw. lokale und regionale Märkte, kurze Wertschöpfungsketten	Handelsorientierung	Weltmarkt, lange Wertschöpfungsketten
höher	Nachhaltigkeit	geringer

Quelle: Eigene Darstellung

Je nachdem, welche Ursachen für Ernährungsunsicherheit in den Vordergrund gestellt werden, leiten sich unterschiedliche Strategien zur Förderung der Landwirtschaft ab. Die einflussreichen Akteure,⁵¹ die sich für eine industrialisierte Form einsetzen, vertreten die Auffassung, dass die wachsende Weltbevölkerung sowie gestiegene Nachfrage – die zukünftig nur schwer zu decken sei – die zentralen Herausforderungen darstellen. Die FAO (2017a: 46) schätzt, dass der Steigerungsbedarf an Nahrungsmitteln und damit auch der weltweiten Produktion bis 2050 bei etwa 49% liegt. Die von immer weniger großen Konzernen dominierte Agrarindustrie argumentiert, dass dies nur durch den Einsatz von chemischen Düngemitteln

⁵⁰ Hierzu bedarf es vor allem der Stärkung von NutztierhalterInnenrechten, die einen Schutz vor sich ausbreitenden nicht nachhaltigen Formen der Landnutzung bieten sollen. Insbesondere in (sub)tropischen Trockengebieten kommt HirtInnen eine Schlüsselrolle bei der Ernährungssicherung zu (vgl. Mathias / Köhler-Rollefson 2014).

⁵¹ Über die Agrarindustrie hinaus sind auch verschiedene weitere Akteursgruppen teilweise dem Ansatz der industriellen Landwirtschaft als Zukunftsmodell zugeneigt. Dazu zählen u.a. die FAO, das WFP, der World Wide Fund for Nature (WWF) und die Consultative Group on International Agricultural Research (CGIAR) (vgl. Mahla 2015).

und Herbiziden bzw. Pestiziden zu schaffen sei. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, dass der konstante bzw. zu steigernde Absatz dieser Produkte das Geschäftsmodell dieser Konzerne darstellt. Große Gewinne erwachsen vor allem aus Marktmacht und daraus resultierenden hohen Preisen. Gerade in Entwicklungsländern sollen für die Agrarchemie neue Absatzmärkte erschlossen werden. Der dort standfindende Ackerbau wird daher häufig bewusst als „rückständig“ bezeichnet, zumal die Produktivität tatsächlich oft gering ist. Dies liegt allerdings nur teilweise an den fehlenden Inputs aus besagtem Firmenangebot.

Als zentraler Lösungsansatz gilt daher im Rahmen dieser Argumentation die Steigerung der Erträge durch eine Modernisierung der Landwirtschaft. In der Produktion für den Weltmarkt werden vor allem Chancen gesehen, die eine exportorientierte Ausrichtung der Betriebe nahelegen, z.B. mittels Vertragsanbau (wie etwa im Kassava- oder Zuckerrohrbereich) können Arbeitskräfte beschäftigt werden. Durch eine steigende Agrarproduktivität dank externer Inputs und Technik würde den Bauern und Bäuerinnen zu höheren Einkommen verholfen werden und dadurch würde sich auch ihre Ernährungssituation verbessern. Propagierte Ansätze sind folglich u.a. Mikrofinanzdienstleistungen für den Erwerb von Inputs wie Hochertragssaatgut, Düngemittel und Pestiziden sowie die Weiterentwicklung von Vermarktungsstrategien. Der Bodenreichtum in einigen afrikanischen EL soll als Wettbewerbsvorteil dienen, wenn entsprechende Großinvestitionen in die Infrastruktur, Ausbau der Stromversorgung und die Errichtung moderner Lagersysteme erfolgen (vgl. Asenso-Okyere 2012). Hieran knüpfen auch Ansätze zu Wertschöpfungsketten an (vgl. Kapitel 5.2.5). Weitgehend baut der Ansatz auch auf den agrarentwicklungspolitischen Ideen der Grünen Revolution auf. Zwar wurde das Konzept geringfügig modifiziert, aber entsprechende Begriffe wie „nachhaltige Intensivierung“ muten angesichts der Praxis doch eher wie Worthülsen an.

Gegen das Argument der freien Flächen in diesem Zusammenhang spricht, dass diese in weiten Teilen des afrikanischen Kontinents reine Fiktion sind, da hier zumeist komplexe Mischnutzungssysteme und (sich teilweise sogar überlagernde) Besitz- und Eigentumsansprüche bereits vorliegen. So kann in semiariden Regionen Ackerbau betrieben werden, wobei einige Flächen jahrelang brachliegen. Weitere Nutzungen sind das zyklische Weiden durch nomadische ViehhalterInnen oder das Sammeln von Baumfrüchten. Zudem kann hinterfragt werden, ob eine Industrialisierung der Landwirtschaft wirklich den Hunger besiegen kann. Historisch gesehen hat die Grüne Revolution vor allem BesitzerInnen großer Flächen genutzt, da sich nur für sie die horrenden Investitionen in Bewässerung und Maschinen auszahlen. Eine durchgängig negative Begleiterscheinung ist hingegen die Konzentration von Landeigentum u.a. durch die Grünen Revolution, was zur Verdrängung von KB führen kann (vgl. Bass 2012).

Bei einer einseitigen Förderung der industrialisierten Landwirtschaft besteht die Gefahr, dass Armut verschärft werden kann, beispielsweise, wenn dadurch Land Grabbing begünstigt wird, Böden durch den Einsatz von chemischen Düngemitteln und Pestiziden belastet werden, prekäre Arbeitsbedingungen auf Großplantagen für einstige Bauern und Bäuerinnen entstehen und der freie Zugang zu Saatgut kriminalisiert wird (vgl. Morazán 2017).

Im Interesse derer, die am meisten von Hunger betroffen sind, sollte auf politischer Ebene dieser freie Zugang zu Saatgut sichergestellt werden. Stattdessen werden Patente und Sortenschutzrechte beispielsweise beim Internationalen Sortenschutzsystem (UPOV) als Teil von Freihandelsverträgen mit EL festgeschrieben. Hieraus erwächst die Gefahr, dass durch die Eigentumsrechte der freie Zugang eingeschränkt werden kann und traditionelle Tauschsysteme von KB unterminiert oder gar kriminalisiert werden (vgl. De Schutter 2009). Vorteile des von den meisten Bauern und Bäuerinnen verwendeten eigenen Saatguts liegen darin, dass

dieses zumeist an den Standort sowie die kulturellen Bedürfnisse und Ernährungsgewohnheiten angepasst ist.⁵² Zudem wird kritisiert, dass der Erwerb patentgeschützter Sorten Bauern und Bäuerinnen in finanzielle Abhängigkeit von immer größer und mächtiger werdenden Agribusiness-Konzernen treibt. Das Abhängigkeits-Argument zieht sich durch fast alle Debatten im Zusammenhang mit industrialisierter Landwirtschaft, wo es u.a. auch bezüglich des Erwerbs von anderen Inputs, der Aufnahme von Krediten auf der Basis von Boden als Sicherheit oder hinsichtlich der Einbindung der ProduzentInnen in überregionale Wertschöpfungsketten zum Tragen kommt (siehe Kapitel 5.2.5).

Die Gefahr der Abhängigkeit wird im agrarpolitischen Diskurs auch hinsichtlich des Lösungsansatzes der Grünen Gentechnologie problematisiert. Einerseits werden zwar mit dem Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) höhere Erträge und eine ressourcenschonendere Landwirtschaft versprochen, aber andererseits geht dies laut Weltagrarbericht mit erheblichen biologischen Risiken einher (vgl. Haerlin / Beck 2013). Mit Blick auf die Ernährungssicherung erscheint der Nutzen für KB zudem fraglich, weil die neuen Sorten teuer und damit für sie ohnehin unerschwinglich sind. Hinzu kommt die Gefahr einer Potenzierung der bereits heute bedenklichen Abhängigkeiten der Bäuerinnen und Bauern von der Agrarindustrie.

Trotz beeindruckender Ertragssteigerungen⁵³ durch die industrielle Produktion wurde bislang der Welthunger nicht beseitigt. Denn wie in Kapitel drei deutlich wurde, sind dessen Ursachen vielschichtiger und die Fragen der Verteilung sowie des Zugangs zu Nahrung und Ressourcen die entscheidenden Faktoren. Der Weltagrarbericht kommt daher auch zu dem Ergebnis, dass bei ausreichendem Zugang zu diesen Faktoren mit kleinbäuerlicher Produktion ein höherer Nährwert pro Hektor erzeugt werden kann als bei der agrarindustriellen Produktion (vgl. Haerlin / Beck 2013). Die kleinbäuerliche Landwirtschaft stellt nicht nur die wichtigste Quelle für Ernährung dar, wobei gewährt wird, dass die produzierten Nahrungsmittel auch dort zur Verfügung stehen, wo die Menschen sie am ehesten brauchen, sondern besitzt auch enorme Beschäftigungseffekte, die bei einer voraussetzungsvollen, da kapitalintensiven, Mechanisierung nicht gegeben sind und eher eine „Entbäuerlichung“ (Depeasanti-zation) zu befürchten ist.

Da viele Entwicklungsstrategien der letzten Jahrzehnte vor allem auf produktionssteigernde Maßnahmen durch technologische Verbesserungen setzen, ergeben sich teilweise Nachteile u.a. für die Gesundheit der Bevölkerung wie auch vielfach eine Übernutzung natürlicher Ressourcen (vgl. Günther 2012, Weingärtner / Trentmann 2011). Mit Blick auf die Umwelt- und Klimabilanz der industrialisierten Landwirtschaft erscheint es insgesamt fraglich, ob dieses Modell wegweisend sein kann. Die zwar durchaus beachtlichen Produktions- und Produktivitätsgewinne gehen infolge der Vorherrschaft von Monokulturen auf Kosten der

⁵² Was allerdings nicht überall und schon gar nicht unter Bedingungen des Klimawandels gilt. So sollte vielerorts die Kolbenhirse (*Penisetum*) durch die anspruchslosere und schneller reifende Rispenhirse (*Sorghum*) ersetzt werden. Hier ist oft angepassteres Saatgut, wie es z.B. das internationale Forschungszentrum für Hirse im malischen Bamako erprobt und anbietet, hilfreich. Dieses wird den Bauern und Bäuerinnen zudem explizit zur eigenen Vermehrung und damit ohne anhaltende Bezugsverpflichtung zur Verfügung gestellt.

⁵³ Konkrete Zahlen divergieren je nach Sorte oder Region. Oftmals wird von einer Steigerung der Erträge um die 50% ausgegangen. Dies trifft beispielsweise auf den Zeitraum der letzten 50 Jahre in Südostasien zu (vgl. Weltbank 2007). Teilweise wurden die Statistiken zur Grünen Revolution aber auch übertrieben und von einer Verdrei- bis Verfünffachung gesprochen (vgl. Patel 2013).

Agrobiodiversität im Sinne vielfältiger Nutzpflanzen und -tiere. Eine kleinbäuerliche Landwirtschaft hingegen trägt zum Erhalt der Biodiversität bei, besitzt eine bessere Klimabilanz und stärkt die soziale Kohäsion sowie die lokale Wirtschaft (vgl. GRAIN 2014).

Der Weltagrarbericht (IAASTD) von 2008 spricht sich für eine Vielfalt unter den kleinbäuerlichen Betrieben aus, um Produktionsbedingungen zu verbessern und eine gerechtere Ressourcenverteilung zu unterstützen. Dazu wird auch die Wiederherstellung der Multifunktionalität der Landwirtschaft (siehe Abbildung 4) betont, denn diese sorgt nicht nur für die Produktion von Nahrungsmitteln, sondern hat auch eine zentrale Bedeutung für Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft. Weitere Funktionen sind beispielsweise die Schaffung von Arbeitsplätzen wie auch der Umwelt- sowie Klimaschutz und die Kulturlandschaftspflege. Die Kernaussage des Berichts lautet daher, dass in der Landwirtschaft ein Weitermachen wie bisher in jedem Fall keine Option darstellt (vgl. Haerlin / Beck 2013).

Abbildung 4: Multifunktionalität der Landwirtschaft



Quelle: Haerlin / Beck 2013: 19

Alle Bestrebungen zur Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft können jedoch nur nachhaltig armutsmindernde und ernährungssichernde Effekte generieren, wenn parallel eine Reform der Handels- und Agrarpolitik auch in „entwickelten“ Regionen, wie beispielsweise der EU vorangetrieben wird. Diese muss auch darin bestehen, etwa Wirtschaftsabkommen (EPA) mit den Staaten Afrikas und der Karibik so auszugestalten, dass deren landwirtschaftliche Produktion nicht bedroht wird, also auch die Einfuhr von Nahrungsmitteln zu Dumpingpreisen aus der EU verhindert werden kann.

Bei einer ernährungssichernden Landwirtschaft sollten die Bedürfnisse der KB und anderer marginalisierter Gruppen an erster Stelle stehen. Dazu gehört auch ein Vorrang der Nahrungsmittelproduktion vor dem Anbau von Futtermitteln oder Agrartreibstoffen. Zudem sollte eine Landwirtschaft gefördert werden, die auch dazu beiträgt, die Verfügbarkeit, Erschwinglichkeit und den Konsum von vielfältiger, nährhafter und gesunder Ernährung zu verbessern. Eine Verengung auf den konstruierten Gegensatz zwischen kleinbäuerliche vs. industrielle Landwirtschaft erscheint wenig hilfreich, da es darum gehen sollte, dass EL ihre eigenen Wege finden müssen, um eine nachhaltig Ernährung für alle zu sichern. Dabei gibt es

in den Industrieländern ebenso erheblichen Reform- und Transformationsbedarf hin zu einer landwirtschaftlichen Produktion, die nicht die Böden, Gewässer und das Klima belastet.

5.2.5 Wertschöpfungsketten-Ansatz

Die Förderung von Wertschöpfungsketten (WSK) in Entwicklungsländern als Strategie zur Entwicklung des ländlichen Raums kommt seit 2004 verstärkt auch in der deutschen EZ zur Anwendung. Für die Ernährungssicherung kann die Förderung von WSK auf zwei unterschiedlichen Ebenen ansetzen. Zum einen kann sie kleinbäuerliche Betriebe einbeziehen, deren Einkommen steigern und somit die Chancen für eine nachhaltige Ernährungssicherheit der betroffenen Familien erhöhen. Zum anderen können gezielt solche WSK gefördert werden, die sich mit in der jeweiligen Region üblichen Nahrungsmitteln oder der Einführung von neuen wertvollen Nahrungsmitteln beschäftigen. Beide Ebenen sollen im Folgenden näher betrachtet werden.

Hinsichtlich der unmittelbaren Armutsbekämpfung hat sich die Förderung von WSK bislang nicht als besonders wirksam erwiesen. So wurde in einer zwischen 2012 und 2014 durchgeführten Evaluation von 16 von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) geförderten Projekten festgestellt, dass die Förderung von WSK auf „landwirtschaftliche Kleinbetriebe nur bedingt armutsmindernd wirke“ (GIZ 2015: 42). Hinsichtlich der Frage, ob ein Kleinbetrieb von der Förderung von WSK profitieren könne, scheinen die Aus- und Fortbildung der BetriebsleiterInnen sowie der Zugang zu Ressourcen und Kapital von vorrangiger Bedeutung zu sein. Dazu sei angemerkt, dass lediglich drei bis 15% der bäuerlichen Betriebe in EL ihre Produkte regelmäßig auf dem Markt verkaufen, während 20-30% der Betriebe gelegentlich Nahrungsmittel kaufen und verkaufen. Nur ein bis zwei Prozent der Betriebe produzieren marktorientiert (vgl. Seville et al. 2011). Eine Möglichkeit der Einbeziehung von armen und extrem armen Bevölkerungsgruppen bietet sich scheinbar am ehesten in der primären landwirtschaftlichen Produktion. Ein weiteres Potenzial zu ihrer Einbeziehung sehen wir bei der Verarbeitung von Produkten oder bei der Beschäftigung dieser Menschen durch industrielle Verarbeitungsanlagen.

Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEVal), das der Förderung von WSK eine wichtige Rolle bei der Entwicklung ländlicher Räume bzw. der Reduzierung von Armut bescheinigt, räumt gleichwohl ein, dass derartige Projekte chronisch arme Menschen nicht erreichen (vgl. DEVal 2016). Eine gewisse Ausstattung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Bildung, Land und Kapital sei notwendig, um in WSK einbezogen werden zu können. Extrem arme Bevölkerungsgruppen würden durch die Maßnahmen dieser Projekte höchstens indirekt erreicht. Die AutorInnen der Evaluation empfehlen, bei der Planung zukünftiger Maßnahmen nicht von einer homogenen Gruppe der ländlichen Bevölkerung auszugehen, die irgendwie von WSK profitieren werde, sondern für unterschiedliche Zielgruppen in WSK-bezogenen Vorhaben spezifische Ziele zu setzen und entsprechende Maßnahmen zu planen. Konkret wird vorgeschlagen, risikominimierende Strategien wie Sparen, Versicherungen oder Vertragsanbau einzuführen, um auch Betriebe mit wenigen Ressourcen in WSK einbinden zu können. Hier ist allerdings zu hinterfragen, ob der Vertragsanbau bei dem geringen Verhandlungsgewicht von kleinbäuerlichen Betrieben wirklich eine Lösung sein kann. Die Erfahrungen mit dem Baumwollanbau in den Sahelländern sprechen hier eindeutig dagegen. Die Organisation der KB in Kooperativen und dergleichen könnte hingegen deren Verhandlungsposition in der WSK deutlich stärken.

In einem von der Welthungerhilfe geförderten Projekt in Äthiopien führen die angesprochenen Maßnahmen in Verbindung mit Aus- und Fortbildung sowie einer Organisationsbildung

unter Bauern und Bäuerinnen zu erheblicher Armutsminderung und zu einer gesteigerten Nahrungssicherheit.⁵⁴ Die Bauern und Bäuerinnen sind dort in Servicekooperativen auf mehreren Ebenen organisiert und vermarkten ihre Gerste über die Kooperative an eine Brauerei. Die Kooperative verhandelt die Konditionen für die ErzeugerInnen. Die teilnehmenden kleinbäuerlichen Betriebe erhalten Fortbildungen in effektiveren Anbautechniken und Ressourcenmanagement durch das Projekt. Zudem werden sie zum Sparen und zur Durchführung von Aktionen angehalten, die dem Wohl der Dorfgemeinschaft dienen.

Eine Studie von Quisumbing et al. (2014) zieht aus der Untersuchung verschiedener WSK-Projekte in Afrika und Asien zudem den Schluss, dass Frauen am ehesten in WSK einbezogen werden können, wenn sie Aus- und Fortbildung erhalten und sich organisieren. In den untersuchten Projekten sind die Chancen für Frauen, erfolgreich in WSK zu arbeiten, am ehesten beim Gemüseanbau und bei der Milchproduktion und -verarbeitung gegeben.

In Bezug auf die Fragestellung der vorliegenden AVE-Studie ist neben der Armutswirkung von besonderer Bedeutung, inwieweit WSK in qualitativer wie quantitativer Hinsicht der Ernährungssicherung der an Hunger leidenden Bevölkerungsgruppen dienen können. Nachdem zu Beginn der Fokus der WSK-Förderung zumeist auf Cash Crops lag, wurden ab 2008/2009 zunehmend Nahrungsmittel in den Mittelpunkt der WSK-Förderung gerückt. In den letzten Jahren verengte sich dieser Fokus zusätzlich auf besonders nahrhafte Nahrungsmittel (vgl. GIZ 2017) und sogenannte Nutrition Sensitive Value Chains. Hier stehen nicht nur nahrhafte Anbaufrüchte und die vermehrte Nutzung für die lokale Konsumtion im Vordergrund, sondern der Aspekt der Anreicherung von Nahrungsmitteln mit Nährstoffen (Fortifizierung) spielt bei manchen Vorhaben ebenso eine Rolle (vgl. Abschnitt 5.2.6).

Gespräche mit ExpertInnen aus der EZ-Praxis⁵⁵ ergaben, dass zum einen zu Wirkungen von WSK auf Armutsminderung und Ernährungssicherung noch zu wenig Informationen vorlägen. Zum anderen wird hervorgehoben, dass zwar sehr gute Konzepte vorhanden seien, wie durch die Förderung von WSK auch arme, ernährungsunsichere Bevölkerungsgruppen erreicht werden können, es aber bei der Umsetzung Probleme gäbe. Die gesetzlichen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen würden nicht genug einbezogen und es fänden zu wenig zielgruppenorientierte Bedarfsanalysen statt. Anstatt auf Beschäftigungsförderung für eine breite Masse von armen Menschen zu setzen, würden Mechanisierungen angestrebt und so die Armen aus den WSK ausgeschlossen. Häufig würde zudem der Einführung von neuen Produkten der Vorzug gegeben, vor der Inwertsetzung lokaler Erzeugnisse. Somit würden gute Ansätze das Ziel der Ernährungssicherung für hungernde Menschen nicht erreichen.

Ferner kann kritisch angemerkt werden, dass eine Einbindung in WSK vor dem Hintergrund äußerst asymmetrischer Machtbeziehungen vonstattengeht. Insbesondere die ProduzentInnen von Agrarbetriebmitteln (z.B. Saatgut und Düngemitteln), Unternehmen der Nahrungsmittelverarbeitung und der Lebensmitteleinzelhandel verfügen über eine enorme Nachfragemacht, die es ihnen ermöglicht, starken Einfluss auf die Preise für die zumeist unverarbeiteten Agrarprodukte (wie beispielsweise Kaffee oder Kakao) zu nehmen oder diese im äußersten Falle sogar zu diktieren. Daraus ergibt sich für die landwirtschaftlich Produzie-

⁵⁴ Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden 2018 in den Publikationsformaten AVE-Studien und Good-Practice-Reihe des AVE-Forschungsvorhabens publiziert.

⁵⁵ So u.a. mit Agriculture & Food Consulting (AFC) am 26.4.2017 und mit Welthungerhilfe und GIZ am 21.9.2017.

renden eine starke Abhängigkeit u.a. von den Großabnehmern. Insbesondere in lateinamerikanischen Ländern wird auch gezielt von Aufkäuferseite der Selbstorganisation von Kleinbauern und -bäuerinnen zu Vermarktungszwecken entgegengewirkt (vgl. Forum Fairer Handel et al. 2015).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass durchaus das Potenzial besteht, arme und extrem arme Bevölkerungsgruppen in die Förderung von WSK einzubinden. Hierzu müsste vor allem vorab in Erfahrung gebracht werden, in welchen Bereichen diese Personen tätig sind, über welche Ausstattung und Möglichkeiten sie dabei verfügen und welche Hemmnisse sie überwinden müssen. Die Förderung von extrem armen Menschen in WSK kann am ehesten dort erfolgen, wo sie mit gesicherter Vermarktung, der gezielten Organisation von Bauern und Bäuerinnen sowie dem Aufbau von Kapital durch Sparen einhergeht. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um die primäre Produktion, die Verarbeitung oder z.B. die Verpackung von Produkten handelt. Arme können in jeden dieser Schritte einbezogen werden, allerdings muss zum einen der Wille bei den Verantwortlichen dazu vorhanden sein und zum anderen ein spezielles Augenmerk auf die Förderung der armen Menschen gelegt werden.

5.2.6 Fortifizierung von Nahrungsmitteln

Eine Maßnahme zur Bekämpfung von Mangelernährung stellt die Anreicherung von Anbaufrüchten bzw. Nahrungsmitteln mit fehlenden Mikronährstoffen dar. Geeignete Lebensmittel hierfür sind beispielsweise mit Vitamin A versetzte Pflanzenöle und mit Eisen oder Zink fortifizierte Säfte. Zudem können auch Grundnahrungsmittel wie Reis, (Süß-) Kartoffeln und Gemüse angereichert werden. Die Fortifizierung kann entweder durch den Einsatz von Gentechnologie⁵⁶ oder mithilfe von züchterischen Maßnahmen erfolgen. Auch können Zusätze verwendet werden. Das am weitesten verbreitete Produkt diesbezüglich ist Jodsalz, das in einigen Ländern sogar gesetzlich vorgeschrieben ist. Im entwicklungspolitischen Kontext am bekanntesten ist die sogenannte Plumpy'nut,⁵⁷ eine Art Erdnusspaste, der wichtige Vitamine und Mineralien zugesetzt sind. Eine solche therapeutische Fertignahrung (Ready-to-Use Therapeutic Foods, RUTFs) wird insbesondere unterernährten Kindern in Entwicklungsländern verabreicht. Ein Argument, das für den Einsatz von fortifizierten Nahrungsmitteln spricht ist, dass dabei keine Umstellung der Essgewohnheiten notwendig ist und insbesondere im städtischen Raum eine breite Schicht von KonsumentInnen erreicht werden kann (vgl. Biesalski 2013, BMZ 2012, BfdW 2015b).

Auf dem gleichen Prinzip beruht auch die kurzfristige Nahrungsergänzung, u.a. mit Vitaminkapseln oder Jodtabletten. Insbesondere der erhöhte Folsäure- und Eisenbedarf von schwangeren Frauen kann über eine derartige Supplementierung abgedeckt werden (vgl. BfdW 2015b). Gemäß Welthunger-Index gilt die Ergänzung mit Vitamin A als kosteneffizienteste Intervention zur Senkung der Kindersterblichkeit (vgl. Von Grebmer et al. 2014). Quantifizierungen zur Hungerbekämpfung finden sich auch in den wirtschaftswissen-

⁵⁶ Das wohl bekannteste Beispiel hierfür ist der mit der Vitamin A-Vorstufe Betacarotin versetzte sogenannte Goldene Reis, der zwar seit 2000 diskutiert wird, aber bis heute keine Verbreitung gefunden hat (vgl. Krawinkel 2015).

⁵⁷ Das Produkt wurde in Indien verboten, da es dort als „kulturell unangemessen“ gilt (vgl. Kölbel 2014).

schaftlichen Analysen des Kopenhagener Konsenses, der davon ausgeht, dass mit Investitionen in Höhe von 100 USD pro Kind chronische Mangelernährung weltweit um über ein Drittel minimiert werden könne (vgl. Luig 2015).⁵⁸

Die Anhängerschaft, die sich für angereicherte Lebensmittel einsetzt, bildet eine breite Koalition, die aus VN-Organisationen wie dem Welternährungsprogramm (WFP) und UNICEF, Stiftungen wie der BMGF, Lebensmittelkonzernen und den bereits genannten Multi-stakeholder-Initiativen wie SUN oder GAIN bestehen.

Einige Nichtregierungsorganisationen (NRO)⁵⁹ stehen der Fortifizierung kritisch gegenüber, da sie diese veränderten Nahrungsmittel eher nur als Strategie zur Symptombekämpfung für Krisengebiete bzw. bei akutem Hunger betrachten und befürchten, dass bei ihrer Anwendung die strukturellen Ursachen für Ernährungsunsicherheit und Mangelernährung in den Hintergrund geraten. Besonders mit Blick auf die Ärmsten der Armen mag ein kurzfristiger Nutzen erzielt werden können, jedoch sind weniger langfristige Wirkungen zu erwarten. Zudem werden die Ärmsten häufig überhaupt nicht erreicht, da es ihnen für die angereicherten Nahrungsmittel an Kaufkraft fehlt, sie ihre Nahrung selbst anbauen oder bei Verteilungen infolge geographischer Abgelegenheit unberücksichtigt bleiben. Anders verhält es sich bei züchterischen Verfahren, wo das Saatgut für biofortifizierte Lebensmittel selbst vermehrt werden kann (vgl. Kruchem 2015, BfdW 2015b).

Ein weiteres Argument gegen die Fortifizierung zielt darauf ab, dass es Betroffenen von chronischer Unterernährung zuweilen gar nicht möglich ist, infolge eines geschädigten Verdauungssystems sowie angegriffener Darmflora gewisse Mikronährstoffe aufzunehmen bzw. zu verarbeiten (vgl. Kölbel 2014). Zudem besteht die Sorge bei Ansätzen wie dem der fortifizierten Nahrungsmittel, dass andere benötigte Nährstoffe vernachlässigt werden könnten (vgl. Krawinkel 2015).

Darüber hinaus stellen die Anreicherung von Lebensmitteln sowie Nahrungsergänzungen ein profitables Geschäft für den Privatsektor dar. So werden beispielsweise in Indien Kekse mit Vitaminen und Mineralstoffen angereichert. Mit umfangreichen Werbeetats wird dabei suggeriert, dass solches Junk Food gesundheitsfördernd sei und obendrein noch Zeit sowie Arbeit eingespart werden könne. Unternehmen wie Pepsico oder Mars planen auch die Erschließung neuer Märkte für angereicherte Snacks oder Soda-Getränke. Der gesundheitliche Nutzen erscheint dabei zuweilen mit Blick auf den hohen Fett- und Zuckergehalt eher fraglich (vgl. Kruchem 2015, Martens / Seitz 2017). Viele Entwicklungsländer verfügen auch nicht über die entsprechende Gesetzgebung, die eine Anreicherung von Lebensmitteln überwachen könnte (etwa bzgl. des Typs und der Menge der zugesetzten Nährstoffe (vgl. Hodge 2014)).

Um gegen Mangelernährung vorzugehen scheint es ratsam, nicht nur auf angereicherte Lebensmittel zu setzen, da diese Beimischung die Problematik der Mikroernährung offensichtlich verkürzt. Stattdessen wäre eine kombinierte Strategie wesentlich nachhaltiger. Dabei könnte der versteckte Hunger vor allem mittels einer Diversifizierung des Anbaus von kulturell akzeptierten Nahrungsmitteln bekämpft werden, damit sich diese Vielfalt auch auf die Nahrungsquellen niederschlägt, Anbaurisiken minimiert und ein gesichertes oder höheres

⁵⁸ Der Kopenhagener Konsens führt Kosten-Nutzen-Analysen für Maßnahmen gegen Hunger und andere globale Herausforderungen durch. Siehe auch (vgl. Hoddinott et al. 2012).

⁵⁹ Inwiefern einige NRO noch eine unvoreingenommene Watchdog-Funktion einnehmen können ist fraglich in Anbetracht von Kooperationen wie beispielsweise zwischen Save the Children und Unilever oder von World Vision mit Coca-Cola (vgl. Kruchem 2015).

Einkommen begünstigt werden. Ein Beispiel hierfür ist u.a. die Förderung von Hausgärten und eine auf die Ursachen von Unter- und Mangelernährung abzielende Ernährungsberatung. Dabei sollte Prävention im Vordergrund stehen, damit erst gar kein Mangel von Mikronährstoffen auftritt. Gleichzeitig sollte auch eine Reformierung des öffentlichen Gesundheitssystems vorangetrieben werden. Dies könnte beispielsweise durch die Förderung von Gesundheitszentren sowie Verbesserungen bei präventiven und therapeutischen Behandlungen, insbesondere für Risikogruppen, wie schwangere und stillende Frauen, Säuglinge, Kleinkinder, junge Mädchen sowie ältere Menschen und jene mit Behinderung unterstützt werden (vgl. Welthungerhilfe 2011). Einen wichtigen Beitrag kann auch die Forschung zu nährstoffreichen Obst-, Gemüse- und Getreidesorten leisten. Generell sollte der Fokus auf der Förderung einer ausgewogenen Ernährung liegen.

In Notsituationen kann ein vorübergehender Einsatz von angereicherten Nahrungsmitteln lebensrettend sein, sinnvoll erscheint es ebenso in bestimmten Lebensphasen wie Schwangerschaft und Stillzeit. Ein weiteres Potenzial könnte mit dem Einsatz zur Bekämpfung von Mangelerscheinung im städtischen Raum einhergehen. Zudem sollte das Ausmaß der Anreicherung mit Nährstoffen evidenzbasiert⁶⁰ erfolgen (vgl. BMZ 2012). Insgesamt sind fortifizierte Nahrungsmittel kein Allheilmittel, sondern sollten stets nur als eine Komponente eines breiteren Ansatzes zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden.

⁶⁰ Für die Festlegung von internationalen Lebensmittelstandards ist die Codex-Alimentarius-Kommission der Vereinten Nationen verantwortlich (vgl. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2018).

6. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

“Navigating the storm will require a revolution in the social and natural sciences concerned with food production, as well as a breaking down of barriers between fields. The goal is no longer simply to maximize productivity, but to optimize across a far more complex landscape of production, environmental, and social justice outcomes.”

(Godfray et al. 2010: 817)

Wie das Zitat von Godfray et al. pointiert zusammenfasst, müsste die EZ für eine strukturelle Bekämpfung von Unter- und Mangelernährung auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig ansetzen. Wichtig ist zudem eine Harmonisierung aller Interventionen mit den nationalen Armutsminderungsstrategien, Sektorprogrammen sowie den Zielsetzungen auf kontinentaler Ebene (z.B. das Comprehensive Africa Agriculture Development Programme, CAADP von NEPAD).

Wie im zweiten Kapitel (Wer sind die Hungernden?) angedeutet, kann eine breit angelegte Förderung des ländlichen Raums entscheidende Impulse zur Verbesserung der Ernährungs-sicherung setzen. Vor dem Hintergrund der mannigfaltigen Ursachen für Ernährungsunsicherheit und Mangelernährung, die gleichermaßen auf struktureller und individueller Ebene sowie Haushalts- und Gemeinschaftsebene angesiedelt sind, wird nur ein Zusammenwirken verschiedener Ansätze erfolgsversprechend sein. Dazu bedarf es eines Instrumentenmix, der zwischen Zielgruppen differenziert und an die jeweiligen Länderkontexte angepasst ist.

Als *Quintessenz* ist festzuhalten, dass die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion nur in begrenzter Weise das Problem der Ernährungsunsicherheit lösen kann und daher die Hauptstrategie nicht die Förderung großer, agrarindustrieller Betrieben sein kann. Die Ursachen für Ernährungsunsicherheit sind komplex und beziehen sich in vielen Fällen eher auf den Zugang zu Nahrung als auf deren Verfügbarkeit. So spielen, wie in den vorangegangenen Kapiteln diskutiert, u.a. Beschränkungen beim Zugang zu Ressourcen wie Land, Wasser, Kapital und Arbeitskraft, Veränderungen des Klimas, aber auch internationale Machtstrukturen, eine maßgebliche Rolle. Daraus abgeleitet ergibt sich für uns, dass eine Produktivitäts- und Produktionssteigerung in den kleinbäuerlichen Betrieben selbst, also genau dort, wo zu wenig Nahrung vorhanden ist, zunächst einmal zur Bekämpfung von Hunger im ländlichen Raum in Entwicklungsländern der zentrale Ansatzpunkt sein muss. Nachfolgend seien einige zentrale Empfehlungen für die Bereiche Förderung von Geschlechtergerechtigkeit, Zugang zu Land und zu anderen natürlichen Ressourcen, Soziale Sicherung sowie zur Unterstützung einer Landwirtschaft, die auf Ernährungssicherung abzielt, zusammengefasst:

Bei der Förderung von *Geschlechtergerechtigkeit* kann die EZ die Partnerländer bei einer Gender-gerechten Gesetzgebung beraten, um wirksam Diskriminierung bei Landbesitz und Ressourcenzugang allgemein zu bekämpfen. Empfehlenswert wäre ein Ausbau von Projekten im Agrarbereich, die Gender-Ziele⁶¹ verfolgen. Dabei sollten Frauen bereits im Planungs-

⁶¹ Konkret geht es um die Gleichberechtigung der Geschlechter, die in den entsprechenden Kennungen des BMZ bei EZ-Maßnahmen als Neben- (G1) oder Hauptziel (G2) angezeigt werden (vgl. BMZ 2014). Gender-Wirkungen sollten dabei stets konkret auf der Zielebene formuliert werden und unbedingt mit einem Indikator auf der Wirkungsebene vertreten sein.

prozess von EZ-Vorhaben eingebunden und Gender Impact Assessments ausgeweitet werden. Ferner könnte in landwirtschaftlichen Projekten generell der Zugang zu produktiven Ressourcen für Frauen explizit gestärkt (und ggf. bereits eine Ernährungskomponente integriert) werden. Essenziell ist hierbei auch, Frauenrechte bei der Vergabe von Landtiteln zu stärken. Wichtig ist, der Schlüsselrolle von Frauen in diesem Bereich bereits auf konzeptioneller Ebene Rechnung zu tragen, weil ihr Wissen über gesunde Ernährung sie zu zentralen Akteuren im Kampf gegen Mangelernährung macht. Konkret könnten außerdem landwirtschaftliche Beratungssysteme Gender-sensibel gestaltet werden, u.a. durch einen deutlich höheren Anteil von weiblichen Beraterinnen. Zudem sollten verstärkt Frauenorganisationen unterstützt werden, um deren Interessenvertretung insbesondere im ländlichen Raum zu fördern.

Sowohl bei der EZ-Praxis als auch in der Entwicklungsforschung ist es wichtig, Gender-aggregierte Daten zu erheben. Bei allen Gender-orientierten Ansätzen muss allerdings darauf geachtet werden, den strategischen Bedürfnissen von Frauen gerecht zu werden und ihre Rolle bei der ES nicht überwiegend oder gar ganz funktional zu betrachten. Eine Gender-sensible Vorgehensweise ist auch angesichts zunehmender sozialer Differenzierung innerhalb ein und derselben Familie wünschenswert.

Hinsichtlich des *Zugangs zu Land* und der Rechtssicherheit bei der Landnutzung besteht eine zentrale Aufgabe der EZ darin, Partnerländer bei einer verantwortungsvollen, d.h. sozialen Landpolitik zu unterstützen, um einer Landkonzentration in den Händen weniger EigentümerInnen entgegenzuwirken und dadurch eine nachhaltige ES sicherzustellen. Die konkrete Ausgestaltung einer sozialorientierten Landpolitik muss kontextspezifisch erfolgen, wobei bei der Förderung des Zugangs zu Land die Vergabe privater Landtitel angemessen sein kann, aber unter Umständen auch Kommunale Landtitel oder andere Formen im Sinne einer Allmende empfehlenswert sind, beispielsweise um die traditionellen Nutzungsrechte von indigenen Bevölkerungsgruppen oder auch von WandertierhalterInnen zu gewährleisten.

Da die Sicherheit bei Landnutzungsrechten oftmals für das ökonomische und kulturelle (Über)Leben eines Volks existenziell ist, sollte mit Blick auf indigene, aber auch marginalisierte und vulnerable Bevölkerungsgruppen dieser Sicherheit stets besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Hierzu können neben der Verhinderung von Land Grabbing umverteilende Agrarreformen beitragen, die den Zugang zu produktiven Böden gewähren und einen Beitrag zu einer egalitäreren Landnutzung leisten würden. Dazu sollten weiterhin Initiativen wie die Erarbeitung und Vorlage einer Landmatrix am German Institute of Global and Area Studies (GIGA) unterstützt werden, um langfristig die sozialen und umweltbezogenen Auswirkungen von großflächigen Landinvestitionen beobachten zu können. Auch ist die weitere Beteiligung am RAI- oder VGGT-Prozess zur Sensibilisierung der Bedeutung von Landrechten in der internationalen Kooperation wünschenswert. Auf politischer Ebene könnte Deutschland bzw. die EU im Rahmen der VN-Verhandlungen die Erklärung für die Rechte von KB und anderen Menschen, die im ländlichen Raum arbeiten, unterstützen, die u.a. auch ein Recht auf Land umfassen könnte.⁶²

In Anbetracht der Endlichkeit von natürlichen Ressourcen darf nur noch eine Landwirtschaft gefördert werden, die geeignet ist, die Ernährung der Weltbevölkerung langfristig zu sichern. Dabei sollten insbesondere Fragen des *Managements natürlicher Ressourcen* verstärkt auf globale Agenden gesetzt werden. Entsprechend sollten sich die dabei als prioritär

⁶² Siehe auch FIAN 2017.

geltenden Prinzipien bei der Projektkonzeption und -gestaltung innerhalb der EZ niederschlagen.

Zum Erhalt der Biodiversität könnten beispielsweise Projekte initiiert oder unterstützt werden, die es KB ermöglichen, Neuerungen mit ihren Traditionen und ihrem Wissen in Einklang zu bringen, beispielsweise ihr eigenes Saatgut zu lagern, zu tauschen und zu verkaufen. Konkret könnte der Aufbau von dezentralen Saatgutbanken unterstützt werden, um dem Rückgang von Arten und Sorten, die an lokale Boden- und Wetterbedingungen angepasst sind, entgegenzuwirken. Allerdings muss dies angesichts des Klimawandels durch die Verbreitung neuer, besser den sich ändernden klimatischen Bedingungen angepasster Sorten ergänzt werden (z.B. Ersatz von Pennisetum durch Sorghum).

Intensiver als bisher berücksichtigt werden sollte auch die Förderung einer im erweiterten Sinne klimaverträglichen Landwirtschaft, das Recht auf Wasser sowie der Bodenschutz und die Bodenfruchtbarkeit. Hierzu bedarf es einer Kombination aus angemessenen wirtschaftlichen, sozialen, politisch-institutionellen, technischen und agrarökologischen Instrumenten und Innovationen. Wichtig wird dabei sein, marginalisierte Bevölkerungsgruppen ernsthaft einzubeziehen, gerade die besonders schwer zu erreichenden Menschen nicht auszuschließen und die Menschen statt der Technologien und der Produktionssteigerung in den Mittelpunkt zu stellen.

Komplementär zu einem anhaltenden Engagement im landwirtschaftlichen Bereich sollte auch der Ausbau von *Sozialen Sicherungssystemen* vorangetrieben werden, um insbesondere ernährungsunsicheren Menschen, die über kaum oder gar keine Arbeitskraft verfügen, das Recht auf Nahrung und einen angemessenen Lebensstandard zu gewähren. Als wirksam haben sich hier zum einen Geldtransferprogramme und zum anderen für die Verbesserung der Ernährung von Kindern Schulspeisungsprogramme erwiesen. Geldtransferprogramme erlauben armen Menschen den Zugang zu Nahrung und zudem einen Aufbau von Kleinhandel und Gewerbe zum Gelderwerb, die eine Ausweg aus Armut und Ernährungsunsicherheit bieten können. Schulspeisungsprogramme sind hinsichtlich ihrer Armutswirkung besonders effektiv, wenn sie lokale KB als ZulieferInnen einbinden.

Die Zielgruppenauswahl, das Targeting, sollte dabei, wie auch generell in der EZ, transparent, nachvollziehbar und überprüfbar gestaltet werden, um Unmut bei den Nicht-Geförderten zu verhindern. Bei allen Vorhaben sollte die Zielgruppe deutlich stärker als bisher beteiligt (im Sinne einer Mitentscheidung bzw. Selbstbestimmung), ihr traditionelles Wissen ernst genommen und ihr Zugang zu den Forschungsergebnissen sichergestellt werden. Verstärkt könnte hier auch in lokale Kapazitäten investiert werden, um die armutsorientierte Agrarforschung vor Ort weiterzuentwickeln. Zur Identifizierung von vulnerablen Gruppen sollte konkret die Erhebung von disaggregierten Daten auf Haushaltsebene ausgebaut werden.

Gerade in Notsituationen leisten Soziale Sicherungssysteme einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung von Resilienz gegenüber Ernährungsunsicherheit auf Haushaltsebene und einer gerechteren Verteilung von Wachstum in der Gesellschaft. Der Transfer von Bargeld kann dabei durch beratende Maßnahmen flankiert werden, um nicht nur die ES, sondern auch die dazu beitragenden Gesundheits- und Hygienebedingungen zu verbessern. Programme mit Laufzeiten über mindestens zwei oder drei Phasen von jeweils drei Jahren sind vor allem mit Blick auf eine Verbesserung der Ernährung am vielversprechendsten (vgl. Slater et al. 2013). Da in EL oftmals nicht ausreichend finanzielle Mittel für den Aufbau von Sozialen Sicherungssystemen vorhanden sind bzw. kurzzeitig mobilisiert werden können, kann EZ einen wertvollen, allerdings zu befristenden Beitrag leisten.

KB produzieren auch heute noch die Mehrheit der weltweit konsumierten Nahrungsmittel und sind somit das Rückgrat der Welternährung. Entsprechend sollten auch deren Bedürfnisse im Vordergrund stehen, denn Ernährungsunsicherheit kann am besten vor Ort bekämpft werden. Für eine *kleinbäuerliche Landwirtschaft* bedarf es einer aktiven Förderpolitik, die primär von der nationalen Politik getragen werden muss und durch die internationale EZ insofern immer nur unterstützt werden kann. Ziele dabei können sein, die Produktivität⁶³ von bereits bewirtschafteten Flächen im Sinne einer nachhaltigen Intensivierung zu verbessern sowie landwirtschaftliche Nutzflächen auszuweiten, beispielsweise durch den sorgfältig angepassten Einbezug von Grenzertragsstandorten (vgl. Bliss 2012). Ferner sollten Investitionen in die Bewässerung getätigt und der Wiederausbau von Agrarberatung unterstützt werden.

Die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur ist wichtig für Markterschließung sowie Armutsminderung. Infolge von hierdurch neu geschaffenen Arbeitsplätzen für ungelernte Kräfte im Bausektor, kann sich das nichtlandwirtschaftliche Einkommen erhöhen sowie die Integration von ländlichen und städtischen Sektoren vorangetrieben werden, was wiederum die Transaktionskosten für die Landbevölkerung senkt. Daraus ergeben sich auch positive Effekte für die ES sowie für die Attraktivität des ländlichen Raums für Jugendliche. Sinnvoll kann auch die Förderung der Selbstorganisation von KB in rechenschaftspflichtigen Kooperativen sein.

Der u.a. vom Weltagrarbericht geforderte Paradigmenwechsel rückt die Bedeutung von bäuerlichen Innovationen sowie die Vorteile eines diversifizierten agrarökologischen Anbaus in den Mittelpunkt. Daraus folgt, dass verstärkt Formen der ökologischen Landwirtschaft von KB, die standortgerecht wirtschaften, gegenüber der Agrarindustrie und dem zumeist damit einhergehenden Einsatz von Biotechnologie sowie GVO, gefördert werden sollte. Generell sollte der Einfluss privater Interessen der Ernährungsindustrie sowie der Finanzindustrie auf die Agrarpolitik begrenzt werden. Es lässt sich schlussfolgern, dass der beste Garant für eine globale Ernährungssicherung in Subsahara-Afrika sowie darüber hinaus auch in anderen Weltregionen, flächendeckende funktionierende kleinbäuerliche Strukturen sind.

Bei EZ-Projekten sollten Nahrungsmittelpflanzen (Food Crops) gegenüber Cash Crops konsequent priorisiert und zunächst vorrangig die Entwicklung lokaler und regionaler Märkte gefördert werden, um einer Abhängigkeit von schwankenden Weltmarktpreisen für Agrarerzeugnisse entgegenzuwirken. Ferner sollte die zunehmend an Bedeutung gewinnende Bioökonomie kritisch hinsichtlich der Auswirkungen auf Hungernde reflektiert sowie ggf. reguliert oder sogar zurückgedrängt werden.

Bei der Förderung von *Wertschöpfungsketten* ist zu beachten, dass eine detaillierte Analyse der möglichen Wertschöpfungskette und ihrer AkteurInnen sowie der sozialen, wirtschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen der Implementierung eines Projektes vorausgehen sollte. Als wichtige Erfolgsfaktoren für die Einbeziehung armer Bevölkerungsgruppen erwiesen sich u.a. die Selbstorganisation der KB, die Einführung risikomindernder Strategien wie Sparen, Know-How-Vermittlung und Follow up, die Förderung von Marktanbindung (nicht nur durch Handy-basierte Marktinformationssysteme, sondern vor allem durch verbesserte Infrastruktur) sowie der Fokus bei der Produktion auf möglichst lokale nahrhafte Produkte. Interessante Alternativen für Produzierende können Zertifizierungen im Rahmen

⁶³ Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft führen zumeist direkt zur Ertragssteigerung und indirekt zu steigenden Löhnen sowie ggf. auch zu sinkenden Preisen für Nahrungsmittel (vgl. Brandt / Otzen 2004).

des ökologischen Landbaus sowie das Fair-Trade-Siegels bieten. Empfehlenswert sind auch die Förderung oder der Aufbau von Bauern-/Bäuerinnenmärkten zur Direktvermarktung.

Der entwicklungspolitische Schwerpunkt innerhalb der Ernährungssicherung auf Mangelernährung sollte beibehalten werden. Hier ist auch zu beachten, dass aus einer globalen Perspektive mit 1,9 Milliarden Menschen die Anzahl übergewichtiger Personen größer ist als die der unterernährten (vgl. WHO 2017: o.S.). Da die Ursachen für Unter- und Mangelernährung komplex sind und nur wirkungsvoll durch einen breiten Ansatz bekämpft werden können, sollten in diesem Kontext *fortifizierte Nahrungsmittel* nicht isoliert zum Einsatz kommen. Hier sind multisektorale Ansätze unverzichtbar, wobei die Koordination der Sektoren Landwirtschaft, Ernährung, Gesundheit, Soziale Sicherung und WASH ausgebaut werden sollte (vgl. von Grebmer et al. 2016).

Darüber hinaus erscheint es mit Blick auf die Agrarforschung empfehlenswert, gerade solche landwirtschaftlichen Produkte gezielter zu berücksichtigen, die vorrangig von denjenigen Haushalten angebaut und konsumiert werden, die selbst unter Hunger leiden. Beispiele hierfür könnten lokale Obst- und Gemüsesorten sein, außerdem Nüsse, Leguminosen und im tropischen Afrika und in Teilen Asiens vor allem Knollenfrüchte. Es sollte darauf geachtet werden, dass einfach zu handhabendes Saatgut gefördert wird, welches samenfest ist, damit es bei der nächsten Ernte wiederverwendet werden kann.

Die Forschung sollte auch die Bedingungen kleinbäuerlicher Betriebsgrößen, die möglichen Ausgestaltungen von Wertschöpfungsketten, geschlossene Produktionskreisläufe in der Landwirtschaft, Ernährungsfragen sowie die Schlüsselrolle von Frauen in Produktion und bei der Ernährungssicherung berücksichtigen. Hierzu gehört auch die Erhöhung der Etats zur Erforschung von Bedingungen der Agrarökologie und anderen nachhaltigen sowie standortgerechten Produktionsansätzen. Anknüpfungspunkte beispielsweise für eine Multi-Stakeholder-Kooperation auf Augenhöhe sowie für neue Vermarktungsmöglichkeiten bieten beispielsweise die gegenwärtig entstehenden Ernährungsräte und die Solidarische Landwirtschaft (Community Supported Agriculture, CSA). Gerade die Erfahrungen von CSA könnten interessante Ansätze für die Versorgung einer wachsenden Stadtbevölkerung aufzeigen.

Generell sollte die Förderung des Agrarsektors ernährungssensibel gestaltet, zwischen den verschiedenen Zielgruppen differenzierend und vor allem innerhalb eines breiteren Ansatzes zur Stärkung des ländlichen Raums eingebettet sein. Die jeweilige Ausrichtung an den lokalen Gegebenheiten ist unabdingbar. Außerdem bedarf es für nachhaltige Erfolge einer partizipativen Planung und Umsetzung von Maßnahmen der ES.

Insgesamt kann Hunger jedoch nicht nur durch die „richtige“ EZ gemindert bzw. beseitigt werden, da es einen unauflösbaren Zusammenhang zwischen Hunger und Unter- und Fehler-nährung und gesamtgesellschaftlichen, wirtschaftlichen und besonders Governance-bezogenen Gegebenheiten gibt. In diesem Kontext relevant sind auch die Auswirkungen von Konflikten, Kriegen, vom Klimawandel sowie, regional von großer Bedeutung, die Handelsbeziehungen bzw. -vereinbarungen. Daraus ergibt sich der Aufruf, die Kohärenz von Entwicklungspolitik und dem Wirken anderer Politikfelder wie der Wirtschafts-, Handels-, Energie-, Klima- und Umweltpolitik zu verbessern. Deren Einflüsse können die Ernährungssicherung im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sowohl fördern, aber auch in erheblichem Umfang unterminieren.

Grundsätzlich ist es jedoch nur möglich, die Ernährungssituation hunderter Millionen Menschen zu verbessern, wenn dafür der politische Wille seitens der nationalen Eliten gegeben ist. Letztlich reicht es nicht, die Ursachen zur Ernährungsunsicherheit nur verschieden zu interpretieren, es kommt darauf an, sie zu überwinden.

Literaturverzeichnis

- Agarwal, Bina (2017): Präsentation "Rethinking the Way We Farm" beim Tropentag 2017, 20.9.17, Bonn.
- Ahmed, Akhter U. / Vargas Hill, Ruth / Smith, Lisa C. / Wiesmann, Doris M. / Frankenberger, Tim (2007): The World's Most Deprived. Characteristics and Causes of Extreme Poverty and Hunger. 2020 Discussion Paper 43.
<http://www.ifpri.org/sites/default/files/publications/vp43.pdf> [04/2018].
- Altieri, Miguel A. / Nicholls, Clara I. (2017): Agroecology: a brief account of its origins and currents of thought in Latin America. In: Agroecology and Sustainable Food Systems 41(3-4), 231-237.
- Anthes, Carolin (2015): Der Kampf für eine Welt ohne Hunger. Wie normativer Wandel in die politische Praxis Eingang finden muss. HSK-Standpunkte 3.
https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_downloads/standpunkt0315.pdf [04/2018].
- Asenso-Okyere, Kwadwo (2012): Produktivität steigern. In: E+Z 53(3), 104-106.
- Barrett, Christopher (2010): Measuring Food Insecurity. In: Science 327(5967), 825-828.
- Bass, Hans-Heinrich (2012): Renaissance statt Revolution. In: E+Z 53(3), 107-109.
- Beger, Gunter (2017): Traditionelle Nutzer benachteiligt. In: E+Z 58(7-8), 10-11.
- Beger, Gunther (2016): Sicherung der Landrechte – unser Beitrag für EINEWELT ohne Hunger. Rede am 2.11.2016. <http://bit.ly/2gXCdPG> [04/2018].
- Bello, Walden (2010): Politik des Hungers. Berlin: Assoziation A.
- BfdW. Brot für die Welt (2012): Elemente der sozialen Sicherheit in Brasilien. Von Fome Zero zu Brasil Sem Miséria. Analyse 33. Stuttgart.
- BfdW. Brot für die Welt (2015a): Frauen hungern anders. Geschlechtergerechtigkeit hilft gegen Stillen Hunger. Berlin.
- BfdW. Brot für die Welt (2015b): Stillen Hunger bekämpfen: Eine Investition in die Zukunft, 3. Aufl., Berlin.
- Biesalski, Hans Konrad (2013): Der verborgene Hunger. Springer Verlag Berlin/Heidelberg.
- Bliss, Frank / Gaesing, Karin (1992): Möglichkeiten der Einbeziehung von Frauen in Maßnahmen der ressourcenschonenden Baumnutzung. Forschungsberichte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit Band 104. Köln.
- Bliss, Frank / Neumann, Stefan (2007): Zur Partizipationsdiskussion in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. „State of the art“ und Herausforderungen. Beiträge zur Partizipationsdiskussion 1. Bonn.
- Bliss, Frank / Heinz, Marco (2010): Wer vertritt die Armen im Entwicklungsprozess? Zeitschrift für Entwicklungsethnologie 18(1-2).
- Bliss, Frank (2012): Ursachen von Hunger und strukturelle Ansätze zur Hungerbekämpfung, In: Liedtke, Wolfgang / Materna, Georg / Schulz, Jochen (Hg.) Hunger – Ursachen, Folgen, Abhilfe. Eine interdisziplinäre Kontroverse, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 171-96.

- Bliss, Frank / Gaesing, Karin / Mahla, Anika (2017): Die Verstetigung von Armut in Entwicklungsländern. Ursachenanalyse und Gegenstrategien. Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen (AVE-Studie 2/2017, Wege aus extremer Armut, Vulnerabilität und Ernährungsunsicherheit).
- BMZ. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (1999): Übersektorales Konzept Partizipative Entwicklungszusammenarbeit. BMZ aktuell Nr. 102. Bonn.
- BMZ. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2012): Nahrung ergänzen – anreichern – diversifizieren: Wie der versteckte Hunger bekämpft werden kann.
https://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/themen_und_schwerpunkte/ernaehrung/nahrungsergaenzung.pdf [04/2018].
- BMZ. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2014): Gleichberechtigung der Geschlechter in der deutschen Entwicklungspolitik. Ein übersektorales Konzept. BMZ Strategiepapier 2.
- Borras, Saturnino / Franco, Jennifer (2010): Contemporary Discourses and Contestations around Pro-Poor Land Policies and Land Governance. In: Journal of Agrarian Change 10(1), 1-32.
- Borras, Saturnino / Franco, Jennifer / Isakson, Ryan / Levidow, Les / Vervest, Pietje (2016): The rise of flex crops and commodities: implications for research. In: The Journal of Peasant Studies 43(1), 93-115.
- Bouapao, Lilao et al. (2016): Strategic Review of Food and Nutrition Security in Lao People's Democratic Republic. Vientiane (independent review for WFP).
- Brandt, Hartmut / Otzen, Uwe (2004): Armutsorientierte landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Brandt, Hartmut / Brüntrup, Michael (2014) Erfahrungen und Perspektiven nachhaltiger Intensivierung der Landwirtschaft in subsaharischen Ländern. DIE Discussion Paper 30. Bonn.
- Brent, Zoe / Alonso-Fradejas, Alberto / Borras, Saturnino / Colque, Gonzalo / Sauer, Sérgio (2016): The challenge of interpretation and implementation of the Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security in Latin America, ISS Colloquium Paper No. 37. The Hague: International Institute of Social Studies (ISS).
- Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland / Le Monde diplomatique (Hg.) Bodenatlas, 4. Auflage, 24-25.
- BMEL. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2018): Codex Komitee für Ernährung und Lebensmittel für besondere Ernährungszwecke.
<https://www.ccnfsdu.de/de/> [04/2018].
- Bündnis Entwicklung Hilft / United Nations University (Hg.) (2015): WeltRisikoBericht 2015. Berlin: Bündnis Entwicklung Hilft. <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/welttrisikobericht-2015.pdf> [04/2018].
- Burchi, Francesco / Strupat, Christoph (2017): Die Wirkung von cash transfers auf die Ernährungssicherung in Subsahara-Afrika: Fakten, Gestaltung und Umsetzung. DIE Analysen und Stellungnahmen 6. Bonn.

- CFS. Committee on World Food Security (2014): Principles for Responsible Investment in Agriculture and Food Systems. <http://www.fao.org/3/a-au866e.pdf> [04/2018].
- Chatterjee, Pranab (2010): A Story of Ambivalent Modernization in Bangladesh and West Bengal Series: The Rise and Fall of Bengali Elitism in South Asia. Peter Lang: New York.
- Chemnitz, Christine / Höffler, Heike (2010): Anpassung an die Ungewissheit – Afrikas Landwirtschaft im Klimawandel, GIGA Focus 5. Institut für Afrika Studien. Hamburg.
- Chmielewska, Danuta / Souza, Darana (2011): The Food Security Policy Context in Brazil. International Policy Centre for Inclusive Growth (IPC). IPC: Brasilia. <http://www.ipc-undp.org/pub/IPCCountryStudy22.pdf> [04/2018].
- Collier, Paul (2008): The bottom billion. Why the poorest countries are failing and what can be done about it. Oxford [u.a.]: Oxford University Press.
- Collins, Joseph; More Lappé, Frances (1980): Vom Mythos des Hungers. Die Entlarvung einer Legende: Niemand muss hungern. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Cotula, Lorenzo / Vermeulen, Sonja / Leonard, Rebeca / Keeley, James (2009): Land grab or development opportunity? – Agricultural investment and international land deals in Africa. IIED, FAO, IFAD, London/Rome. www.fao.org/3/a-ak241e.pdf [04/2018].
- De Schutter, Olivier (2009): The right to food – Seed policies and the rights to food: enhancing agrobiodiversity and encouraging innovation. Note by the Secretary General of the United Nations, United Nations General Assembly, A/64/170, 23 July 2009.
- De Schutter, Olivier / Frison, Emile (2017): Welternährung: Hunger bleibt auch mit Chemie. In: Heinrich-Böll-Stiftung / Rosa-Luxemburg-Stiftung / Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland / Oxfam Deutschland / Germanwatch / Le Monde diplomatique (Hg.) Konzernatlas, 32-33.
- Delzeit, Ruth / Sipangule, Kacana / Thiele, Rainer (2015): Achieving food security in the face of climate change, PEGNet Policy Brief 2. <https://www.econstor.eu/handle/10419/123702> [04/2018].
- DEval. German Institute for Development Evaluation (2016): Agricultural Value Chains. Engines of inclusive rural economic development? DEval Policy Brief 04/2016. Bonn.
- Devereux, Steven (2016): Social protection for enhanced food security in sub-Saharan Africa. Food Policy 60, 52–62.
- Domingo, Pilar / O’Neil, Tam (2014): The politics of legal empowerment. Legal mobilisation strategies and implications for development. ODI Report. <https://www.odi.org/sites/odi.org.uk/files/odi-assets/publications-opinion-files/9008.pdf> [04/2018].
- Dörrie, Peter (2017): Geld ohne Gegenleistung. In: Welt-Sichten 9, 41-43.
- EKD. Evangelische Kirchen in Deutschland (2015): Unser tägliches Brot gib uns heute. Neue Weichenstellung für Agrarentwicklung und Welternährung. Eine Studie der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung (EKD Texte 121). Hannover.

- FAO. Food and Agriculture Organization of the United Nations (1999): The State of Food Insecurity in the World. Rome.
- FAO. Food and Agriculture Organization of the United Nations (2000): The state of food insecurity in the world: When people live with hunger and fear starvation. Rome.
- FAO. Food and Agriculture Organization of the United Nations (2004): What is happening to Agrobiodiversity?. Rome. <http://www.fao.org/docrep/007/y5609e/y5609e02.htm> [04/2018].
- FAO. Food and Agriculture Organization of the United Nations (2008): An Introduction to the Basic Concepts of Food Security. Rome. <http://www.fao.org/docrep/013/al936e/al936e00.pdf> [04/2018].
- FAO. Food and Agriculture Organization of the United Nations (2010): The Second Report on the State of the World's Plant Genetic Resources. Rome. <http://www.fao.org/docrep/013/i1500e/i1500e.pdf> [04/2018].
- FAO. Food and Agriculture Organization of the United Nations (2011): The State of Food and Agriculture. Women in Agriculture - Closing the gender gap in development. Rome.
- FAO. Food and Agriculture Organization of the United Nations (2012): Smallholder & family farmers: sustainability. FAO Pathways Factsheet. Rome.
- FAO. Food and Agriculture Organization of the United Nations / IFAD. International Fund for Agricultural Development / WFP. World Food Programme (2013): The State of Food Insecurity in the World. The multiple dimensions of food security. Rome.
- FAO. Food and Agriculture Organization of the United Nations (2014): Scaling up the Brazilian School Feeding Model. Using South-South Cooperation to share Brazil's experience of school feeding in Latin America and the Caribbean. Rome.
- FAO. Food and Agriculture Organization of the United Nations et al. (2015a): The State of Food Insecurity in the World 2015. Meeting the 2015 international hunger targets: taking stock of uneven progress. Rome.
- FAO. Food and Agriculture Organization of the United Nations (2015b): Nutrition and Social Protection. The many Dimensions of Nutrition. Rome.
- FAO. Food and Agriculture Organization of the United Nations (2015c): The State of Food and Agriculture. Social protection and agriculture: breaking the cycle of rural poverty. Rome.
- FAO. Food and Agriculture Organization of the United Nations / IFAD. International Fund for Agricultural Development / UNICEF. United Nations International Children's Emergency Fund / WFP. World Food Programme / WHO. World Health Organization (2017): The State of Food Security and Nutrition in the World 2017. Building resilience for peace and food security. Rome.
- FAO. Food and Agriculture Organization of the United Nations (2017a): The future of food and agriculture. Trends and challenges. Rome.
- FAO. Food and Agriculture Organization of the United Nations (2017b): Strategic work of FAO for sustainable Food and Agriculture, Rome www.fao.org/3/a-i6488e.pdf [04/2018].

- Fechter, Jürgen (2016): Die aktuelle Kontroverse zwischen FAO und NRO über „Klimasmarte Landwirtschaft“. KfW Development Research 30. https://www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Download-Center/PDF-Dokumente-Development-Research/2016-11-08-EK_Klimasmarte-Landwirtschaft.pdf [04/2018].
- FIAN. FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk (2012a): Hungerkrise menschengemacht (FIAN Fact Sheet 7). Köln. <https://tinyurl.com/y8x32vg3> [04/2018].
- FIAN. FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk (2012b): Ackerland in Frauenhand. Zugang zu Land aus einer Genderperspektive. (FIAN Fact Sheet 1). Köln. www.fian.de/fileadmin/user_upload/dokumente/shop/Gender/2012-1_FS_Gender_Land_final_screen.pdf [04/2018].
- FIAN. FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk (2013): Zahlenzauber: Wirklich weniger Hunger in der Welt? Hintergrundpapier zur Pressekonferenz von Brot für die Welt und FIAN Deutschland zum Welternährungstag 2013. http://www.fian.de/fileadmin/user_upload/dokumente/shop/hunger/13_10_11_FAO_Hungerzahlen.pdf [04/2018].
- FIAN. FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk (2017): Pressemitteilung: Kleinbauern ernähren die Welt - Ihre Rechte müssen gestärkt werden. <https://www.fian.de/artikelansicht/2017-10-13-pressemitteilung-kleinbauern-ernaehren-die-welt-ihre-rechte-muessen-gestaerkt-werden/> [04/2018].
- Forum Fairer Handel e. V., GEPA – The Fair Trade Company GmbH, Misereor e.V., TransFair e.V. und dem Weltladen-Dachverband e.V. (2015): Wer hat die Macht? Machtkonzentration und unlautere Handelspraktiken in landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten. Kurzfassung der Studie. https://www.fairtrade-deutschland.de/fileadmin/DE/mediathek/pdf/studie_wer_hat_die_macht_zusammenfassung_kurzfassung_2015.pdf [04/2018].
- Frison, Emile A. (2016): From Uniformity to Diversity. A paradigm shift from industrial agriculture to diversified agroecological systems. Hg. v. International Panel of Experts on Sustainable Food Systems (IPES). http://www.ipes-food.org/images/Reports/UniformityToDiversity_FullReport.pdf [04/2018].
- FSIN. Food Security Information Network (2017): Global Report on Food Crisis 2017.
- Gaesing, Karin (2018) (i.V.): Landwirtschaftliche Produktion und Nahrungssicherheit in der Amhara Region Äthiopiens. Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen (Good-Practice-Reihe 10).
- Ghattas, Hala (2014): Food Security and Nutrition in the context of the Global Nutrition Transition. Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) (Hg.). Rome. <http://www.fao.org/3/a-i3862e.pdf> [04/2018].
- GIZ. Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (2015): Wirkung messen - zu Wirkung beitragen. Erkenntnisse und Konsequenzen aus Monitoring und Evaluierung 2012-2014. Bonn und Eschborn. https://www.giz.de/de/downloads/giz2015-de-evaluierungsbericht_2012-2014.pdf [04/2018].
- GIZ. Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (2017): The Potential of Agricultural Value Chains to Improve Nutrition Through Integrated Nutrition Activities. Based on experiences from current GIZ projects. Working Paper. Eschborn.

- GIZ. Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (2017a): Unterstützung verantwortungsvoller Agrarinvestitionen in Äthiopien. Verbesserung der Ernährungssicherung durch Schutz von Landrechten und verantwortungsvolle landwirtschaftliche Investitionen, Eschborn.
- Glauner, Hans-Joachim (2004): Vier Jahrzehnte für die ländliche Entwicklung in Entwicklungsländern unter wechselnden Paradigmen, Strategien und Methoden. In: Siawuch Amini / Michael Fremery (Hg.): Ansatzpunkte ländlicher Entwicklung. Perspektiven aus Sozioökonomie, Technologie und Weiterbildung. Festschrift für Prof. Dr. Eckard Baum: kassel university press GmbH (Beiheft Nr. 77 zu Journal of Agriculture and Rural Development in the Tropics and Subtropics), 49–86.
- GLOPAN. Global Panel on Agriculture and Food Systems for Nutrition (2016): Food systems and diets: facing the challenges of the 21st century, London, UK.
- GLTN. Global Land Tool Network (2015): The Continuum of Land Rights - A brief. www.gltn.net/index.php/publications/publications/send/2-gltn-documents/2200-the-continuum-of-land-rights [04/2018].
- Godfray, Charles J. / Beddington, John R. / Crute, Ian R. et al. (2010): Food Security: The Challenge of Feeding 9 Billion People, In: Science 327(812), 812-818.
- GRAIN (2014): Hungry for land. Small farmers feed the world with less than a quarter of all farmland <https://www.grain.org/article/entries/4929-hungry-for-land-small-farmers-feed-the-world-with-less-than-a-quarter-of-all-farmland.pdf> [04/2018].
- Gross, Rainer / Schoeneberger, Hans / Pfeifer, Hans / Preuss, Hans-Joachim (2000): The Four Dimensions of Food and Nutrition Security: Definitions and Concepts. http://www.fao.org/elearning/course/FA/en/pdf/P-01_RG_Concept.pdf [04/2018].
- Günther, Erika (2012): Satt und sicher in die Zukunft – Lösungsansätze für die Ernährungssicherung in Entwicklungsländern, in: Öhlschläger, Rainer / Sangmeister, Hartmut (Hrsg.), Neue Formen und Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit, Nomos: Baden-Baden, 127-142.
- Haerlin, Benedikt / Beck, Angelika (2013): Wege aus der Hungerkrise. Die Erkenntnisse und Folgen des Weltagrarberichts: Vorschläge für eine Landwirtschaft von morgen. Hg. v. Zukunftsstiftung Landwirtschaft. Hannover.
- Harris, Marvin (1988): Wohlgeschmack und Widerwillen. Die Rätsel der Nahrungstabus. Stuttgart.
- Hauser, Michael (2009): Mit ökologischer Landwirtschaft gegen den Hunger? In: APuZ 6-7, 27-32.
- Hausmann, Ute (2014): Hunger jenseits der Kalorien – mit Vielfalt gegen Mangelernährung. FIAN Deutschland (Hrsg.). Köln.
- Hennecke, Rosa / Bliss, Frank / Schell, Oliver: Landzuteilung für die Ärmsten. Untersuchungen zu Sozialen Landkonzessionen in Kambodscha. Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen (AVE-Studie 7/2018, Wege aus extremer Armut, Vulnerabilität und Ernährungsunsicherheit).
- Hoddinott, John / Rosegrant, Mark / Torero, Maximo (2012): Third Copenhagen Consensus: Hunger and Malnutrition Assessment. Copenhagen Consensus Center. <http://www.copenhagenconsensus.com/publication/third-copenhagen-consensus-hunger-and-malnutrition-assessment-hoddinott-rosegrant-torero> [04/2018].

- Hodge, Judith (2014): Anreicherung von Nahrungsmitteln: „Techno-Fix“ oder nachhaltige Lösung für versteckten Hunger? Deutsche Welthungerhilfe / terre des hommes Deutschland (Hg.). <https://www.tdh.de/was-wir-tun/arbeitsfelder/gesundheit/meldungen/techno-fix-oder-nachhaltige-loesung-fuer-versteckten-hunger/> [04/2018].
- Holden, Stein T. / Ghebru, Hosaena (2016): Land tenure reforms, tenure security and food security in poor agrarian economies: Causal linkages and research gaps. In: Global Food Security 10, 21-28.
- Holmes, Rebecca / Mathers, Nicholas / Slater, Rachel (2013): Food and Nutrition (In-)Security and Social Protection. A Paper for the OECD DAC's Task Team on Social Protection. ODI: London.
- Holt-Giménez, Eric / Williams, Justine / Hachmeyer, Caitlin (2015): Seven reasons why the World Bank's plan for agriculture will not help small farmers. Food First Backgrounder 21(3).
- Hossain, Naomi (2017): Ungleichheit, Hunger und Fehlernährung: Die Bedeutung von Macht. In: Welthunger-Index 2017. Washington, D.C.: Internationales Forschungsinstitut für Ernährungs- und Entwicklungspolitik, Bonn: Welthungerhilfe; und Dublin: Concern Worldwide.
- IDS. Institute for Development (2014): Gender and Food Security. Towards Gender-Just Food and Nutrition Security. Overview Report. BRIDGE. Brighton.
- IDS. Institute for Development (2018): Hunger and Nutrition Commitment Index. <http://www.hancindex.org/> [04/2018].
- IFPRI. International Food Policy Research Institute (2005): Women – Still the Key to Food and Nutrition Security. Washington D.C. www.eldis.org/vfile/upload/1/document/0708/DOC18184.pdf [04/2018].
- IFPRI. International Food Policy Research Institute (2016): Global Nutrition Report 2016: From Promise to Impact: Ending Malnutrition by 2030. Washington, D.C.
- IFPRI. International Food Policy Research Institute (2017): 2017 Global Food Policy Report. Washington, DC: International Food Policy Research Institute. <https://doi.org/10.2499/9780896292529> [04/2018].
- ILC. International Land Coalition (2010): Links between Land Tenure Security and Food Security. Contribution of the International Land Coalition to the Updating of the High Level Task Force's (HLTF) Comprehensive Framework for Action (CFA) <http://www.environmentportal.in/files/links-between-land.pdf> [04/2018].
- ILC. International Land Coalition (2017): People centred land governance. <http://www.landcoalition.org/en/people-centred-land-governance> [04/2018].
- IPCC. Intergovernmental Panel on Climate Change (2014): Climate Change 2014. Mitigation of Climate Change, IPCC: Cambridge. <http://www.ipcc.ch/report/ar5/wg3/> [04/2018].
- Kabeer, Naila (1999): Resources, Agency, Achievements: Reflections on the Measurement of Women's Empowerment. In: Development and Change 30, 435–464.
- KfW. Kreditanstalt für Wiederaufbau (2014): Ex post evaluation – Chad. Projekt: Decentralised rural development in the regions Mayo-Kebbi and Ouad-dai-Biltine.

- KfW. Kreditanstalt für Wiederaufbau (2016): Projektinformation Waldschutz Vietnam. Frankfurt/Hanoi.
- Khadse, Ashlesha / Rosset, Peter Michael / Morales, Helda / Ferguson, Bruce G. (2018): Taking agroecology to scale: the Zero Budget Natural Farming peasant movement in Karnataka, India. In: *The Journal of Peasant Studies* 45(1), 192-219.
- Kölbel, Ralf (2014): Kampf gegen Mangelernährung. Angereicherte Lebensmittel. <https://www.swr.de/swr2/wissen/angereicherte-lebensmittel/-/id=661224/did=14055704/nid=661224/1ljub0t/index.html> [04/2018].
- Kommer, Steffen (2016): Menschenrechte wider den Hunger. Das Recht auf Nahrung zwischen Wissenschaft, Politik und globalen Märkten. Nomos: Baden-Baden.
- Krawinkel, Michael B. (2015): Goldener Reis. Versprechen ohne Grundlage und mit falscher Zielsetzung. In: Misereor in Zusammenarbeit mit WELT-SICHTEN Dossier 11 Gesunde Ernährungssysteme, 14-16.
- Kruchem, Thomas (2015): Gesund durch Fertigessen? In: *Weltsichten – Magazin für globale Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit* 12-2015/1-2016, 38-41.
- Kuhnen, Frithjof (1997): The Concept of Integrated Rural Development. In: *World Food and Agriculture* 19 (5), 10-15.
- La Via Campesina (o.J.): Zero Budget Natural Farming in India. www.fao.org/3/a-bl990e.pdf [04/2018].
- Lao PDR. National Nutrition Secretariat (2015): Nutrition Profile Lao People's Democratic Republic. Vientiane.
- Lappé, Frances Moore / Clapp, Jennifer / Anderson, Molly / Broad, Robin / Messer, Ellen / Pogge, Thomas / Wise, Timothy (2013): How We Count Hunger Matters. In: *Ethics & International Affairs*. <http://wphna.org/wp-content/uploads/2015/06/2013-Ethics-Int-Aff-Francis-Moore-Lappe-et-al-Counting-hunger.pdf> [04/2018].
- LED. Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (2016): Strategie zur Ernährungssicherung (2016 – 2022). http://www.led.li/fileadmin/user_upload/Dokumente/Sektorstrategien/strategie_ernaehrungssicherheit.pdf [04/2018].
- Levien, Michael (2017): Gender and land dispossession: a comparative analysis. In: *The Journal of Peasant Studies*. <http://dx.doi.org/10.1080/03066150.2017.1367291> [04/2018].
- Ligon, Ethan / Sadoulet, Elisabeth (2007): Estimating the Effect of Aggregate Agriculture Growth on the Distribution of Expenditures (Background Paper for the World Development Report 2008), Worldbank: Washington, DC.
- Luig, Benjamin (2015): 100 US-Dollar pro Kopf? Der versteckte Hunger lässt sich nicht alleine mit angereicherten Nahrungsmitteln abschaffen. In: Misereor in Zusammenarbeit mit WELT-SICHTEN Dossier 11 Gesunde Ernährungssysteme, 20-21.
- Mahla, Anika (2015): Der deutsche Mediendiskurs zur (Neuen) Grünen Revolution. UAR Working Paper No. 10. UAR Graduate Centre for Development Studies: Duisburg/Bochum.
- Martens, Jens / Seitz, Karolin (2017): Der Boom der Partnerschaften. Multi-Akteur-Partnerschaften in der 2030-Agenda. In: *Brot für die Welt, Global Policy Forum und*

- Misereor in Zusammenarbeit mit WELT-SICHTEN Dossier 5 Partnerschaften mit Risiken, 3-5.
- Mathias, Evelyn / Köhler-Rollefson, Ilse (2014): Die Rechte der Hirten und Kleinbauern. Nutztierhaltung und ihre Anerkennung als Schlüssel zur weltweiten Ernährungssicherung. In: Der kritische Agrarbericht 2014, 91-95.
- McKeon, Nora (2016): Are equity and accountability a likely outcome when foxes and chickens share the same coop? Critiquing the concept of multistakeholder governance of food security. <https://foodgovernance.com/2016/12/19/are-equity-and-accountability-a-likely-outcome-when-foxes-and-chickens-share-the-same-coop/> [04/2018].
- Mockshell, Jonathan / Kamanda, Josey (2017): Beyond the Agroecological and Sustainable Agricultural Intensification Debate: Is Blended Sustainability the Way Forward? DIE Discussion Paper 16/2017. Bonn.
- Morazán, Pedro (2017): Der Privatsektor und Ernährungssicherheit: Nötiger Strukturwandel für die 2030 Agenda (SDG2), Südwind: Bonn. <https://suedwind-institut.de/files/Suedwind/Publikationen/2017/2017-39%20FS%20Der%20Privatsektor%20und%20Ernaehrungssicherheit.pdf> [04/2018].
- Ng, Francis / Aksoy, M. Ataman (2008): Who Are the Net Food Importing Countries?. Policy Research Working Paper 4457. World Bank: Washington, D.C.
- Nill, Dieter (2011): Entwicklung ländlicher Räume – von Bewährtem lernen – Neues entwickeln. Erfahrungen der Entwicklungszusammenarbeit in vier Kontinenten. Hg. v. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). <https://www.giz.de/fachexpertise/downloads/Fachexpertise/giz2011-de-erfahrungen-territoriale-laendliche-entwicklung.pdf> [04/2018].
- OECD. Organisation for Economic Co-operation and Development (2006): Pro-poor growth. AGRICULTURE. Paris. <https://www.oecd.org/dac/povertyreduction/37922155.pdf> [04/2018].
- OEZA. Österreichisches Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten - Sektion Entwicklungszusammenarbeit (2003): Sektorpolitik Ländliche Entwicklung. Wien.
- OEZA. Österreichisches Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten - Sektion Entwicklungszusammenarbeit (2008): Fokus: Ernährungssicherheit – International vereinbartes Ziel und Menschenrecht. <http://bit.ly/2aq1hLO> [04/2018].
- OHCHR. Office of the High Commissioner for Human Rights (2012): Final study of the Human Rights Council Advisory Committee on the advancement of the rights of peasants and other people working in rural areas, Human Rights Council, Nineteenth session, A/HRC/19/75.
- Oxfam (2009): Investing in Poor Farmers Pays. Rethinking how to Invest in Agriculture (Oxfam Briefing Paper 129).
- Paasch, Armin (2009): Hungerkrise reloaded – die Globalisierung schlägt zurück. In: Bergstreser, Michael / Möllenberg, Franz-Josef / Pohl, Gerd (Hrsg.) Globale Hungerkrise. Der Kampf um das Recht auf Nahrung. VSA Verlag.
- Patel, Raj (2013). The Long Green Revolution. The Journal of Peasant Studies 40, 1-63.

- Pingali, Prabhu / Alinovi, Luca / Sutton, Jacky (2005): Food Security in complex emergencies: enhancing food system resilience. In: *Disasters* 29 (1), 5-24.
- Pretty, Jules N. / Noble, Andrew D. / Bossio, Deborah / Dixon, John et al. (2006): Resource-conserving agriculture increases yields in developing countries. *Environmental Science and Technology* 40: 1114-1119.
- Quisumbing, Agnes et al. (2014): Closing the Gender Asset Gap. Learning from Value Chain Development in Africa and Asia. IFPRI Discussion Paper 01321, Washington D.C.
- Schmidt-Kallert, Einhard (2014): Ländliche Entwicklung als Schlüssel für die Zukunft? Beitrag zur Tagung „Südafrika – Ein Land mit Zukunft“ in der Evangelischen Akademie Villigst am 24. 05. 2014. <http://bit.ly/2a2cToX> [04/2018].
- Schneider, Rafaël (2014): Hunger in der Welt, Bundeszentrale für politische Bildung. <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/welternaehrung/178487/hunger-in-der-welt> [04/2018].
- Schneider, Sarah (2015): Versteckter Hunger. Das Ausmaß der Mangelernährung stellt unser Ernährungssystem in Frage. In: *Misereor in Zusammenarbeit mit WELT-SICHTEN Dossier 11 Gesunde Ernährungssysteme*, 3-6.
- Schneider, Sarah (2017): Konzerne erobern die internationale Ernährungspolitik. Multi-Stakeholder-Initiativen blenden Interessenkonflikte zwischen ungleichen Partnern aus. In: *Brot für die Welt, Global Policy Forum und Misereor in Zusammenarbeit mit WELT-SICHTEN Dossier 5 Partnerschaften mit Risiken*, 6-7.
- Schweighöfer, Britta (2014): Das Recht auf Nahrung von Frauen durchsetzen. Parallelberichterstattung zur Frauenrechtskonvention im Kampf gegen Hunger (FIAN Fact Sheet 1).
- Seufert, Verena; Ramankutty, Navin; Foley, Jonathan A. (2012): Comparing the yields of organic and conventional agriculture. In: *Nature* 485, 229.
- Seville, Don / Buxton. Abbi / Vorley, Bill (2011): Under what conditions are value chains effective tools for pro-poor development? International Institute for Environment and Development/Sustainable Food Lab. <http://pubs.iied.org/pdfs/16029IIED.pdf> [04/2018].
- Slater, Rachel / Holmes, Rebessa / Bhuvanendra, Dharini (2013): Social protection and resilient food systems - a synthesis. ODI Report. <https://www.odi.org/publications/7907-social-protection-and-resilient-food-systems-synthesis> [04/2018].
- SLE. Seminar für Ländliche Entwicklung (2015): Armutswirksame Strategien und Institutionen ländlicher Entwicklung. Entwicklungspolitische Themenreihe des SLE 3, Berlin.
- Smith, Lisa C. / Haddad, Lawrence (2015): Reducing Child Undernutrition: Past Drivers and Priorities for the Post-MDG Era. In: *World Development* 68, 180-204.
- Spohr, Heike (2015): Gleichberechtigung - das beste Rezept gegen Mangelernährung. Gesunde Ernährung für jede und jeden ist ein Menschenrecht. Hg. v. Brot für die Welt. Berlin. https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Analyse/54_Mangel_150915.pdf [04/2018].

- Sprenger, Ute (2012): Genopoly in Afrika. Das Agribusiness und die Gentechnik. In: Jacob Radloff (Hg.): Welternährung. Global denken - lokal säen (Politische Ökologie 128). Oekom Verlag: München, 44–52.
- Tacoli, Cecilia (2015): Creating a new menu for food security policy. IIED Briefing Paper. <http://pubs.iied.org/17331IIED/> [04/2018].
- Toennissen, Gary / Akinwumi. Adesina / DeVries, Joseph (2008): Building an Alliance for a Green Revolution in Africa. In: Annals of the New York Academy of Sciences 1136 (1), 233–242.
- Trentmann, Claudia / Latzke, Ute / Jülich, Ema / von Oppeln, Constanze (2015): Orientation Framework – Sustainable Food and Nutrition Security. Deutsche Welthungerhilfe, Bonn.
- UNEP. United Nations Environment Programm (2011): Agriculture. Investing in natural capital. In: Green Economy Report, 31-75, https://www.unep.org/greeneconomy/sites/unep.org/greeneconomy/files/field/image/2.0_agriculture.pdf [04/2018].
- UNHRC. United Nations Human Rights Council (2011): Study of the Human Rights Council on discrimination in the context of the right to food. 16th Session, A/HRC/16/40.
- UNICEF. United Nations International Children's Emergency Fund (2016): UNICEF Conceptual Framework. <http://www.unicef.org/nutrition/training/2.5/4.html> [04/2018].
- Von Braun, Joachim (2015): Welternährung und Nachhaltigkeit. Herausforderungen und Strategien für das 21. Jahrhundert. Hrsg. v. Rat für Nachhaltige Entwicklung (Carl-von-Carlowitz-Reihe 4), Oekom Verlag: München.
- Von Grebmer, Klaus et al. (2015): Welthunger-Index 2014: Herausforderung verborgener Hunger. Internationales Forschungsinstitut für Ernährungs- und Entwicklungspolitik: Washington, D.C., Welthungerhilfe: Bonn und Concern Worldwide: Dublin.
- Von Grebmer, Klaus et al. (2016): Welthunger-Index 2016: Die Verpflichtung, den Hunger zu beenden. Internationales Forschungsinstitut für Ernährungs- und Entwicklungspolitik: Washington, D.C., Welthungerhilfe: Bonn und Concern Worldwide: Dublin.
- Von Grebmer, Klaus et al. (2017): Welthunger-Index 2017: Wie Ungleichheit Hunger schafft. Internationales Forschungsinstitut für Ernährungs- und Entwicklungspolitik: Washington, D.C., Welthungerhilfe: Bonn und Concern Worldwide: Dublin.
- Weigelt, Jens / Sharma, Ramesh / Brent, Zoe (2015): Demokratie. Land und Leben. In: Heinrich-Böll-Stiftung / Institute for Advanced Sustainability Studies / Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland / Le Monde diplomatique (Hg.) Bodenatlas, 4. Auflage, 44-45.
- Weingärtner, Lioba / Trentmann, Claudia (2011): Handbuch Welternährung. Deutsche Welthungerhilfe. Lizenzausgabe Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Weltbank (2007): World Development Report 2008. Agriculture for Development, Washington, D.C.
- Weltbank (2012): Food and Nutrition Security. Rio+20: a framework for action for sustainable development (World Bank Group Brief). Washington, D.C.

<http://documents.worldbank.org/curated/en/131601468180250918/Food-and-nutrition-security;jsessionid=DDDYCfrMGvmNr5ZhKNYXJI7L> [04/2018].

Welthungerhilfe (2004): Fachkonzept: Ernährungssicherung – Leitlinien für die Förderung und Durchführung von Ernährungssicherungsprojekten der Deutschen Welthungerhilfe. Bonn.

Welthungerhilfe (2011): Nachhaltige Ernährungssicherung bei sich verändernden klimatischen Bedingungen. Grundlagenpapier für strategische Überlegungen. Bonn.

WFP. World Food Programme / BMZ. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2013): Food and Nutrition Security Atlas of Lao PDR. Vientiane.

WFP. World Food Programme (2018): Welternährung. <http://de.wfp.org/welternaehrung> [04/2018].

WHO. World Health Organisation (2017): Obesity and overweight. Fact Sheet. <http://www.who.int/mediacentre/factsheets/fs311/en/> [04/2018].

Windfuhr, Michael (2011): Ein wichtiges Instrument – Die Freiwilligen Leitlinien zur verantwortungsvollen Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern. <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/wirtschaftliche-soziale-und-kulturelle-rechte/land/> [04/2018].

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hg.) (1992): Grundsätze und Schwerpunkte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in den 90er Jahren (Forschungsberichte des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit 102). Weltforum Verlag: München, Köln, London.

Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik (2012): Ernährungssicherung und nachhaltige Produktivitätssteigerung. <http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/Stellungnahme-Ern%C3%A4hrungssicherung.html> [04/2018].

Ziegler, Jean (2011): Wir lassen sie verhungern. Die Massenvernichtung in der Dritten Welt. Bertelsmann Verlag: München.

Anhang

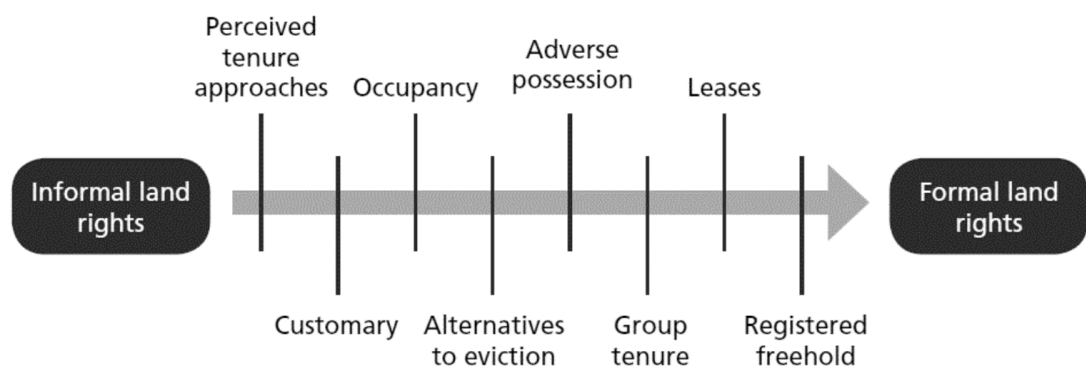
Anhang 1: Handlungsoptionen für eine nachhaltige Verbesserung der Ernährungssicherung

Verfügbarkeit von Nahrung	- Nahrungsmittelhilfe - Förderung von kleinbäuerlicher Nahrungsmittelproduktion - Kleinbewässerung - Investitionen in ländliche Infrastruktur und Märkte - Einsatz von landwirtschaftlichen Inputs - Familienplanungsprogramme - Aufbau bzw. Stärkung von lokalen und vernetzten Bildungs-, Informations- und Beratungseinrichtungen sowie Frühwarnsysteme - Wertschätzung von traditionellem Wissen und lokalen Praktiken - Förderung eines besseren Verständnisses des Klimawandels sowie von Ökosystem-Funktionen und -Dienstleistungen - Erhöhung und Schutz der biologischen Vielfalt - Förderung von gemeindebasiertem, nachhaltigem Ressourcenmanagement - Wieder-/Aufforstungsprogramme - Anreize zur Diversifizierung und für nachhaltige klimasensible Produktionsmethoden (z.B. ökologischer Landbau, verbessertes Bewässerungsmanagement, Agroforstwirtschaft, angepasste Sorten) - Vermeidung von Ernte- und Nachernteverlusten - Aufbau von Saatgutbanken und dezentralen Nahrungsmittellagern
Zugang zu Nahrung	- Soziale Sicherungssysteme und Transferleistungen, z.B. Lebensmittelmarken oder Schulspeiseprogramme - Förderung von Schul- und Hausgärten - Förderung eines gleichberechtigten, sicheren Zugangs und Kontrolle über produktive Ressourcen (Land, Wasser, Vieh, Fischgründe, Saatgut, Wälder und Technologien) - Unterstützung diversifizierter Einkommensquellen auch über die Landwirtschaft hinausgehend - Klima-, gender- und ernährungssensible Verbesserungen der sozialen und materiellen Infrastruktur - Förderung eines gleichberechtigten Zugangs zu Gesundheit, Bildung, Informationen, Arbeit, Transport, lokale Märkte und Kredite - Ermächtigung von Frauen und anderen vulnerablen Gruppen - Unterstützung der Selbstorganisation von Gruppen z.B. landwirtschaftliche Kooperativen zur gemeinschaftlichen Vermarktung

Nutzbarkeit von Nahrung	- Verbesserung der Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, Sanitäreinrichtungen sowie von Unterkünften - Verbreitung von Informationen über Hygienemaßnahmen, gesundheitliche Risiken und Vorsorgemaßnahmen - Förderung von Gesundheitszentren sowie verbesserter präventiver und therapeutischer Gesundheitsmaßnahmen vor allem für Risikogruppen (Säuglinge, Kleinkinder, schwangere und stillende Frauen, junge Mädchen, ältere und behinderte Menschen) - Förderung einer vielfältigen, gesunden Ernährung durch Bildungs- und Beratungsmaßnahmen zur Verarbeitung, Lebensmittelkonservierung, Vorratshaltung, Zubereitung und Versorgung - bei Notfällen und chronischen Krisen: Anreicherung von Nahrungsmitteln (Fortifizierung)
Stabilität des Nahrungssystems	- Diversifizierte, klimasensible, nachhaltige landwirtschaftliche Produktionssysteme/Landnutzung - Soziale Sicherungssysteme - Lagerhaltung (Saatgut und Getreide, Lebensmittelkonservierung, Vorratshaltung) - Aufbau und Förderung adäquater Informationssysteme - Investitionen in partizipative Forschung für Nachhaltigkeit - Förderung verantwortlicher Regierungsführung - Abbau sozialer Disparitäten und Förderung von Konfliktlösungsmechanismen

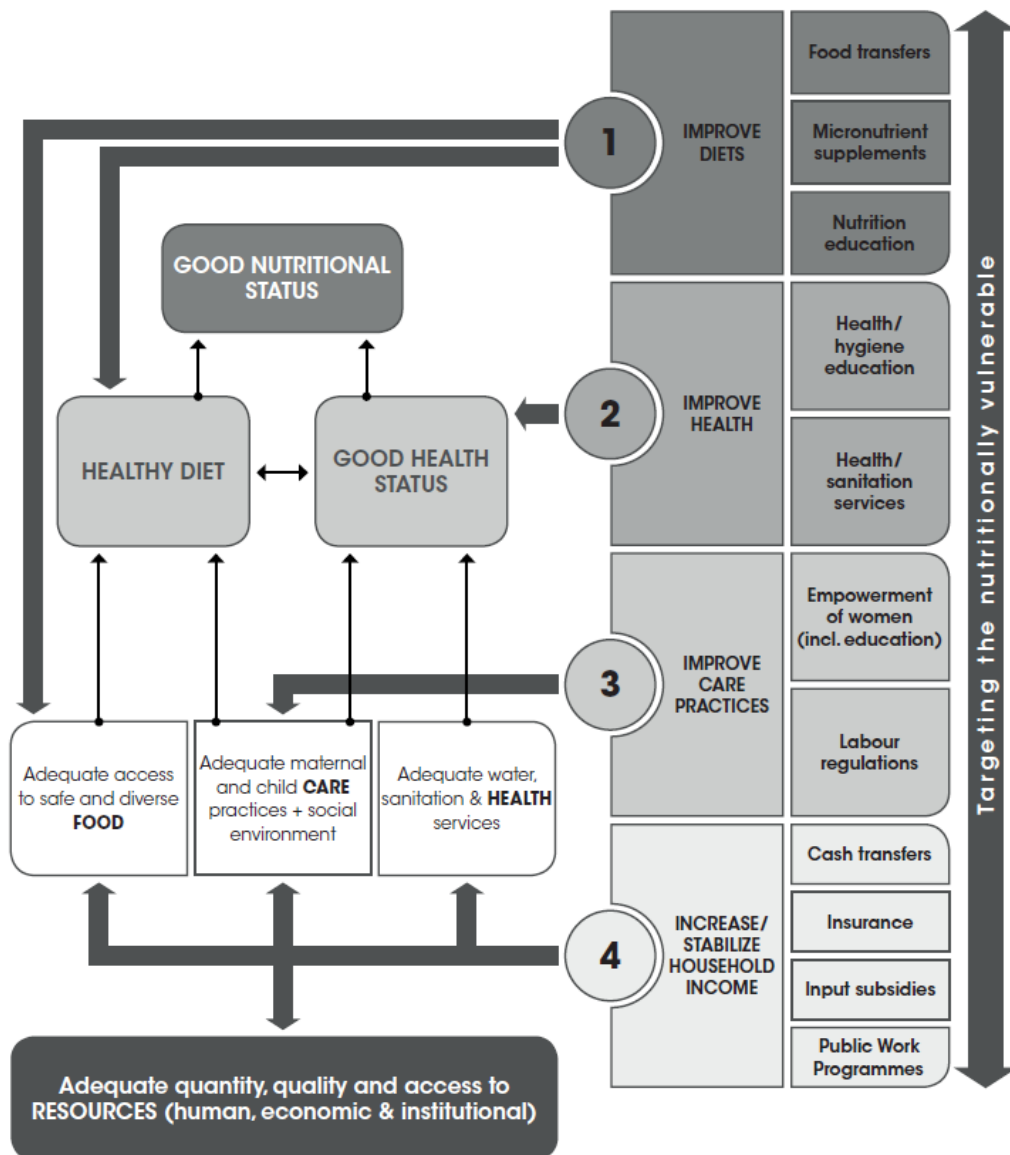
Quelle: leicht modifizierte Darstellung auf Grundlage von Welthungerhilfe 2011: 68-70; ergänzt durch Gross et al. 2000; Pingali et al. 2005

Anhang 2: Kontinuum von Landrechten



Quelle: Global Land Tool Network (GLTN 2015: 2)

Anhang 3: Ernährungssensitive Ansätze der sozialen Sicherung



Quelle: FAO 2015b: 14

Bislang in der Reihe erschienen:

AVE-Studie 1/2017	Mahla, Anika / Bliss, Frank / Gaesing, Karin: Wege aus extremer Armut, Vulnerabilität und Ernährungsunsicherheit. Begriffe, Dimensionen, Verbreitung und Zusammenhänge
AVE-Studie 2/2017	Bliss, Frank / Gaesing, Karin / Mahla, Anika: Die Verstetigung von Armut in Entwicklungsländern. Ursachenanalyse und Gegenstrategien
AVE-Studie 3/2017	Hennecke, Rosa / Schell, Oliver / Bliss, Frank: Landsicherheit zur Überlebenssicherung. Eine Studie zum Kommunalen Landtitelprogramm für indigene Bevölkerungsgruppen in Kambodscha
AVE-Studie 4/2017	Bliss, Frank: Home-Grown School Feeding as a "Good Practice" for Poverty Alleviation and Nutrition Security in Cambodia
AVE-Studie 5/2017	Heinz, Marco: Benachteiligte Gruppen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit
AVE-Studie 6/2017	Mahla, Anika / Gaesing, Karin: Der Selbsthilfegruppen-Ansatz am Beispiel von Kitui in Kenia. Armutsbekämpfung durch Empowerment
AVE-Studie 7/2017	Hennecke, Rosa / Bliss, Frank / Schell, Oliver: Landzuteilung für die Ärmsten. Untersuchungen zu Sozialen Landkonzessionen in Kambodscha
AVE-Studie 7b/2017	Hennecke, Rosa / Bliss, Frank / Schell, Oliver: Land Allocation for the Poorest. Investigations into Social Land Concessions in Cambodia
AVE-Studie 8/2018	Mahla, Anika / Gaesing, Karin / Bliss, Frank: Ernährungssicherung: Eine entwicklungspolitische Bewertung ausgewählter Handlungsfelder

Das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

Das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), das im Jahr 1990 gegründet wurde, ist eine Forschungseinrichtung der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen am Campus Duisburg. Es kooperiert eng mit der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), Bonn, die 1986 auf Initiative des früheren Bundeskanzlers und Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt gegründet wurde.

Das INEF verbindet wissenschaftliche Grundlagenforschung mit anwendungsorientierter Forschung und Politikberatung in folgenden Bereichen: Global Governance und menschliche Sicherheit, fragile Staaten, Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung sowie Entwicklung, Menschenrechte und Unternehmensverantwortung.

Der spezifische Ansatz des INEF, das als einziges Forschungsinstitut in Deutschland Fragen an der Schnittstelle von Entwicklung und Frieden bearbeitet, spiegelt sich auch im breiten Spektrum der Drittmittelgeber wider. Das INEF führt, oft in Kooperation mit nationalen sowie internationalen Partnern, eigene Forschungsprogramme durch und erschließt systematisch internationale Expertise und Weltberichte. Projekte führt das INEF auch für nicht-staatliche Organisationen (NGOs) und NGO-Netzwerke durch. Das Institut ist in ein internationales Forschungsnetzwerk eingebettet.

Leitung und Vorstand

Direktor: Prof. Dr. Tobias Debiel

Wissenschaftliche Geschäftsführerin: Dr. Cornelia Ulbert

Vorstand: Prof. Dr. Tobias Debiel (Sprecher); Prof. Dr. Christof Hartmann (stellv. Sprecher); Prof. Dr. Petra Stein (Dekanin der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften); Prof. Dr. Dr. Nele Noesselt; Christian Scheper; Lieselotte Heinz; Ursula Schürmann.

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

FAKULTÄT FÜR
GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

AVE-Studie 8/2018

Institut für
Entwicklung
und Frieden



Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
Lotharstr. 53 D - 47057 Duisburg
Telefon +49 (203) 379 4420
Fax +49 (203) 379 4425
E-Mail: inef-sek@inef.uni-due.de
Homepage: <http://inef.uni-due.de>

ISSN 2511-5111

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/84354

URN: urn:nbn:de:hbz:465-20250925-091049-5

Alle Rechte vorbehalten.